Preußische Allgemeine Zeitung
Das Ostpreußenblatt
Einzelverkaufspreis: 2,40 Euro
Nr. 23 – 12. Juni 2010
Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland
C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Gelingt ihm ein Sensationserfolg? 1999 wünschte Angela Merkel sich Joachim Gauck noch selbst als Bundespräsident. Nun hat insbesondere die FDP Anlass, über seine Wahl nachzudenken.
Bild: interTOPICS

Tempo und Risiko

Die Bundesregierung entscheidet wieder – Furcht vor dem »Super-Gauck«

Monatelang plätscherte die deutsche Politik richtungslos vor sich hin. Doch zuletzt ging alles ganz schnell: Die Bundesregierung hat sich auf ein großes Sparpaket und auf einen Nachfolger für Horst Köhler geeinigt. Mit der Aktivität ist für die Bundesregierung aber auch das Risiko zurückgekehrt.

Wie mutig ist das 80-Milliarden-Sparpaket? Experten sind sich einig, dass es notwendig war, doch die politischen Widerstände sind groß. Einzelne Maßnahmen erfordern zumindest indirekt die Mitwirkung des Bundesrates. Die Gewerkschaften sind sowieso dagegen, und im Bundestag widersetzen sich SPD, Grüne und Linke dem Vorhaben. Auch die Clowns sind auf die politische Bühne zurückgekehrt: Eine wegen einer Verkehrs-Straftat zurückgetretene Ex-Bischöfin, die kürzlich von der Kanzel eines katholischen Doms herunter die Anti-Baby-Pille als „Geschenk Gottes“ anpries, rief nun die Kirchen zum „Widerstand“ (nicht etwa zum Protest) gegen Teile des Pakets auf. Da hat die Kanzlerin, der in diesen Tagen die Sorgen über den Kopf wachsen, wenigstens wieder einmal was zum Lachen.

Mehr Sorgen als die Umsetzung des Sparpakets dürfte die Bundeskanzlerin momentan ohnehin mit den Liberalen und deren Verhalten bei der Bundespräsidentenwahl haben. Durch eine Serie eigener Fehler hat FDP-Chef Guido Westerwelle seine Partei nach einem Höhenflug mit über 14 Prozent bei der Bundestagswahl nun wieder auf handliche 7 Prozent halbiert. Die CDU hat es kühl ausgenutzt und nacheinander „freie Hand“ bei der Nominierung des Bundespräsidenten gefordert und bekommen sowie ungerührt das vernünftige FDP-Anliegen einer Gesundheitsprämie im Sperrfeuer aus München scheitern lassen.

> Merkel hat die Schwäche der FDP kühl ausgenutzt

Ein Druckmittel haben frustrierte FDP-Landespolitiker allerdings in der Hand. Mit öffentlichen Respektsbekundungen nicht nur aus den mitteldeutschen Landesverbänden zugunsten von Joachim Gauck üben sie massiv Druck sowohl auf Merkel als auch auf den zuletzt so glücklosen Westerwelle aus. Eine Schweizer Zeitung kalauerte, der Kanzerlin drohe nun der „Super-Gauck“. Auch etliche Zeitungen haben schließlich den von SPD und Grünen nominierten Kandidaten überaus positiv porträtiert, und Merkel selbst hat erst vor wenigen Wochen eine wahre Eloge zu dessen 70. Geburtstag gehalten. Gaucks Nominierung war ein geschickter Schachzug von SPD-Chef Gabriel, zumal CDU-Kandidat Christian Wulff mit Kritik auch von konservativer Seite leben muss (siehe den Beitrag von Wilhem v. Gottberg auf Seite 2).

Wulff behält sicherheitshalber sein Ministerpräsidentenamt bis zur Entscheidung der Bundesversammlung, was ihn aber als ängstlich erscheinen lassen könnte – Gauck hat keine „Rückfallposition“. Als eines von ganz wenigen Blättern hat übrigens diese Zeitung schon am 22. Mai, noch vor Köhlers Rücktritt, über Wulffs Hoffnung auf den Umzug ins Schloss Bellevue berichtet.

Konrad Badenheuer

KONRAD BADENHEUER:

Das Sparpaket

Nein, Lobeshymnen hat das Sparpaket der Bundesregierung nicht verdient. Es beginnt schon damit, dass das Volumen von 80 Milliarden „bis 2014“ ein bisschen schöngerechnet ist. Eine Einsparung von 3 Milliarden pro Jahr ab 2011 wird in dieser Rechnung nämlich vierfach als „12 Milliarden“ gezählt. Auch die Einsparung von 15000 Stellen in der Bundesverwaltung verursacht zunächst einmal Kosten für Abfindungen und Umstrukturierungen, bevor der Spar-Effekt greift. Zudem war das völlige Tabu von Kürzungen im Bildungsbereich überzogen – Stichwort: garantierter Krippenplatz – und es ist nicht ganz klar, warum die Rentner als nahezu einzige Gruppe von jeglichem Sparbeitrag verschont wurden.

Und doch verdient das Sparpaket Anerkennung, die Finanzexperten und Ökonomen ja auch bereits geäußert haben. Medien und Verbände sind dazu aufgerufen, die Anstrengungen zu unterstützen. Der Einwand, das Maßnahmenbündel gehe nicht weit genug (tatsächlich reduziert der Bund seine Ausgaben im kommenden Jahr nur um 1,8 Prozent!) oder es käme viel zu spät, ist ja im Grunde ein Kompliment.

Bleibt die Frage nach der Wirkung der Konsolidierungsanstrengungen, die momentan in ganz Europa vorgenommen werden. Dass die Warnung vor dem „Kaputtsparen“ der Konjunktur Unsinn ist, lehrt die Wirtschaftsgeschichte. Sicher wird die Konsumnachfrage etwas sinken, aber zugleich sinken auch die Kosten. Spätestens wenn der Export berücksichtigt wird, belebt auch dieses Sparprogramm die Konjunktur. Das Inflationsrisiko indes bleibt unverändert. Hier sind allein die Notenbanken gefordert.

Debatte um Ostpreußen-Angebot

Gorbatschow: »Rückgabe« nicht angeboten – Dementi geht an Behauptung vorbei

Der ehemalige sowjetische Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow hat bestritten, dass die sowjetische Führung im Zuge der Wiedervereinigung Deutschlands die Rückgabe des Königsberger Gebietes angeboten habe. Damit reagierte er auf einen entsprechenden Bericht des „Spiegel“ vom 21. Mai.

Der sowjetischen Führung werde damit etwas zugeschrieben, „an was sie niemals gedacht hat“, erklärte Gorbatschow nun. Er wolle aber nicht ausschließen, dass der im „Spiegel“ als Mittelsmann erwähnte Generalmajor Geli Batenin im Auftrag seiner politischen Gegner aktiv geworden sei, um später ihn „zu beschuldigen, dass er angeblich die Interessen Russlands verrate“, sagte der Friedensnobelpreisträger und machte sich damit die vom „Spiegel“ selbst angebotene Deutung für die (als solche offenbar nicht zu bestreitende) Gesprächsanfrage Batenins zu eigen. Batenin selbst kann man nicht mehr befragen, er ist seit einigen Jahren tot. Zur Zeit der 2+4-Verhandlungen habe er keinen engen Kontakt zur Sowjetführung gehabt und daher auch nicht für sie sprechen können, so Gorbatschow.

Die Wortmeldung ist insofern ernst zu nehmen, als Gorbatschow in einer anderen großen Streitfrage über die Wiedervereinigung keine Scheu hatte, gegen die nahezu geschlossene Meinung der politischen Klasse in Berlin Position zu beziehen: Als die Regierung Kohl noch landauf landab erklärte, Moskau habe die „Unumkehrbarkeit“ der Enteignungen der Jahre 1945 bis 1949 in der damaligen Sowjetischen Besatzungszone zur Bedingung der deutschen Einheit gemacht, widersprach Gorbatschow klar und öffentlich.

> Ein Verkauf für zig Milliarden ist keine Rückgabe

Nimmt man allerdings die jetzige Wortmeldung unter die Lupe, so fällt auf, dass Michail Gorbatschow hier etwas dementiert, was nicht behauptet worden ist. Laut „Spiegel“ hat Batenin nämlich nicht die „Rückgabe“ des Gebiets angeboten, sondern Verhandlungen über deren Zukunft gesucht. Auch die der Landsmannschaft Ostpreußen bekannt gewordenen Sondierungen aus Moskau über Ostpreußen hatten einen Verkauf gegen eine hohe Summe, nicht aber eine Rückgabe des Landes zum Gegenstand. Das vom „Spiegel“ 1999 eher beiläufig vermeldete Rückkauf-Angebot aus der Regierungszeit von Boris Jelzin ist von diesem „Dementi“ Gorbatschows ohnehin nicht berührt (siehe Kommentar Seite 8). *K.B.*

In Karlsruhe

Berlin bangt um Euro-Rettungsgesetz

Die Bundesregierung macht sich offenbar ernste Sorgen, dass eine der Klagen beim Bundesverfassungsgericht gegen das Gesetz über den Euro-Rettungsschirm erfolgreich sein könnte. Durch den Pakt verpflichtet sich Deutschland, für bis zu 148 Milliarden Staatsschulden anderer Euro-Länder zu bürgen.

> Bundesregierung übt Druck aus

Nach dem CSU-Politiker Peter Gauweiler, der sich von dem Staatsrechtler Dietrich Murswiek in Karlsruhe vertreten lässt, klagt nun auch eine Gruppe um den Berliner Finanzwissenschaftler und Verfassungsjuristen Markus Kerber.

Den Eilantrag einer Reihe von Professoren um Karl Albrecht Schachtschneider und Joachim Strabatty gegen die Griechenlandhilfe hatten die Karlsruher Richter rasch verworfen. Das sagt jedoch wenig über die Aussichten der jüngsten Klagen.

In ihrer Sorge versucht die Bundesregierung nun, Druck auf Karlsruhe auszuüben. In einem Brief an den Gerichtspräsidenten Andreas Voßkuhle warnt Berlin davor, ein negatives Votum zum Euro-Rettungsschirm könne den Zahlungsausfall gefährdeter Länder als „sich selbst erfüllende Erwartung“ herbeiführen. *H.H.*

MELDUNGEN

Ein Ratschlag an die Hamas

Tel Aviv – Vor dem Hintergrund der jüngsten Eskalation vor Gaza empfiehlt eine Autorin der jüdischen Nachrichtenagentur „European Info Press“ (EIP) den Palästinensern, sich von der Hasspropaganda der Hamas abzuwenden. Stattdessen sollten sie sich ein Beispiel an den deutschen Heimatvertriebenen nehmen. Wie viele Palästinenser seien 15 Millionen Deutsche aus ihrer Heimat verjagt worden, durch „ein Meer von Blut und Tränen“. Doch, so die christliche EIP-Autorin: „Kein einziger der Millionen deutscher Vertriebener hat je nach Gewalt gerufen oder sie gar praktiziert.“ Ganz im Gegenteil hätten die ostdeutschen Landsmannschaften ihren Gewaltverzicht in der „Charta der Heimatvertriebenen“ am 5. August 1950 vor der Weltöffentlichkeit bekräftigt. *H.H.*

Gute Chance auf 500 Euro

Hamburg – „Gewinnchance 1 zu 140 Millionen – Glücksspiel kann süchtig machen!“, mit diesem Warnhinweis muss Lotterie-Werbung ähnlich wie Tabakreklame vor Risiken und Nebenwirkungen warnen. Völlig frei von solchen Begleiterscheinungen ist das *PAZ*-Gewinnspiel, auf das unsere Anzeige auf Seite 5 hinweist: Die Gewinnchance auf Preise im Wert von insgesamt 1000 Euro ist rund eine Million mal höher als im Lotto. Selbstverständlich können auch Abonnenten an der Verlosung teilnehmen. Die bislang eher geringe Resonanz ist wohl nur so zu erklären, dass kaum ein Kiosk-Käufer sich eine Quittung geben lässt und dann meint, nicht mehr mitspielen zu können, sobald er die Spielregeln gelesen hat. Oder die Freunde der *PAZ* haben die 140 Millionen von „6 aus 49“ im Hinterkopf und scheuen die Investition einer Briefmarke. Kurz und gut: Einsendungen sind noch bis zum 18. Juni möglich. *PAZ*

Christian der Zehnte

Der Kandidat der Regierung für das Amt des Bundespräsidenten hat sich selbst ins Gespräch gebracht

Der niedersächsische Ministerpräsident Christian Wulff soll der zehnte Nachkriegsbundespräsident werden. Die drei Parteivorsitzenden der Regierungskoalition Merkel (CDU), Seehofer (CSU) und Westerwelle (FDP) haben sich rasch auf Wulff verständigt und diesen zum Kandidaten des Regierungslagers für das Amt des Bundespräsidenten nominiert. Die Regierungskoalition verfügt über eine ausreichend große Mehrheit in der Bundesversammlung, der es obliegt, den Bundespräsidenten zu wählen. Die Wahl wird am 30. Juni im Berliner Reichstag stattfinden. Wulffs Gegenkandidat bei der Wahl wird der bekannte DDR-Bürgerrechtler Joachim Gauck aus Rostock sein, der von 1990 bis 2000 die Leitung der Stasi-Unterlagenbehörde innehatte.

Christian Wulff ist Jurist. Geboren in Osnabrück am 19. Juni 1959 wird er in der nächsten Woche 51 Jahre alt. Er ist einmal geschieden, Vater eines Sohnes und einer Tochter, die aus der ersten Ehe stammt.

Der Osnabrücker hat eine steile Parteikarriere vorzuweisen. Eintritt in die CDU 1975, 1978 bis 1980 Bundesvorsitzender der Schülerunion, in dieser Eigenschaft Mitglied des Bundesvorstandes der CDU. 1979 bis 1983 Mitglied des Bundesvorstandes der Jungen Union, (JU), 1983 bis 1985 JU-Landesvorsitzender, seit 1984 Vorstandsmitglied der CDU Niedersachsen, 1990 bis 1994 Vorsitzender des Bezirksverbandes der CDU Osnabrück-Emsland. 1994 bis 2008 Landesvorsitzender der CDU in Niedersachsen, seit 1998 stellvertretender Bundesvorsitzender der CDU und seit dem 4. März 2003 niedersächsischer Ministerpräsident.

Wulff ist der letzte aus einer kleinen Schar, die in den 80er Jahren und zu Beginn der 90er Jahre als sogenannte „Junge Wilde“ in der CDU auf sich aufmerksam machten. Zu ihnen gehörten auch Oettinger, Koch, P. Müller, Merz und Pflüger. Alle waren auf der Schiene „Junge Union“ weit nach vorne gekommen. Im sogenannten „Anden-Pakt“ versprach man sich, bei der weiteren Parteikarriere gegenseitig Hilfe zu gewähren und keinesfalls gegeneinander zu kandidieren. Rückblickend gesehen, eine äußerst erfolgreiche Seilschaft.

> Die von Christian Wulff versprochene Haushaltssanierung blieb aus, und dem Zeitgeist hat er nie die Stirn geboten

Nun greift der niedersächsische Ministerpräsident nach dem höchsten Amt in Deutschland. Was qualifiziert ihn für das Amt des Bundespräsidenten? Die Antwort darauf fällt schwer.

Er hat in seinen sieben Jahren als niedersächsischer Ministerpräsident nichts Wesentliches bewirkt. Die bei seinem Regierungsantritt in Hannover vollmundig versprochene Haushaltssanierung blieb aus. Er ist nicht ein einziges Mal zum Zeitgeist auf Konfrontation gegangen. Stets freundlich lächelnd, in der Debatte nie zum schweren Säbel greifend, immer vorzüglich gekleidet, so wurde er in der Öffentlichkeit wahrgenommen; für alle Mütter der ideale Schwiegersohn.

Bezüglich seines hessischen Kollegen spielte er fast perfekt die Rolle des Anti-Koch. Für die Wahlniederlage Edmund Stoibers bei der Bundestagwahl 2002 trägt Wulff als CDU-Landesvorsitzender Mitverantwortung. Das Abschneiden der CDU in Niedersachsen war damals ganz miserabel, Stoiber fehlten nur 7000 Stimmen zum Wahlsieg. Ein Freund der deutschen Heimatvertriebenen war Wulff nie. Das skandalöse Verhalten seiner Partei bei der Festschreibung der Enteignung am Ende der DDR hat er mitgetragen.



Schon wieder alles in Butter? Zweifellos hat der kurze, aber harte Machtkampf zwischen Ursula von der Leyen und Christian Wulff Verletzungen hinterlassen. Beide sind Profis genug, keine Spuren vom Hauen und Stechen hinter den Kulissen zu zeigen. Ob solche Bilder überzeugen, ist eine andere Frage. Bild: pa

Wulff hat sich selbst für die Nachfolge Köhlers ins Gespräch gebracht. Der Kanzlerin soll er bedeutet haben, auch von der Fahne zu gehen, wenn Frau von der Leyen an ihm vorbei in das höchste Staatsamt gehievt werde. Schon 2008 gab der niedersächsische Ministerpräsident zu erkennen, dass ihm die rechte Motivation für die Fortführung seines Amtes in Hannover fehle. Er gab den CDU-Landesvorsitz ab und zeigte deutlich mehr Präsenz in Berlin. Man geht sicherlich nicht fehl in der Annahme, dass ihm eine Berufung in das Bundeskabinett bei der Regierungsbildung im Oktober 2009 recht gewesen wäre. Wollte er damit seine Kronprinzenrolle für die Merkel-Nachfolge markieren? Er konnte bis zum 31. Mai nicht damit rechnen, dass ihm der Weg in das Schloss Bellevue geöffnet würde.

Noch ist Wulff nicht Bundespräsident. Sollte er gewählt werden, würde nicht zum ersten Mal personifizierte Mittelmäßigkeit in das Präsidentenpalais einziehen. Die Erwartungen an einen möglichen Bundespräsidenten Wulff müssen zwangsläufig bescheiden bleiben. *Wilhelm v. Gottberg*

Die Schulden-Uhr: EU-Richtlinie treibt Kosten

Nach einer Berechnung des hessischen Wirtschaftsministers Dieter Posch verursacht die EU-Naturschutzrichtlinie „Flora, Fauna, Habitat“ (FFH) allein bei Verkehrsprojekten „vordringlichen Bedarfs“ jährlich Mehrkosten von 670 Millionen Euro. Früher musste die Verwaltung etwa bei Straßenbauten Schäden nur möglichst vermeiden und gegebenenfalls Ersatz für verlorene natürliche Lebensräume schaffen. Nach FFH jedoch muss nachgewiesen werden, dass es zur geplanten Trasse keine Alternative gibt. Gutachten und jahrelange Verzögerungen verrusachen die enormen Kosten. Der Nutzen für die Natur sei, so FDP-Politiker Posch, dabei sehr gering. Von den gestiegenen Kosten profitieren vor allem die Gutachter, die Steuerzahler haben das Nachsehen. *H.H.*

1.716.216.873.996 €

Vorwoche: 1.713.615.350.352 €
Verschuldung pro Kopf: 20.993 €
Vorwoche: 20.962 €

(Dienstag, 8. Juni 2010, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Taliban unbeeindruckt

»Friedens-Jirga« in Kabul ohne greifbares Ergebnis

Der Afghanistan-Krieg hat sich seit der ersten Phase von Oktober 2001 bis November 2002, als die Taliban aus Kabul und, wie es schien, auch aus den meisten Teilen des Landes vertrieben waren, zu einer Art „Routine-Fall“ entwickelt. Denn beim Publikum hängen bleibt nur, dass laufend Meldungen über getötete Soldaten, Zivilisten und natürlich auch Taliban kommen und dass immer wieder neue Truppenkontingente entsandt werden. Derzeit sind 122 000 Mann stationiert, und weitere sollen folgen. Kosten-Transparenz wird aber möglichst vermieden.

Aufgelockert wird das Bild durch Truppenbesuche Prominenter oder Berichte über Infrastrukturprojekte, und in der Hauptstadt ist anscheinend sogar „alles in Ordnung“. Das ändert aber nichts daran, dass die Taliban heute wieder stärker sind denn je, wenngleich sie nirgends offiziell die Macht ergreifen konnten oder wollten. Jedenfalls gilt die Sicherheitslage im Lande heute als die schlechteste seit zehn Jahren.

Zwei Entwicklungen fielen nun aus dem gewohnten Rahmen. Erstens haben die USA ihre zuletzt kritische Haltung gegenüber Präsident Hamid Karsai neuerlich revidiert. Sichtbarster Ausdruck war seine Behandlung durch die US-Führung Anfang Mai in Washington. Karsai hatte einst beim Sturz der Taliban mit den USA zusammengearbeitet und war von diesen 2002 interimistisch zum Präsidenten gemacht worden, was er auch nach den zwei umstrittenen Wahlgängen 2004 und 2009 blieb. Die Skepsis gegenüber Karsai hat nicht unwesentlich mit seinem Halbbruder zu tun, der als der größte Drogenbaron des Landes gilt.

> Verhandlungen oder Truppenabzug – was soll zuerst kommen?

Zweitens gab es vorige Woche eine „Friedens-Jirga“. Karsai hatte 1600 Würdenträger aus dem ganzen Land nach Kabul geladen, wo sie unter einem großen Zeltdach tagten – „jirga“, eigentlich „Zelt“, ist Synonym für Ratsversammlung. Die Taliban waren nicht dabei und meldeten sich nur mit einem Raketenangriff, der allerdings das Zelt um ein paar hundert Meter verfehlte. Einhellig „beschlossen“ wurde, jene internierten Taliban, die sich „reumütig“ zeigten oder denen man ohnehin nichts nachweisen konnte, freizulassen. Weiter wurde vorgeschlagen, dass die Aufständischen von der Uno-Sanktionsliste gestrichen werden, wenn sie sich „von Al-Kaida lossagen“.

Das Angebot, mit den Aufständischen zu verhandeln, sehen diese aber als Propagandatrick der USA und sprechen der Jirga jede Legitimität ab. Sie erklären, dass sie erst dann verhandeln würden, wenn alle fremden Truppen fort sind. Genau das können die USA nicht wollen – und auch nicht Karsai. Denn er weiß, wie es seinem einst von den Sowjets eingesetzten Amtsvorgänger Mohammed Najibullah erging. Er war von 1986 bis 1992 afghanischer Präsident, hielt sich also sogar nach dem Abzug der Sowjets 1989 noch drei Jahre lang. Doch nach der Eroberung Kabuls durch die Taliban 1996 holten diese ihn aus seinem „Exil“ im UN-Hauptquartier und hängten ihn auf. Doch vermutlich hat Karsai ohnehin seine Schäfchen im Trockenen und wird sich rechtzeitig absetzen. De facto gilt also wieder einmal „außer Spesen nichts gewesen“ – oder auf gut Neusprech „back to square zero“. *Richard G. Kerschhofer*

Rettung verordnet

EU beschließt förmlich Euro-Rettungspaket

Mehr Fragen als Antworten hat das Treffen der EU-Finanzminister am Wochenbeginn in Luxemburg hinterlassen. Zu den klarsten Beschlüssen gehört die Zusage an Estland, ab Anfang 2011 den Euro einführen zu können. Allerdings ist das Land in Sachen Währung und Stabilität mehr als vorbildlich: Die Gesamtverschuldung ist mit 9,5 Prozent der Wirtschaftsleistung niedriger als diejenige von Luxemburg oder der Schweiz. Auch ist das Land zu klein, um weltweit das Signal geben zu können, dass der Euro wieder attraktiv ist.

> Die EU will keine Vertragsänderungen

Um hier Vertrauen zu schaffen, haben die Finanzminister nochmals förmlich den „Stabilisierungsmechanismus“ beschlossen, der mit Garantien von bis zu 750 Milliarden Euro unsolide Euro-Staaten vor dem Ruin (und ihre Gläubiger vor Verlusten) retten soll. 250 Milliarden kommen vom IWF, 500 Milliarden von den EU-Staaten, davon allein bis zu 148 von Deutschland. Dessen Sparpaket wurde allseits gelobt, doch Sorgen macht den EU-Partnern ein juristisches „Restrisiko“ in Karlsruhe. Das deutsche Gesetz, mit dem der Stabilisierungsmechanismus eingeführt werden soll, ist nämlich Gegenstand von vier Verfassungsbeschwerden (s. Seite 1). Kaum ein Politiker rechnet damit, dass die Karlsruher Richter es wagen würden, das Gesetz ganz zu verwerfen – das könnte in der Tat, wie Berlin schon einmal Richtung Karsruhe orakelte, durch einen sofortigen Spekulationsorkan den Euro aus den Angeln heben. Doch was ist, wenn Karlsruhe Bedingungen bei der Ausgestaltung des Stabilisierungsmechanismus stellt, ähnlich wie etwa im Falle der Lissabon-Klage?

Für den deutschen Steuerzahler wäre es eine gute Nachricht und die Verhandlungsposition Berlins könnte es auch stärken, etwa wenn nun zügig der verlotterte Europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt „nachgehärtet“ werden soll. Vertragsänderungen, wie von Berlin gewünscht, soll es dabei aber nicht geben. Man konzentriere sich vielmehr auf das, „was wir kurzfristig und im Rahmen der geltenden Verträge tun können“, sagte EU-Ratspräsident Van Rompuy. *K.B.*

Kitas: Das ganze System ist Murks

Von HARALD FOURIER

Berlins Finanzsenator Ulrich Nußbaum ist damit beschäftigt, die Wahlkampfversprechen seines Chefs Klaus Wowereit einzusammeln. Größter Schlager bei dessen letzter Wiederwahlkampagne war der kostenfreie Kindergartenbesuch. Doch nun wird das Loch im Haushalt immer größer.

Nach der letzten Wahl wurde 2007 das Versprechen scheibchenweise eingelöst: Das letzte Jahr (vor der Einschulung) wurde beitragsfrei. 2010 folgt das vorletzte Jahr. Und ab Herbst 2011 soll sogar das erste Jahr kostenfrei sein – für die Eltern. Bezahlen muss das alles der Steuerzahler. Zufällig fällt die letzte Tranche des Geschenks genau mit dem nächsten Wahltermin zusammen.

Soweit der politische Plan. Doch das Haushaltsloch ist bereits unübersehbar. Von 760 Millionen Euro (2006) ist die Summe für Kindertagesbetreuung im Berliner Haushalt bereits auf 877 Millionen (2009) angewachsen, Tendenz weiter steigend. Ulrich Nußbaum will gegenhalten. Da kam der parteilose Senator (auf SPD-Ticket reisend) auf die Idee, von den Kindertagesstätten die stundengenaue Abrechnung der tatsächlich geleisteten Betreuungsstunden zu verlangen. Klingt nach einer Flut an neuen Formularen.

Aus der Linkspartei kam sofort Widerstand. Nußbaum verfolge das Ziel, die Zahl der Kinder in den Kitas wieder zu senken. Das sei aber das Gegenteil dessen, was „politisch verankert“ worden sei. Der rot-rote Senat will, dass mehr Kinder in den Kindergarten gehen. Vor allem in sozial schwachen Gegenden sei staatliche Kinderbetreuung besonders notwendig.

Warum eigentlich? Warum können „sozial Schwache“ (in der Regel Arbeitslose) sich nicht wenigstens um ihre Kinder kümmern? Ist es zu viel verlangt, dass sich Eltern, wenn sie schon nicht arbeiten gehen – ob nun gezwungenermaßen oder nicht –, in den vielen freien Stunden mit ihrem Nachwuchs beschäftigen? Viele arbeitende Väter und Mütter wären dankbar, wenn sie so viel Zeit mit ihren Kindern verbringen könnten. Das ganze System der kostenfreien Kita erscheint immer mehr Menschen als bloße Ausbeutung der arbeitenden, steuerzahlenden Mittelschicht, wo es nach wie vor so aussieht: Vati geht arbeiten und bringt die Mäuse nach Hause, Mutti kümmert sich die ersten Jahre um die Kinder. Der Mann muss in diesem Modell aber nicht nur genug Geld für sich und seine Familie erwirtschaften, sondern auch noch die Kindergartenplätze der anderen Berliner mitfinanzieren. Wer wundert sich da noch über die Geburtenexplosion bei „sozial Schwachen“ bei gleichzeitiger Kinderlosigkeit der Mittelschicht? Das ganze Modell kostenfreier Kindergartenplätze ist Murks, da helfen auch keine neuen Formulare.

Populistisches Bauernopfer

Wenig gespart, viel verloren: Bundesregierung verschiebt Wiederaufbau des Berliner Schlosses



Größte kulturpolitische Investition unserer Zeit auf die lange Bank geschoben: Die Computersimulation zeigt den neuen Schlüterhof nach den Plänen des Architekten Franco Stella

Bild: ddp

Der Wiederaufbau des Berliner Schlosses hat einen schweren Rückschlag erlitten. Der Baubeginn wurde am Montag von der Bundesregierung um drei Jahre auf 2014 verschoben. Ärgerlich für die deutsche Hauptstadt – aber aufgeschoben heißt nicht aufgehoben.

Wilhelm von Boddien ist nicht aus der Ruhe zu bringen. „Der Bundestag muss der Entscheidung der Regierung folgen, denn der Wiederaufbau war bereits beschlossen worden und hat Gesetzeskraft.“

Es spricht einiges dafür, dass Boddien am Ende Recht behält und das Schloss doch noch gebaut wird – auch wenn zahlreiche Gegner jetzt die Totenglocken läuten. Es war ja nicht das erste Mal, dass Gegner zum Angriff auf das Schloss-Projekt geblasen haben. Schon unzählige Male wurde das Vorhaben für tot erklärt. So zum Beispiel bei der Vorstellung der Architektenvorschläge 2008, zuletzt während der Koalitionsverhandlungen nach der letzten Bundestagswahl 2009.

Damals machte Angela Merkel den Schloss-Gegnern mit einem klaren Bekenntnis einen Strich durch die Rechnung. Das Schloss wurde als größtes Bauprojekt der Bundesregierung im Koalitionsvertrag festgeschrieben. Die Euro-Krise hat diesen ehrgeizigen Plan nun zurückgeworfen.

Dem allgemeinen Sparzwang könne auch das Schloss zum Opfer fallen – das war Tage vor der Sparklausur bereits durchgesickert. Sogleich meldeten sich bekannte Schlossgegner aus Berlin zu Wort: Franziska Eichstädt-Bohlig (Grüne) und Thomas Flierl (Linke) forderten, das Projekt auf Eis zu legen. Flierl hatte widerwillig in seiner Amtszeit als Kultursenator (2002–2006) den Abriss des Palastes der Republik verantworten müssen.

Nicht bei allen Wiederaufbau-Gegnern ist die Motivlage so leicht zu erkennen wie bei Links-Politikern. Die meisten Schlossgegner führen finanzielle Gründe an, aber diese Argumente sind nicht stichhaltig. Deutschland spart nur wenig, wenn es auf das Schloss verzichtet, verliert aber um so mehr:

In der Planungsphase, in der sich das Projekt jetzt noch befindet, wären nur 14 Millionen Euro in diesem Jahr und 25 Millionen im nächsten Jahr angefallen. Erst ab 2012 wären dreistellige Millionenbeträge fällig.

> Wowereit: »Kulturpolitisches Armutszeugnis«

Das Schloss soll zudem die „Außereuropäischen Sammlungen“ der Freien Universität in Dahlem beherbergen. Eine großartige Kollektion, die zu Unrecht ein Mauerblümchen-Dasein in verrotteten Gebäuden aus den 20er, 60er und 70er Jahren fristet. Deren Sanierung würde 300 Millionen Euro kosten, schätzt Berlins Kulturstaatssekretär André Schmitz. Das Geld für diese Sanierungsarbeiten wird der Bund anstelle der Baukosten für das Schloss übernehmen müssen.

Außerdem: Da auch der Förderverein und das Land Berlin einen Teil übernehmen wollten (80 und 32 Millionen Euro) fällt der Sparbetrag für den Bund abermals geringer aus, falls er das 552-Millionen-Projekt kippen sollte.

Zuguterletzt kann die Wiese mitten in Berlin nicht leer bleiben. So oder so wird der Staat ein repräsentatives Gebäude errichten – und das wird dann Geld kosten. Die jetzige Wartepause ändert daran nichts.

Klaus Wowereit (SPD) sprach deswegen von einer Kurzschlussreaktion der Bundesregierung und von einem „kulturpolitischen Armutszeugnis“. Auch sein Parteifreund Wolfgang Thierse warnte davor, das „größte und spannendste Kulturprojekt der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“ zu opfern.

Warum also hat die Bundesregierung das Projekt trotzdem auf die lange Bank geschoben? Wahrscheinlich war das Schloss angesichts des restlichen Streichkonzerts eine Art populistisches Bauernopfer. Eine Konzession an Linke und Gewerkschaften, die dem Wiederaufbau eines Schlosses ablehnend gegenüberstehen.

Wie ausgeprägt das Anti-Schloss-Ressentiment in weiten Teilen der veröffentlichten Meinung ist, wurde überdeutlich am Donnerstagmorgen der vergangenen Woche: Im ZDF-Frühstücksfernsehen sprach Moderatorin Patricia Schäfer mit Andreas Borchers vom Hamburger Magazin „Stern“. Die beiden witzelten über die kommende Sparrunde.

Borchers: „Auch Peter Ramsauer wird sparen müssen“.

Schäfer: „Also kein Berliner Stadtschloss?“

Borchers: „Das ist auch kein Verlust.“

Schäfer: „Das ist jetzt die Hamburger Sicht.“

Borchers: „Ach, das ist auch die Berliner Sicht. Muss ja nicht jeder Berliner für das Stadtschloss sein.“

Der Hamburger Journalist hat recht. Auch in Berlin ist der Widerstand gegen dieses als „sinnloses Prestigeprojekt“ verunglimpfte Vorhaben groß. Er speist sich aus Unzufriedenen, Ex-SED-Anhängern, die dem Palast der Republik nachtrauern, und gelangweilten Wat-geht-mich-dit-an?-Typen.

Kurz vor der Sparklausur will eine Forsa-Umfrage im Auftrag der „Berliner Zeitung“ sogar herausgefunden haben, dass satte 80 Prozent der Berliner gegen das Schloss sind. Lediglich 18 Prozent befürworteten den Wiederaufbau. Von Schlossgegnern – wie dem „Stern“ – wurde diese Nachricht genüsslich verbreitet. Richtig glaubwürdig ist sie indes nicht. Frühere Umfragen kamen zu ganz anderen Ergebnissen. Eine Infratest-Dimap-Umfrage hat im Dezember 2008 ermittelt, dass 14 Prozent sogar „sicher“ für den Bau spenden wollen (weitere 22 sagten „vielleicht“). 60 Prozent waren damals pro Schloss. Und nur noch fünf Prozent trauerten dem Palast der Republik nach. *Markus Schleusener*

Pleite beim Flughafenbau

BBI deutlich später fertig – heftige Kritik am Berliner Senat

Das Ingenieurbüro Kruck hat im Februar Insolvenz angemeldet. Ausgerechnet diese Gesellschaft hatte den Auftrag, für den Innenausbau des neuen Berliner Großflughafens BBI 1500 Innenausbaupläne anzufertigen. Bis dato wurden nur 400 geliefert.

Damit ist die zeitplanmäßige Inbetriebnahme des Flughafens gefährdet. Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) sprach dieser Tage selbst von einer Verzögerung von „einigen Monaten“, eine überregionale Zeitung will von anderthalb Jahren Verzögerung gehört haben. Kritiker fragen vor diesem Hintergrund, warum der Aufsichtsrat der Flughafengesellschaft nicht schon im März durchgreifende Maßnahmen ins Auge gefasst hat und warum die Öffentlichkeit nichts von der folgenschweren Pleite erfuhr. Ob und gegebenenfalls um wieviel die Baukosten sich nun erhöhen, ist ebenfalls ungewiss.

CDU-Landeschef Frank Henkel nimmt den Regierenden aufs Korn. Es sei, so Henkel, „schlecht vorstellbar, dass Wowereit über einen solchen zeitlichen Rückstand nicht informiert gewesen war. Sollte es aber tatsächlich so sein, dass er keine Informationen hatte, hat er seinen Laden nicht im Griff“. Rene Stadtkewitz, baupolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, legte nach: „Wowereit hat den Flughafen zur Chefsache gemacht, das ist nun dabei herausgekommen.“

> EU fordert jetzt schon eine Nachrüstung

Oliver Friederici, verkehrspolitischer Sprecher der CDU, nutzte die Panne zur Generalabrechnung: „Chaos bei der A 100, Chaos bei der S-Bahn, kaputte Straßen und ein kaputtes Straßenausbaubeitragsgesetz sowie Chaos beim ICC“ (Internationalen Kongresszentrum). Christoph Meyer, Landes- und Fraktionsvorsitzender der FDP, fürchtet um den Ruf Berlins: „Die Schäden werden nicht nur den Landeshaushalt treffen, sondern dem Image der Stadt schaden.“

Die mit der SPD koalierende Linkspartei versuchte, den Ball zurückzuspielen. Linke-Verkehrspolitikerin Jutta Matuschek: „Die CDU hat jahrelang als Begräbnishelfer des Projekts gewirkt und will das Scheitern herbeireden.“

Neben der Pleite des Planungsbüros gibt es weitere Schwierigkeiten, die sich aus den Richtlinien der Brüsseler EU-Bürokratie ergeben. Der Flughafen muss wegen neuer, ab 2013 geltender EU-Sicherheitsrichtlinien bereits jetzt, in der Bauphase, nachgerüstet werden. Es geht dabei um die heftig umstrittenen neuen „Personenscanner“. *Hans Lody*

Warschau bestimmt mit

Polnische Lehrer sollen in Berlin »Heimatkunde« unterrichten

Eine Polnischlehrerin aus Warschau wird ab dem Schuljahr 2010/2011 an drei Berliner Schulen rund 600 Schüler unterrichten. Im Rahmen des ausdrücklich als Pilotprojekt vorgesehenen Lehrauftrags wird erstmals eine Lehrkraft, die vom polnischen Staat bezahlt wird, an Berliner Schulen ihre Muttersprache sowie „Landeskunde“ unterrichten. Berlin übernimmt die Kosten für Versicherung und Wohnung der Pädagogin.

Auf einer gemeinsamen Veranstaltung des Senats und der polnischen Botschaft im Berliner Rathaus gab die Staatssekretärin für Bildung, Claudia Zinke (SPD), der Hoffnung Ausdruck, dass das Pilotprojekt bald möglichst auch von anderen deutschen Bundesländer übernommen werde.

An der Robert-Jungk-Oberschule, einem der drei künftigen Einsatzorte, wissen die Lehrer indes noch nichts von ihrer neuen Kollegin. „Das haben wir nur der Presse entnommen“, sagt der stellvertretende Direktor. Auch über neue Inhalte ist demnach nichts bekannt. Als Europaschule bietet die Einrichtung in zwei Klassen pro Jahrgang Unterricht in polnischer Sprache an. Dabei werden auch Fächer wie Geschichte auf Polnisch unterrichtet. Dies übernahmen bisher aus Sondermitteln finanzierte Muttersprachler im Dienste Berlins. Die neue Kollegin soll sie „ergänzen“.

> Frage nach der Behandlung der Vertreibung

Anders sind die Planungen für den Einsatz der neuen Lehrkraft an der Gabriele-von-Bülow-Oberschule. Dort betont man den begleitenden Charakter der neuen Lehrerin aus Warschau. Sie wird dort unmittelbar für den Unterricht im Fach Polnisch eingesetzt. Die bisherigen Lehrer machen in diesem Fach unverändert weiter. Bilingualen Unterricht, also Unterricht auf Polnisch in anderen Fächern, gibt es dort nicht, dennoch erhoffe man sich neue „Akzente“. Schulleiter Ulrich Entz: „Natürlich geht es auch um das spezifisch polnische Geschichtsverständnis, aber auch beispielsweise um die polnische Küche oder das Schulsystem.“

Nicht nur polnische Geschichte, sondern Geschichte aus polnischer Sicht steht nun diesen Worten auf dem Lehrplan. Wie und ob die Vertreibungsgebiete in dabei nicht immer unproblematischer polnischer Interpretation thematisiert werden, lässt sich bisweilen noch nicht erkennen. Dies dürfte aber zu einem Gradmesser für die Qualität des seitens der Schulen als Bereicherung gesehenen neuen Lehraufgebots aus Warschau werden. *SV*



Zeitzeugen



Karl-Theodor zu Guttenberg – Der erst 38-Jährige Bundesverteidigungsminister brachte die tiefgreifendste Reform in der Geschichte der Bundeswehr ins Gespräch: Aussetzung der Wehrpflicht und Schrumpfung auf 150000 Mann – nun werden es 210000. Auch damit würde die Truppe immer mehr vom Bürgerheer zum Spezialistenverband.

Volker Wieker – Der 56-Jährige folgte im Januar dem im Rahmen der Kundus-Affäre in den Ruhestand vesetzten Wolfgang Schneiderhan als Generalinspekteur der Bundeswehr. Heeresgeneral Wieker kommt die schwere Aufgabe zu, die von seinem Minister gewünschte weitgehende Reform in die Praxis umzusetzen.



Helmut Harff – Der heute 71-Jährige Brigadegeneral a.D. überzeugte als Kommandeur beim ersten „echten" Bundeswehr-Auslandseinsatz in Somalia 1993/94 ebenso wie beim Einmarsch seiner Kfor-Truppe ins Kosovo 1998. Dabei forderte der Fallschirmjäger einen serbischen Kommandeur auf, in 30 Minuten seine Position zu räumen. Als dieser auf Zeit spielen wollte, herrschte er ihn an: „Die Frist läuft aus. Sie haben noch 28 Minuten. Ende der Diskussion." Seitdem gibt es in der Truppe für entschlossenes Vorgehen einen eigenen Begriff: „harffen".

Ulrich Kirsch – Der Chef des Bundeswehrverbandes, der 58-Jährige Oberst Kirsch, äußerte sich öffentlich „entsetzt" zu den Plänen seines Verteidigungsministers. Schon die abrupte Verkürzung der Wehrpflicht auf sechs Monate sei „ohne überzeugende konzeptionelle Grundlage" erfolgt. Folge Berlin dem Minister, beweise dies, dass der Bundesregierung „ein sicherheitspolitisches Konzept fehlt".



Jan Berges – Der Hauptfeldwebel ist einer der ersten deutschen Soldaten, die nach dem Zweiten Weltkrieg für Tapferkeit ausgezeichnet wurden. Nach dem Selbstmordanschlag auf ein deutsches Patrouillenfahrzeug nahe Kunduz am 20. Oktober 2008 barg der 1980 Geborene ungeachtet explodierender Munition und der unklaren Lage seine verwundeten Kameraden aus dem brennenden Fahrzeug und versorgte verletzte afghanische Zivilisten. Als Held sieht Berges sich dennoch nicht.

Von Auslandseinsätzen geprägt

Was in den 1990ern langsam begann, bestimmt heute den Alltag der Bundeswehr

Immer stärker richtet sich die Bundeswehr auf Auslandseinsätze aus. Mehr als die geänderte Bedrohungslage hat der Geldmangel die Serie der Bundeswehrreformen geprägt. Zur klassischen Landesverteidigung wäre die massiv reduzierte Truppe heute kaum mehr in der Lage.

Jahrzehntelang hat die Bedrohung durch den Warschauer Pakt das Kriegsbild der Bundeswehr geprägt. Um ihren Beitrag zur Verteidigung Westeuropas zu leisten, hatte die Bundeswehr eine halbe Million Mann unter Waffen, hinzu kamen 1,5 Millionen Reservisten. Das Heer verfügte allein über 3500 Kampfpanzer, in den Depots lagerten Ausrüstung, Waffen und Gerät in großer Menge.

Nach dem Ende des Kalten Krieges wurde die aktive Truppe auf 300000 Mann reduziert. Die tatsächliche Verkleinerung war sogar noch stärker, wenn man die von der Bundeswehr übernommene „Nationale Volksarmee" der DDR mit zuletzt etwa 150000 Mann berücksichtigt. Die Landesverteidigung blieb zunächst die Hauptaufgabe der Bundeswehr, die ab Mitte der 90er Jahre aufkommenden Auslandseinsätze spielten noch keine große Rolle. Doch das änderte sich bald.

Um die Streitkräfte der Aufgabe internationaler Krisen- und Konfliktbewältigung anzupassen, wurden sie „transformiert" und nicht zuletzt aus finanzpolitischen Gründen immer weiter reduziert. Heute beträgt ihre Personalstärke nur noch 250000 Männer und Frauen. Waffen und Gerät sind verschrottet, verschenkt oder verkauft, die nicht mehr benötigte militärische Infrastruktur aufgegeben, die nichtaktiven Truppenteile aufgelöst, ihre Reservisten „ausgeplant". Die Panzertruppe beispielsweise ist auf nur noch etwa 300 Kampfpanzer geschrumpft.

Von einst 3500 Kampfpanzern sind nur 300 geblieben

Der Gedanke der Landesverteidigung ist längst ad acta gelegt. Mit dieser Bundeswehr wäre sie auch gar nicht mehr möglich. Das ist politisch gewollt, denn heute steht die Einsatzorientierung im Vordergrund. Alles hat sich den Einsatzerfordernissen unterzuordnen, ob Personalplanung, Rüstungsprojekte, Verteilung der Haushaltsmittel oder der Einsatz der wenigen verbliebenen Reservisten. Sollte es jemals wieder zu einer (klassischen) militärischen Bedrohung unseres Landes kommen, wäre der personelle Auf-wuchs vorerst ein geringeres Problem, denn die Wehrersatzbehörden können vorerst noch auf hunderttausende Reservisten zugreifen. Ganz anders dagegen sieht es bei Waffen, Gerät und der militärischen Infrastruktur aus. Diese ließen sich nicht über Nacht wiederbeschaffen beziehungsweise wiederherstellen.

Doch auch die Einsatzrealität stellt die Bundeswehr vor große Probleme, nicht nur was knappe Mittel und unzureichende Ausrüstung angeht. Bei einer Truppenstärke von etwa einer Viertelmillion Soldatinnen und Soldaten scheinen aktuell knapp 7000 im Einsatz nicht viel zu sein. Doch gehen die etwa 30000 Wehrpflichtigen grundsätzlich sowie viele Zeit- und Berufssoldaten aus unterschiedlichen Gründen nicht in den Einsatz. Und da die Kontingente nach einigen Monaten ausgetauscht werden, ist der Personalbedarf über die Jahre gesehen hoch. Auf jedes Kontingent im Einsatz kommt eines in der Einsatzvor- und eines in der Einsatznachbereitung. Dadurch ist jeweils die dreifache Anzahl an Soldaten gebunden und fällt für den „normalen" Dienst aus. Die Personaldecke ist daher dünn und die Truppe an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt.

Nach dem jüngsten Einspar-Ukas des Kabinetts denkt Bundesverteidigungsminister zu Guttenberg über die Schaffung einer Freiwilligenarmee mit 150000 Mann nach. Das wären dann endgültig keine „Vaterlandsverteidiger" mehr, sondern „Einsatzprofis", die kaum noch zu Hause sein dürften. *Jan Heitmann*

Die Last der Einsätze wiegt schwer

Papa ist in Afghanistan". Was das für die Familie bedeutet, kann wohl kaum jemand ermessen. Soldatenfamilien sind ohnehin belastet, denn die meisten Soldaten führen eine Wochenendehe. Der Preis ist hoch: Der Vater ist vom Familienleben weitgehend ausgeschlossen und sieht seine Kinder nur am Wochenende aufwachsen. Die Ehefrau muss alle Herausforderungen des Alltags allein meistern, und die Kinder sehnen sich nach ihrem Vater. Geht dieser in den Auslandseinsatz, kommen noch die monatelange Sorge um ihn und die Angst vor Verwundung und Tod hinzu. Viele Kinder schreiben sich in herzzerreißenden Briefen ein ihre Väter oder auch einfach nur „an den lieben Gott" ihre Ängste von der Seele.

Die Trennungsrate beträgt 75 Prozent

Im Einsatz sind nicht alle Fähigkeiten und Dienstgradgruppen gleichermaßen gefragt. So trifft es immer wieder dieselben Feldwebeldienstgrade und jüngere Offiziere. Gerade diejenigen also, die sich in der Familiengründungsphase befinden, unterliegen der höchsten Belastung. Kaum einer von ihnen ist mehr ohne Einsatzerfahrung, und viele von ihnen waren schon mehrfach auf dem Balkan oder in Afghanistan. Froh, die Gefahren überstanden zu haben und oft von schlimmen Erlebnissen geprägt, werden sie nach einiger Zeit wieder „ins Feld" geschickt. Diese wiederkehrende Belastung geht trotz der Hilfen durch die Familienbetreuungszentren über die Kraft vieler Familien. Hinzu kommt, dass viele Frauen nicht mehr bereit sind, ihre Lebensführung dauerhaft der des Partners unterzuordnen. So beträgt die Trennungsrate von Soldaten etwa 75 Prozent. Die Truppe hat dafür einen zynischen Begriff geprägt: Ohne Bindungen ist der Soldat endlich „bundeswehroptimiert". *J.H.*



Eine veränderte Bedrohungslage, die Konzentration auf Auslandseinsätze und die Verkleinerung der Bundeswehr mit Erosion der Wehrpflicht verändern auch die gesellschaftliche Stellung der Truppe. Im Bild ein öffentliches Gelöbnis am Reichstag. Bild: ddp

Andere Bundeswehr

Abschaffung der Wehrpflicht wäre ein folgenschwerer Schritt

Die Wehrpflicht ist das bestimmende Strukturelement der Bundeswehr. Durch sie sollte bei der Wiederbewaffnung der 50er Jahre eine „Verbürgerung" der neuen deutschen Streitkräfte erreicht und die Bildung eines „Staates im Staate" verhindert werden. Die Schöpfer der Bundeswehr glaubten, mit ihr die der Demokratie angemessene Wehrform gefunden, den „Staatsbürger in Uniform" als den zeitgemäßen Soldatentypus begründet und somit die Landesverteidigung als Aufgabe der gesamten Gesellschaft definiert zu haben. Die zunächst 18- und später 15-monatige Wehrpflicht ermöglichte die der Bedrohung entsprechende Truppenstärke und eine gründliche Ausbildung der Soldaten.

Nach Ende des Kalten Krieges wurde der Wehrdienst auf zunächst zwölf und dann neun Monate verkürzt. Als Folge der offenkundigen Wehrungerechtigkeit – nur noch ein Teil eines Jahrganges wurde auch tatsächlich einberufen – kündigte die Bundesregierung unlängst die weitere Reduzierung auf nur noch sechs Monate an. Durch diese „schnellere Taktung" sollen von jedem Jahrgang statt bisher 40000 zukünftig 50000 junge Männer eingezogen werden. Damit ist die Wehrpflicht ad absurdum geführt, denn innerhalb von nur sechs Monaten kann sich der Soldat allenfalls Grundkenntnisse aneignen, um auf dem Gefechtsfeld überleben zu können. Von der Fähigkeit zur militärischen Auftragserfüllung kann dagegen keine Rede sein. Militärisch lässt sich die Wehrpflicht insofern kaum mehr begründen, zumal nur Längerdienende in Auslandseinsätze geschickt werden.

Womöglich ist die Wehrpflicht tatsächlich überholt

In Zeiten, in denen wir „nur von Freunden umgeben" sind, stellt sich ohnehin die Frage, ob die Wehrpflicht den neuen militärpolitischen Aufgaben internationaler Friedensgestaltung angemessen ist. Nach den Worten Roman Herzogs ist die Wehrpflicht „ein so tiefer Einschnitt in die individuelle Freiheit des Bürgers, dass ihn der demokratische Rechtsstaat nur fordern darf, wenn es die äußere Sicherheit wirklich gebietet". Das aber dürfte auf absehbare Zeit nicht der Fall sein.

Die Verringerung der Dienstzeit auf sechs Monate wäre der Abgesang auf die Wehrpflicht. Dazu könnte es jetzt schneller kommen als erwartet. Angesichts des Sparzwanges denkt der Bundesverteidigungsminister über eine Aussetzung der Wehrpflicht nach. Dadurch könnten bis zu 412 Millionen Euro im Jahr eingespart werden. Für die Auslandseinsätze, die heute den Kern des Auftrages der Bundeswehr bilden, hätte dies kaum Auswirkungen. Aber auch der sogenannte Grundbetrieb wäre nur wenig betroffen, denn kaum ausgebildete Soldaten sind auch dafür nur eingeschränkt zu gebrauchen. Wohl aber würde die Nachwuchsgewinnung leiden, und nicht zuletzt würde die Bundeswehr kaum noch Reservisten hervorbringen, die im Fall der Landesverteidigung für den Aufwuchs der Truppe unverzichtbar sind. Ohne Wehrpflichtige wäre die Bundeswehr sicherlich eine andere. Diese müsste aber nicht zwangsläufig schlechter sein. *J.H.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur
Konrad Badenheuer
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Leserbriefe, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil:** Silke Osman; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit, IT:** Florian Möbius; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Wilhelm v. Gottberg, Sophia E. Gerber (Venedig), Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Jürgen Mahlitz, Liselotte Millauer (Los Angeles), Jean-Paul Picaper.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 31.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2010: Inland 9 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 11,50 Euro, Luftpost 15,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-41
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **4358**

Noch nicht in trockenen Tüchern

Nach der Einigung im Kabinett muss das Sparpaket der Bundesregierung noch durch das Parlament

Das größte Sparpaket in der Geschichte der Bundesrepublik ist geschnürt. Um mehr als 80 Milliarden Euro will die christlich-liberale Koalition den Etat bis 2014 entlasten. Das ist nötig, um die Schuldenbremse im Grundgesetz zu erfüllen. Und damit beweist die Regierung Merkel etwas, was ihr nur noch wenige zugetraut hatten: Handlungsfähigkeit.

Normalerweise sind Angela Merkel große Worte fremd. Ihr betont nüchterner Sprechstil ist unter Hauptstadtjournalisten beinah Kult. Doch diesmal war das anders, als sie einen „einmaligen Kraftakt“ verkündete. Bundesweit konnte man ihr Aufatmen darüber erahnen, dass ihre Regierung doch noch etwas zuwege bringt. „Es sind ernste Zeiten, es sind schwierige Zeiten. Wir können uns nicht all das, was wir uns wünschen, leisten, wenn wir die Zukunft gestalten wollen“, begründete sie die Einsparungen.

Das Sparpaket trägt klar eine bürgerliche Handschrift. Statt einseitig die Steuern zu erhöhen, wie das SPD und Grüne in ähnlicher Lage mutmaßlich getan hätten, senkt Schwarz-Gelb vor allem die Ausgaben. Dabei war es nötig, die Sozialausgaben zu beschneiden, die ja seit Jahrzehnten den größten Etatposten ausmachen. Die Struktur des Bundeshaushalts ist dabei aus dem Lot geraten: Allein Sozialausgaben plus Schuldendienst kosten den Bund in diesem Jahr 215 Milliarden, die Steuereinnahmen des Bundes dagegen betragen nur 212 Milliarden Euro. Da man die Zinszahlungen kurzfristig nicht reduzieren kann, war klar, dass der Sozialbereich den Löwenanteil der Kürzungen zu schultern haben werde.

So trifft es Arbeitslose mit der Kürzung des Übergangsgeldes vom Arbeitslosengeld I zu Hartz IV, das soll 200 Millionen Euro jährlich sparen. Hartz-IV-Empfänger müssen ebenfalls bluten: Ihnen wird der Heizkostenzuschuss beim Wohngeld gestrichen (100 Millionen), das Elterngeld abgeschafft (400 Millionen), ebenso der Rentenzuschuss von 40 Euro monatlich (1,8 Milliarden). Wie die dadurch entstehende Lücke in der Rentenkasse gestopft wird, wird sich zeigen. Viele bisherige Pflichtleistungen der Arbeitsagenturen werden zu freiwilligen Leistungen erklärt, über die die dortigen Beamten entscheiden sollen. Das soll zusammen bis zu fünf Milliarden jährlich bringen. Das generelle Elterngeld, mit dem man ja gerade gut ausgebildeten und gutverdienenden jungen Leuten das Ja zum Kind erleichtern wollte, wird um zwei Prozentpunkte von 67 auf 65 Prozent des letzten Gehaltes gekürzt, der Höchstbetrag bleibt aber bei 1800 Euro. Das soll 200 Millionen bringen. Insgesamt werden bis 2014 im Sozialbereich 30,3 Milliarden (Summe der Jahressummen) eingespart, das ist – gemessen am Anteil der Ausgaben im Etat – unterdurchschnittlich.

Die Einsparungen treffen darüber hinaus fast alle Ressorts: Bei der Bundeswehr soll die Streitkräftereform mit Absenkung der Truppenstärke von 250 000 auf

Wirtschaftsexperten loben das Sparpaket des Bundes

210 000 Mann ab 2013 jährlich zwei Milliarden bringen (siehe Seite 4). Die 2011 geplante Erhöhung des Weihnachtsgeldes für Beamte wird gestrichen. Bis 2014 sollen beim Bund bis zu 15 000 Stellen dauerhaft abgebaut werden. Davon verspricht sich die Regierung Einsparungen von jährlich 800 Millionen Euro. Und das Berliner Stadtschloss wird frühestens ab 2014 wiederaufgebaut.

Auch Steuererhöhungen sind im Paket enthalten, allerdings bleiben Mehrwertsteuer und Einkommensteuer unangetastet. Die Banken sollen ab 2012 zwei Milliarden jährlich an Bankenabgabe zahlen. Flugtickets werden mit einer Abgabe belastet, was eine Milliarde jährlich bringen soll. Die Bahn soll eine jährliche Dividende von 500 Millionen Euro an den Bund abführen. Die Atomindustrie muss jährlich 2,3 Milliarden Euro aus ihren Zusatzgewinnen aus der geplanten Laufzeitverlängerung abführen. Die allerdings ist bisher erst politisch beschlossen, hat aber noch keine Gesetzeskraft (siehe unten). Energieintensive Unternehmen müssen den vollen Satz der Ökosteuer zahlen, sie hatten bisher einen Rabatt.

Nicht einigen konnte sich die Koalition auf eine Mehrwertsteuerreform und einen kräftigen Subventionsabbau. Die teils skurrilen Regelungen beim reduzierten Satz bleiben also erstmal bestehen – Rennpferde und Tiernahrung unterliegen also weiter dem reduzierten Satz, Esel werden anders besteuert als Maultiere. Beobachter hatten kräftigere Einschnitte bei den Subventionen erwartet, doch Steinkohle und Landwirtschaft blieben verschont.

Allerdings muss das Sparpaket noch die parlamentarischen Hürden überwinden. Dabei wird sich zeigen, wie standhaft die Regierung die Beschlüsse umsetzt angesichts des massiven Gegenwindes: Links-Opposition, DGB und Wohlfahrts-Lobbyisten kritisieren ebenso erwartbar wie überzogen den angeblichen „sozialen Kahlschlag“. Ihre Alternativvorschläge beschränken sich auf die bekannten sozialistischen Ladenhüter Steuererhöhungen beziehungsweise -neueinführungen: Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer, Spitzensteuersatz. Neu sind allenfalls die angekündigten massiven Straßenproteste, mit denen der soziale Frieden gefährdet werden könnte.

Bedenklich stimmt, wie stark die Mainstream-Presse einschließlich der öffentlich-rechtlichen Sender die linken Kassandra-Rufe potenziert und sich zu deren Sprachrohr macht. So hatte der ARD-„Brennpunkt“ zu den Sparbeschlüssen praktischerweise den SPD-Chef Sigmar Gabriel gleich als Studiogast eingeladen. Volkswirtschaftler und andere Fachleute, die die Beschlüsse durchaus loben, kommen dagegen kaum zu Wort. *Anton Heinrich*



Wahltag ist Zahltag: Noch selten hat die alte Redensart so gestimmt wie nach der NRW-Wahl vom 9. Mai 2010. Die Kanzlerin weiß indes, dass ihr Sparpaket noch schwierige Hürden nehmen muss. Bild: action press

MELDUNGEN

Sondierung für »Ampel«

Düsseldorf - Nach Sondierungen zwischen CDU und SPD prüfen nun auch SPD, FDP und Grüne, ob sie eine Koalitionsregierung in Nordrhein-Westfalen bilden wollen. Als am 31. Mai die Liberalen zum zweiten Mal ihre Position veränderten und nun doch Gesprächsbereitschaft über eine „Ampel“ ankündigten, hat sich die Verhandlungsposition der CDU massiv verschlechtert: In einer Ampel heißt die Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD), in einer Großen Koalition wäre es Rüttgers oder ein anderer CDU-Politiker. Nach kurzem Muskelspiel der Grünen an die Adresse der FDP haben die Gespräche nun in sachlicher Atmosphäre begonnen. Für die SPD ist diese Konstellation auch deswegen attraktiv, weil die beiden kleinen Partner inhaltlich in vielen Punkten überkreuz liegen, was die Position der SPD zusätzlich verbessert. *K. B.*

Handbuch für Brandanschläge

Berlin – In der linksextremen Szene wird seit einigen Wochen eine Bröschüre verbreitet, die Anleitungen für Anschläge aller Art enthält. Die Berliner Staatsanwaltschaft habe bereits ein Ermittlunsverfahren eingeleitet, berichtet der „Spiegel“. In dem 80-seitigen Heft mit dem harmlos klingenden Titel „Prisma“ würde unter anderem der Bau mehrerer Typen von Brandsätzen mit Zeitzündern erklärt. Zudem wird die Konstruktion von Hakenkrallen, mit denen man Züge stoppen kann, erläutert und Techniken zum Umsägen von Strommasten empfohlen. Verbreitet wird das Heft laut Bericht vor allem in der linken Szene von Berlin, Hamburg und Niedersachsen. Sicherheitsbehörden beobachten seit einiger Zeit einen sprunghaften Anstieg von Gewalttaten aus der linksextremen Szene. *H. H.*

Union gespalten

Streit um AKW-Laufzeitverlängerung

Die schwarz-gelbe Koalition hat sich im Koalitionsvertrag auf eine Laufzeitverlängerung für Kernkraftwerke festgelegt. Klimaschutzgründe und Zeitgewinn für den Aufbau regenerativer Energieträger sprechen dafür, die Kernkraft zumindest als „Brückentechnologie“ befristet weiter zu nutzen. Offen blieb die Frage: Wie lange? Nun streitet die CDU bis in die Spitze hinein nicht nur um ganz unterschiedliche Zeithorizonte von vier bis 28 Jahre, sondern schon über die Frage, ob das Vorhaben der Zustimmung des Bundesrats bedürfe. Hauptkontrahenten sind ausgerechnet zwei Merkel-Günstlinge, Kanzleramtschef Ronald Pofalla (CDU), der nicht von einer Zustimmungspflicht ausgeht, und Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU), der allenfalls eine „moderate“ Verlängerung ohne Zustimmung des Bundesrates für möglich hält – eben die, die er selber befürwortet.

Die Ministerpräsidenten von Bayern, Baden-Württemberg und Hessen haben sich nun klar auf die Seite Pofallas geschlagen und verlangen eine zustimmungsfreie Änderung des Atomgesetzes. Baden-Württembergs Regierungschef Stefan Mappus (CDU) forderte gar Kanzlerin Merkel auf, ihren Umweltminister zur Räson zu bringen. Hintergrund des Konflikts ist die nach der NRW-Wahl verloren gegangene christlich-liberale Mehrheit im Bundesrat. Rechtliche Schützenhilfe erhielt Pofalla vom ehemaligen Verfassungsrichter Rupert Scholz (CDU).

Entscheidung auf Juli vertagt

„Der Atom-Ausstieg von Rot-Grün ging seinerzeit ohne Zustimmung des Bundesrats“, argumentiert er, „das gilt nun ebenso für die Verlängerung“.

Anderer Ansicht ist Ex-Verfassungsgerichtspräsident Hans-Jürgen Papier (CSU-Mitglied), der Röttgen juristisch munitioniert hat. Ein weiteres für Röttgen gefertigtes Gutachten bestätigt die Zustimmungspflicht, und der Streit blockiert momentan eine Entscheidung. Politisch gesehen scheint der Umweltminister wenig Neigung zu verspüren, diesen Auftrag des Koalitionsvertrages umzusetzen. Zur Enttäuschung nicht nur der Energiewirtschaft will die Bundesregierung die Sache erst im Juli entscheiden, sie dann aber in ein überarbeitetes Energiekonzept einbetten. *J. V.*

Gesundheitsprämie

FDP legt sich mit ihrer Kernklientel an

Von der „Kopfprämie“ ist die Rede. Mächtige Lobbyverbände der Gesundheitsindustrie im Verein mit Opposition und Christsozialen aus Bayern sorgen unter diesem Titel derzeit für mächtigen Wirbel. Dabei hat dieses zentrale Reformprojekt der FDP nichts mit den Kopfgeldjägern aus dem Wilden Westen zu tun. Die „Gesundheitsprämie“ von Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler (FDP) soll viel mehr zu mehr Eigenverantwortungen und Einsparungen im Gesundheitssystem führen. Damit sind jedoch wichtige Pfründe von Industrie und Politik bedroht.

Im Gesundheitsfonds fehlen elf Milliarden

In dem von der Großen Koalition eingerichteten „Gesundheitsfonds“ klafft schon im Jahr 2011 ein Krater von elf Milliarden Euro. Die Kassen werden Zusatzbeiträge von durchschnittlich 17 Euro monatlich erheben müssen, was dem Fonds etwa sieben Milliarden bringt. Den Rest muss Rösler bei den Pharmakonzernen, Kliniken und Ärzten zu holen versuchen.

Die Alternative zu einem „Weiter so“ wäre die Gesundheitsprämie. Die Idee ist einfach. Wie bei der Kfz-Versicherung zahlt jeder Bürger eine „Prämie“ für die zu versichernde Gesundheit. Zusätzlich sollen die Versicherten je nach Einkommen verschieden hohe Kassenbeiträge bezahlen. Rösler versprach sich von dieser „Gesundheitskombi“ eine langsame Abkoppelung der Gesundheitskosten von der Lohnentwicklung und damit mehr Beschäftigung.

Der ursprünglich geplante Sozialausgleich aus Steuergeldern, den auch die Industrie vehement fordert, ist angesichts der Haushaltslage nicht mehr möglich. So entstand unter Röslers Regie ein recht kompliziertes Modell von Ausnahmen, Sonderregelungen und Zusatzbeiträgen. Von einem „bürokratischen Monster“ sprach die Opposition und machte sich über die Liberalen lustig. Die Arbeitsgeberseite hätte bei Röslers Modell 0,3 Prozent mehr bezahlen müssen, was der Gesundheitslobby „unzumutbar“ erschien. Auch die CSU ging auf die Barrikaden.

Rösler und mit ihm die FDP muss jetzt die Rolle des Geldeintreibers und Kostensenkers bei der Gesundheit spielen. Sie legt sich auf diese Weise mit ihrer eigenen Kernklientel an, die sie bisher stets gehätschelt hat. *HEB*

MELDUNGEN

Umweltschutz als Business

Chicago/Oppenheim – Anlässlich des „Tages der Umwelt" (6. Juni) hat der als „Klimaskeptiker" bekannte Meteorologe Wolfgang Thüne auf die exorbitanten Gehälter der Chefs bekannter Nichtregierungsorganisationen im Umweltbereich hingewiesen: World Wildlife Fund – 509 699 US-Dollar; Environmental Defense Fund – 474 596 Dollar; Natural Resources Defense Council – 432 959 Dollar. An 7. Stelle der Liste stehe das Pew Center on Global Climate Change mit 335 099 Dollar und an 8. Stelle die Alliance for Climate Protection mit 330 280 Dollar. Thünes Fazit: „Die grüne Bewegung ist längst nicht mehr die bunt schillernde Schar von Turnschuh- und Jutesackträgern. Sie hat sich zu einem profitablen Geschäft entwickelt." *PAZ*

Mokau fordert Visafreiheit

Rostow am Don – Beim EU-Russland-Gipfel Ende Mai in Rostow wurde eine „Partnerschaft für Modernisierung" beschlossen, bei der es um Handel, Wettbewerbsförderung, technische Modernisierung, Korruptionsbekämpfung und den baldigen Beitritt Russlands zur Welthandelsorganisation WTO geht. Beim Thema Visafreiheit zwischen Russland und EU, die der Kreml seit Jahren anstrebt, konnte Moskau keinen Erfolg verbuchen. Präsident Dmitrij Medwedew zeigte zwar Verständnis für die Bedenken der Europäer, gleichzeitig brachte er aber schriftlich die Forderung nach einem Ende des Visumzwangs bei der EU-Spitze in Brüssel ein. Ein gelungener Schachzug, findet die russische Presse. Bei künftigen Treffen könne er dann immer wieder nachfassen. Die Europäer müssten ihm dann entweder erneut eine Absage erteilen oder zumindest inhaltlich darauf eingehen. *MRK*

Denkt Barack Obama um?

Nach dem diplomatischen Debakel in Sachen Gaza fürchtet Israel eine Änderung der US-Nahostpolitik

Mit der Kaperung des Hilfskonvois für den Gaza-Streifen auf hoher See mit neun Toten hat die Regierung Netanjahu Israel ein diplomatisches Debakel bereitet. Während das rigorose Vorgehen in der israelischen Bevölkerung überwiegend Zustimmung findet, könnten die USA ihre bisherige Nahost-Politik überdenken. In Israel wächst die Sorge vor einer von Washington oktroyierten Friedensregelung.

Bis vor einer Woche schien es so, als habe Israel in der Welt drei zuverlässige Partner von Gewicht: Die USA, Deutschland und die Türkei. Seit der Kaperung des Hilfskonvois am vergangenen Montag sind davon nur noch zwei übrig geblieben: Washington und Berlin. Schon aus innenpolitischen Gründen kann der türkische Premier Erdogan die bisherige pro-israelische Politik seines Landes so nicht weiter durchhalten. Aber auch in Washington und Berlin könnte die Stimmung kippen – nicht gegen Israel, wohl aber gegen die Politik seiner momentanen Regierung unter Benjamin Netanjahu.

US-Präsident Barack Obama ist vor allem über zwei Folgen der Aktion verärgert: Zum einen gefährdet der Zornesausbruch in der arabischen Welt über das Kommandounternehmen die Chancen der mühsam angestoßenen, indirekten Friedensgespräche zwischen Palästinenser-Präsident Mahmud Abbas und Israel. Zum anderen wird es nun für Washington noch schwerer, einen einstimmigen Beschluss im 15-köpfigen UN-Sicherheitsrat gegen die atomaren Ambitionen des Iran zustande zu bekommen. Dem Gremium gehört momentan (noch bis Oktober) auch die Türkei an, und sie verlangt, dass eine Resolution noch deutlicher als bisher auch das nukleare Potenzial Israels thematisieren müsste. Diese Forderung ist für Israel und seine treuesten Freunde in Washington aber ein rotes Tuch: Schon vor wenigen Wochen hatte die Regierung Obama hier einen aus Sicht Netanjahus unerträglichen Schritt getan, indem es auf der Konferenz über die Nichtverbreitung von Atomwaffen die Forderung billigte, Israel müsse Inspektoren der Internationalen Atomenergiebehörde ins Land lassen.

In Jerusalem weiß man, dass die schier endlose Geduld der USA und auch Deutschlands mit völkerrechtlich kaum vertretbaren Aktionen Israels auch einmal zu Ende gehen könnte. Zweifellos wird der politische Preis, den insbesondere Barack Obama für die „Nibelungentreue" seines Landes zu Israel entrichten muss, immer höher. „Israel entwickelt sich allmählich für die USA von einer Bereicherung zu einer Belastung", erklärte kein anderer als Mossad-Chef Meir Dagan am Tage nach dem gewaltsamen Stopp des Hilfskonvois vor dem Auswärtigen Ausschuss der Knesset. Eindringlich warnte er die israelischen Parlamentarier, Obama erwäge nun, Israel eine Friedenslösung zu diktieren.

Merkel signalisiert Zustimmung zu anderer US-Politik

Außer Frage steht, dass die USA dazu Mittel und Möglichkeiten haben. Washington müsste Israel keineswegs im Stich lassen, sondern seine schützende Hand nur wenige Millimeter zurückziehen, um bedeutende Zugeständnisse durchsetzen zu können. Es würde ja schon genügen, eine der vielen UN-Resolutionen, die Israel zu Entgegenkommen an die Palästinenser auffordert, nicht mehr durch Veto zu stoppen.

Dass der Zug in diese Richtung geht, zeigt auch die Haltung der deutschen Bundesregierung. Der offene Hinweis Merkels auf die „Unverhältnismäßigkeit" der Aktion und ihr Ja zu einer Untersuchung des Vorgangs unter internationaler Beteiligung zeigt, dass Berlin sich auf eine Kurskorrektur der USA einstellt und dieser jedenfalls keinen Widerstand mehr entgegensetzen würde. Das ist für die Regierung Netanjahu alarmierend, denn Berlin hat in den zurückliegenden Jahren in weit größerem Umfang, als es öffentlich bekannt wurde, vor allem im Rahmen der EU, Israel diplomatisch und politisch unterstützt und vor Kritik oder gar Sanktionen geschützt. Zu den sichtbaren „Spitzen des Eisbergs" dieser Unterstützung gehört das Schweigen der Bundeskanzlerin zur israelischen Militäroperation im Gaza-Streifen im Januar 2009. Bei dieser Vergeltungsaktion für (je nach Zählung) vier bis 20 israelische Zivilisten starben nach Angaben der israelischen Menschenrechtsorganisation B'Tselem 1385 Palästinenser, selbst das israelische Militär gibt 1166 Getötete zu. Während viele EU-Partner zumindest Kritik äußerten, signalisierte die deutsche Kanzlerin sogar Verständnis.

Obwohl sich auf den aufgebrachten Schiffen auch einige gewaltbereite Islamisten befanden und die Aktion keineswegs nur humanitäre Hilfe zum Ziel hatte, hat Israel einmal mehr den Kampf um die Sympathien der internationalen Gemeinschaft verloren. Nicht nur den Diplomaten, sondern auch der israelischen Öffentlichkeit ist das bekannt. Doch viele Israelis leben in der Überzeugung, ihr Land sei zwischen islamistischen Vernichtungsdrohungen und iranischen Nuklearamibition existenziell gefährdet und könne von der Völkergemeinschaft ohnehin nichts erwarten. Diese Grundeinstellung, die historisch gut zu erklären ist, bildet den Boden für viele Völkerrechtsverstöße Israels. Berlin versucht seit langem, dem israelischen Gefühl, „allein mit dem Rücken zur Wand zu stehen" und deswegen in einer Art Notwehrsituation sonst Verbotenes tun zu dürfen, durch demonstrative Unterstützung entgegenzuwirken.

Diese Linie mutet den Palästinensern einiges zu, kann ihnen aber auch nutzen. Sie wäre besonders gefordert, falls sich nun in Washington der Wind gegen Israel drehen sollte. Wenn Barack Obama mit einer ruppig durchgesetzten Friedensregelung für den Nahen Osten sich gleichsam rückwirkend den Friedensnobelpreis erarbeiten wollte, wäre das die Stunde der Bewährung für eine deutsche Israelpolitik, die auch die Rechte der Palästinenser nicht aus den Augen verloren hat.

Konrad Badenheuer



Israelische Demonstration vor der türkischen Botschaft in Tel Aviv. Bild: Getty Images

Fragile Demokratie

Russland: Zugeständnisse hier, Prügel dort

Das gab es bisher noch nicht: Bei einer Benefizveranstaltung in St. Petersburg ließ der Wladimir Putin in einer öffentlichen Diskussion herbe Kritik an seiner Regierung zu und das Gespräch auch noch ins Internet stellen. Jurij Schewtschuk, Sänger der seit den 80ern bekannten systemkritischen Rokkband DDT, haute dem Regierungschef seine Kritik um die Ohren. Er warf Putin vor, alle bürgerlichen Freiheiten mit Füßen zu treten, Pressefreiheit und friedliche Demonstrationen zu behindern.

War Putins Offenheit taktisch begründet?

Putin reagierte gelassen. Weitschweifig sprach er von einer „normalen demokratischen Entwikklung", und davon, dass keine Bedingungen geschaffen werden dürften, friedliche Kundgebungen von Andersdenkenden zu verbieten. Den schwarzen Peter schob er freilich den örtlichen Behörden zu, die für die Genehmigung von Versammlungen zuständig sind. Nie zuvor habe Putin eine „brisantere und offenere" Diskussion zugelassen, schrieb der „Mos-kowskij Komsomolez". Kritiker glauben, dass der Premier lediglich mit Blick auf 2012 einen Gang zurück schaltet.

Wie Öl ins Feuer wirkten Putins Worte hingegen bei den Oppositionellen, die am 31. Mai auf dem Triumphplatz in Moskau für die Einhaltung des Verfassungsparagraphen 31, der das Recht auf Versammlungsfreiheit garantiert, auf die Straße gingen. Denn während Putin sich in St. Petersburg demokratisch gab, schlugen in Moskau die Sicherheitskräfte zu. Bürgermeister Luschkow hatte die Kundgebung, wie alle vorherigen, untersagt. 152 Demonstranten wurden festgenommen. Die Polizei ging dabei äußerst brutal vor. Die Betroffenen berichteten, man habe sie über den Boden geschleift und geschlagen. Es gab Verletzungen und Knochenbrüchen. Selbst ein Kriegsveteran blieb nicht verschont, einem Journalisten der Internet-Agentur „Gazeta.ru" wurde der Arm zweifach gebrochen.

Die Misshandelten wollen nun die Stadt verklagen und fordern die Absetzung von Bürgermeister Luschkow. Der nationale Sicherheitsrat der USA und Amnesty International kritisierten den Vorfall. Die Moskauer Innenbehörde ordnete auf Druck des Bevollmächtigten für Menschenrechte in Russland, Wladimir Lukin, eine Untersuchung an.

Manuela Rosenthal-Kappi

Tauziehen oder abgekartetes Spiel?

Seit Beginn der Finanzkrise agieren Paris und Berlin wie ein altes Ehepaar

Seit Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise steckt das deutsch-französische Paar nach den Worten einer linken Pariser Zeitung in einem Psychodrama mit immer neuen Entwicklungen. Auf beiden Seiten des Rheins wird nach der Regel gespielt: Ich zeige meinem Volk, dass ich es vor dem Ruin schütze und nicht dem Partner gehorche. Aber anschließend macht man diesem doch wieder Zugeständnisse, um einen Bruch zu vermeiden.

So wird der Tritt der französischen Wirtschafts- und Finanzministerin Christine Lagarde ins Fettnäpfchen historisch bleiben. Am 15. März hatte sie in der „Financial Times" kritisiert, worauf die Deutschen besonders stolz sind: ihre Exportstärke. Sie forderte sie auf, ihre Löhne anzuheben, damit ihre Produkte teurer würden. Als sie noch hinzufügte: "Ich bin nicht sicher, dass es sich um ein nachhaltiges Modell für die gesamte Euro-Gruppe handelt. Wir brauchen offenbar mehr Konvergenz", glaubten viele Deutsche, dass sie das aus ihrer Sicht weniger effektive französische Wirtschaftsmodell übernehmen sollten. Auf diese „Lektion" hin tat ihr deutscher Kollege Wolfgang Schäuble das Unfassbare. Er lud sie ein, an der Sitzung des Bundeskabinetts am 31. März teilzunehmen. Indem er die Französin zu seinem Reformprojekt des Bankensystems konsultierte, baute er Spannungen zwischen Berlin und Paris ab. Danach wurde er seinerseits zu einer Kabinettssitzung nach Paris eingeladen.

Der nächste Zwischenfall fand am 18. Mai statt, als Berlin einseitig die sogenannten Leerkäufe von Staatsanleihen verbot und den Handel mit Kreditausfallversicherungen (CDS) einschränkte. Mit Leerverkäufen und CDS konnten Spekulanten auf die Pleite von Staaten oder auf fallende Kurse wetten. Dem wurde nun ein Riegel vorgeschoben, aber Paris erfuhr es erst abends aus der Presse. So konnte Frau Merkel am Tag darauf im Bundestag die eiserne Kanzlerin geben und das in Deutschland ungeliebte Projekt einer 750-Milliarden-Stützung des Euro durchdrücken. Sie setzte noch einen drauf: „Der Euro ist in Gefahr". Auch wenn die Gemeinschaftswährung in Deutschland bis heute wenig populär ist, wurden die Deutschen hellhörig. Der Sarkozy-Klan wiederum konnte diesen deutschen Alleingang nicht durchgehen lassen und den Eindruck stehen lassen, er schwimme im deutschen Kielwasser. Am 20. Mai vormittags schoss sich Lagarde auf die „fragwürdige, weil ohne Konsultationen getroffene" Entscheidung der Kanzlerin in Sachen Spekulationsbekämpfung ein. Und grenzte sich auch sonst von Berlin ab: „Der Euro ist nicht schwach. Auf unsere Währung ist Verlass". Einige Stunden später auf einem Treffen über die Regulierung der Märkte in Berlin erwarteten Beobachter einen Eklat. Doch mitnichten! Lagarde bekundete, sie sei „voller Dankbarkeit gegenüber Wolfgang Schäuble für die Arbeit, die wir gemeinsam bewältigen". Kein Wort mehr über die Leerkäufe, dafür eine halbe Liebeserklärung: „Wolfgang und ich, wir gehen Hand in Hand."

Beobachter warteten auf den großen Krach, doch mitnichten!

In Paris sagten Pressesprecher, dass Merkel ihre öffentliche Meinung habe schonen müssen, sie sich jedoch immer wieder zu den „französischen Vorschlägen bekannt" habe. In Berlin wurde dagegen erklärt, dass Merkel im Alleingang habe entscheiden müssen, weil die Franzosen sich der deutschen Antispekulationspolitik verschlossen hätten – soviel verquerer „Konsens" war selten zwischen Paris und Berlin.

Aber schon kurz darauf eröffnete Sarkozy dem neuen englischen Premier, dass er mit Merkel total übereinstimme. Die Antiratingagenturenmaßnahmen, die Besteuerung der Finanztransaktionen, die Kontrolle der Staatshaushalte, die Sanktionen gegen Länder, die über ihre Verhältnisse leben, bis zum Ausschluss aus dem Euro-Club, das war jetzt angeblich alles auf dem deutsch-französischen Mist gewachsen. Mit dieser Methode „getrennt marschieren, vereint schlagen", werden Paris und Berlin ihre Steuerzahler und Wähler sicher noch so manche Kröte schlucken lassen.

Das Spiel ist durchsichtig, und nicht alle sind damit einverstanden. Aber da wird auch übertrieben. Beispielsweise stammt das von deutschen Euro-Skeptikern jetzt wieder so gern zitierte Wort aus dem "Figaro", schon Maastricht sei „ein Versailles ohne Krieg" gewesen, von dessen damaligem Chefredakteur Franz-Olivier Giesbert, der auch sonst selten um eine Provokation verlegen war, die aber im politischen Paris niemand ernst nahm.

Einen Dritten europäischen Bürgerkrieg wird es nicht geben. Angela Merkel und Nicolas Sarkozy haben die Verteidigung des Euro und der Europäischen Union zur Chefsache gemacht. *J.-P. Picaper*

Bankmanager auf der Anklagebank

Ex-IKB-Chef Stefan Ortseifen drohen strafrechtliche Konsequenzen – Kommt es zu weiteren Prozessen?

Der ehemalige Chef der Beinahe-Pleitebank IKB, Stefan Ortseifen, sitzt in Düsseldorf auf der Anklagebank. Als Zeuge sagte letzte Woche Finanzstaatssekretär Jörg Asmussen (SPD) aus. Die Öffentlichkeit verfolgt mit Spannung den Prozess gegen den Bankmanager, der diese und wohl auch den eigenen Aufsichtsrat täuschte.

Nach Darstellung von Asmussen ließ der IKB-Vorstand den Aufsichtsrat über die Höhe der Hypothekenrisiken im Unklaren, die die Bank in den USA über sogenannte Zweckgesellschaften außerhalb der Bilanz eingegangen war. Auf einer Aufsichtsratssitzung Ende Juni 2007 habe er im Wechselspiel mit dem Unternehmer Roland Oetker mehrfach gezielt nach möglichen Risiken aus Investments in US-Immobilien gefragt.

Zwar sei den Kontrolleuren klar gewesen, dass die Bank in diesen Zweckgesellschaften US-Papiere im Wert von 12,7 Milliarden Euro geparkt habe. „Es war dem Aufsichtsrat aber nicht bekannt, dass sich dahinter ein Klumpenrisiko verbarg“, erklärte Asmussen. Damit werden im Bankenwesen „parallel gerichtete“ Ausfallsrisiken bezeichnet, die einander deswegen nicht kompensieren, sondern gleichzeitig eintreten können, dementsprechend gefährlich sind.

Der damalige Aufsichtsratschef der Bank, Ulrich Hartmann, rückte die Informationspolitik des Vorstands in ein ähnliches Licht. „Ich ging immer davon aus, dass in Unternehmenskredite investiert worden war. Subprime war kein Thema“, sagte der Eon-Chefkontrolleur in seiner zweiten Vernehmung als Zeuge. Wenn das so stimmen würde, hätte der Aufsichtsrat der IKB fast bis zur Beinahe-Pleite der Mittelstandsbank nichts von deren riskanter Anlagepolitik gewusst.

Die Kontrolleure aus Wirtschaft und Politik vertrauten nach eigenen Angaben voll den Aussagen des damaligen Vorstandschefs Ortseifen. Der habe auf Fragen nach direkten oder indirekten Investments in US-Schrotthypotheken den Kontrolleuren erklärt, die Bank sei „allenfalls mittelbar an Fonds beteiligt, die jedoch eine Ausfallbegrenzung vorsehen“, so Asmussen, der damals im Aufsichtsrat der Bank saß. Die Rolle der Aufsichtsgremien im allgemeinen und die von Asmussen im besonderen ist delikat: Auch, wo Bankvorstände mit nicht zu erwartender krimineller Energie handeln, sollte ein Aufsichtsrat nicht jede unplausible Antwort einfach schlucken, zumal wenn sie nur mündlich vorgetragen wird, nur von einem Manager kommt und wenn es um Milliarden geht. Falls Asmussen als Banken-Kontrolleur versagt hätte, wäre das doppelt brisant, denn als Chef des fünfköpfigen Lenkungsausschusses des Bankenrettungsfonds „Soffin“ entscheidet der 1966 geborene Staatssekretär mit dem millimeterkurzen Haarschnitt heute hinter verschlossenen Türen über Summen, von denen die meisten Bundesminister nur träumen können.

Das IKB-Debakel, das nur wenige Wochen später folgte, zerstörte im Sommer 2007 die Illusion, die durch minderwertige Hypothekenkredite ausgelöste Krise („Subprime“) könne an Deutschland vorbeigehen. Auch die Öffentlichkeit wurde von Ortseifen offenbar getäuscht, indem er noch einige Tage vor dem Beinahe-Crash seines Instituts dessen Lage in einer Pressemitteilung geschönt darstellte. Darin hieß es, die Subprime-Krise treffe die IKB nur mit einem einstelligen Millionenbetrag. Richterin Brigitte Koppenhöfer deutete nun in einer Zwischenbilanz an, dass der Ex-Banker mit einer Verurteilung wegen Verstoßes gegen das Wertpapierhandelsgesetz rechnen müsse.

> Bleibt die »neue Qualität kriminellen Handelns« straflos?

Dass Prozesse wie in Düsseldorf überhaupt ins Rollen kommen, ist auch das Verdienst von engagierten Anwälten. Einer davon ist der Starverteidiger Gerhard Strate aus Hamburg. Deutschlandweit bekannt wurde Strate durch das Revisionsverfahren gegen die zweifache Kindsmörderin Monika Böttcher und die Klage gegen die Bundesrepublik wegen des Kosovo-Krieges. Auch die Verteidigung des Terrorverdächtigen Mounir al-Motassadeq brachte ihn in die Schlagzeilen. Heute wühlt er sich auf seinem Feldzug gegen die Schuldigen der Finanzkrise durch Bilanzen, dicke Fachbücher und zugespielte E-Mails. „Wir haben es hier mit Akteuren zu tun, die diese Gesellschaft zugrunde richten“, sagt er mit der vom vielen Tabak knarzenden Stimme. „Das sind Hasardeure der schlimmsten Sorte. Und die sollen davonkommen?“

Zehn Schriftsätze hat er in den vergangenen Monaten verschickt, Strafanzeigen gegen Manager der HSH Nordbank, der Hypo Real Estate (HRE) und der BayernLB, gegen das Führungspersonal von Deutschlands Pleitebanken. Es geht darin um schwere Untreue und Bilanzfälschung. Für Strate geht es neben Sühne sogar um Demokratie und Rechtsstaat.

„Das ist eine neue Qualität kriminellen Handelns“, sagt er erregt. Er lehnt sich in seinem Stuhl vor, sein Ellenbogen stützt sich auf einen Quartalsbericht der HSH Nordbank, wo ebenfalls Schrottanleihen für Milliarden stehen. „Da draußen ist eine Stille, die mich aufregt. Es scheint, als würde sich niemand trauen, Einzelne für die Finanzkrise verantwortlich zu machen, so gewaltig erscheint sie.“

Mehr als 17 Monate sind seit dem Zusammenbruch der US-Investmentbank Lehman Brothers vergangen, mehr als 16 seit der dramatischen Rettung der HRE. Mit aberwitzigen Summen hat der deutsche Steuerzahler Banken gerettet, auf Jahrzehnte ist der Staat nun gefesselt, zu einem eisernen Sparkurs gezwungen. Moralisch ist seit langem klar, wo die Schuldigen für dieses Debakel zu suchen sind: In den Vorstandsetagen der Banken. Doch juristisch ist bislang fast nichts passiert, weder in Deutschland noch sonst wo in der Welt.

Besonders im Visier Gerhard Strates steht die HSH-Nordbank, die in Hamburg zu Hause ist. Das taumelnde Institut wurde 2009 mit einer drei Milliarden Euro schweren Kapitalspritze der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein vor dem Zusammenbruch bewahrt. Außerdem gewährten die Bundesländer und der Bund insgesamt rund 40 Milliarden Euro Garantien. Sowohl in Hamburg als auch in Kiel arbeiten Parlamentarische Untersuchungsausschüsse den Fall auf. Parallel ermittelt die Staatsanwaltschaft Hamburg gegen mehrere Vorstände der Bank, darunter gegen den amtierenden Chef Dirk Jens Nonnenmacher. Der Vorwurf: schwere Untreue. Außerdem wird wegen des Verdachts auf Bilanzfälschung ermittelt. Staatsanwälte sind aktiv und durchsuchten im März die Häuser hoher Bankmanager. Der Düsseldorfer Prozess ist wohl erst der Anfang, denn „Strafe muss sein“, sagt Anwalt Strate.

Hinrich E. Bues



Kaum Schuldbewusstsein: Stefan Ortseifen (l.) und Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann. Bild: ddp

KURZ NOTIERT

Iran verkauft Euro: Die iranische Zentralbank plant nach Angaben von „Teleboerse.de“, 45 Milliarden Euro aus ihren Devisenreserven abzustoßen. Angeblich plant Teheran, dafür in Gold und Dollar zu investieren, so der regierungseigene Sender „Press TV“. Irans Notenbankpräsident Mahmud Bahmani hatte unlängst angedeutet, die Euro-Reserven wegen des schwachen Kurses der europäischen Einheitswährung reduzieren zu wollen. *H.H.*

Bargeld verbieten: In Schweden soll der Bargeldverkehr verboten werden und Zahlungen nur noch per Karte, Überweisung etc. möglich sein. Dies fordert ein Kartell von der Bankgewerkschaft über die Zentralbank bis hin zu hohen Polizeikreisen. Die Verhinderung von Raub, Schwarzarbeit, illegalem Handel und Steuerhinterziehung werden als Argumente angeführt. Ziel ist es, dass der gesamte Zahlungsverkehr der Schweden lückenlos elektronisch überwacht werden kann. *H.H.*

US-Kommunen vor „furchtbaren Problemen“: Der amerikanische Milliarden-Investor Warren Buffet sieht „furchtbare Probleme“ auf die Kommunen der USA zukommen. Wenn Washington nicht helfe, stehe zahllosen Gemeinden der Bankrott bevor. Buffett selbst hat bereits große Summen des von ihm verwalteten Investmentfonds „Berkshire Hathaway“ aus amerikanischen Kommunal-Anleihen zurückgezogen. *H.H.*

Pro Jukos: Als „Bullshit“ bezeichnete Viktor Geraschenko, ehemaliger Zentralbankchef, die Anklage gegen Ex-Jukos-Eigner Chodorkowskij und Platon Lebedew wegen des Diebstahls von 380 Millionen Tonnen Öl. Als Zeuge der Verteidigung bekräftigte er wie zuvor Kasjanow, es sei unter den Augen des Kreml schlichtweg nicht möglich gewesen, solch eine Menge Öl zu stehlen. Weil Geraschenko auch Chef des Direktorenrats des Jukos-Konzerns war, hatte Staatsanwalt Valerij Lachtin ihn als Zeugen abgelehnt. Der Richter entschied jedoch, die Aussage zuzulassen. *MRK*

Lehren aus dem Debakel

Ölpest im Golf von Mexiko hatte mehrere Ursachen

Der Ölkonzern BP (British Petroleum) ist es gewohnt, in sensiblen Ökosystemen Öl zu fördern. Manchmal versagen jedoch Mensch und Technik. Dann kommt es, wie jetzt im Golf von Mexiko, zu unvorstellbaren Umweltkatastrophen. BP-Chef Tony Hayward beharrt, die Welt brauche „die Förderung aus tieferen Regionen“. Gleichzeitig gab er sich nachdenklich: Es werde „in Zukunft sehr viel höhere Sicherheitsstandards geben“. Sein Unternehmen müsse „die Lektionen, die wir aus der Katastrophe lernen, technisch einarbeiten“.

Das kann man aber auch so interpretieren, dass die Sicherheitsvorkehrungen auf der havarierten Ölbohrplattform „Deepwater Horizon“ dem Stand der Technik nicht entsprochen haben. Hat der Energieriese bei der Sicherheit gespart? Schon häufig war BP in den Negativschlagzeilen: In einer Raffinerie in Texas führte im März 2005 eine Explosion zum Tod von 15 Arbeitern. 180 wurden verletzt. Ursache des Unfalls waren Bedienungsfehler sowie Ausrüstungsmängel. Im März 2006 ereignete sich in einem großen Ölfeld, das von BP mitbetrieben wird, der größte jemals stattgefundene Ölausfluss im nördlichen Alaska. Bereits Jahre zuvor sollen Mitarbeiter die Konzernspitze auf Materialmängel an den Röhren aufmerksam gemacht haben.

Die New York Times führte jetzt firmeninterne Dokumente an, denen zufolge BP-Ingenieure die Konzernspitze schon elf Monate vor der Katastrophe im Golf von Mexiko über Sicherheitsprobleme informiert hatten.

> Kontrollbehörden kassieren zugleich die Förderlizenzen

Kritiker argwöhnen daher, lasche Sicherheitsstandards gehörten gleichsam zur Unternehmenskultur des hochprofitablen Konzerns. Doch eine solche Philosophie erwiese sich heute als teurer Irrweg: Die Börsen erwarten für BP hohe Wiedergutmachungskosten. Das senkt die Bonität und verteuert Kredite. Außerdem schlingert die Konzernführung bei der Frage herum, ob trotz des Debakels eine Dividende ausgeschüttet werden soll.

Nach vielen fehlgeschlagenen Versuchen gelang es BP zuletzt, über das leckgeschlagene Bohrloch eine Absaugglocke zu legen, mit der wenigstens ein Teil des auslaufenden Öls abgepumpt werden kann. Parallel dazu laufende Entlastungsbohrungen können erst bis etwa August Resultate zeigen. Experten fürchten, dass die Maßnahmen zu spät kommen. Inzwischen hat die Hurrikan-Saison begonnen. Ein von See in Richtung Land ziehender Wirbelsturm könnte den Ölteppich an vielen Stellen gegen das Festland drücken und die Umweltschäden vervielfachen. Das Öl hat heute schon die Küsten der Bundesstaaten Louisiana, Alabama, Mississippi und Florida erreicht.

US-Präsident Barack Obama will BP für alle Schäden in Haftung nehmen. Nach eigenen Angaben hat der Konzern bereits eine Milliarde Dollar zur Verfügung gestellt. Unterdessen stehen auch die USA wegen ihrer unzureichenden Behördenorganisation in der Kritik. So sind die Genehmigungs- gleichzeitig Kontrollbehörden und kassieren von den Ölunternehmen Förderlizenzen. Diese trägt Sicherheitsbelangen zu wenig Rechnung. *J.V.*

EU gegen Fitch und Co.

Brüssel nimmt Rating-Agenturen aufs Korn: Mehr Kontrolle

Die EU will eilends die Kontrolle über Rating-Agenturen verschärfen, also über private Bewertungsgesellschaften, die Firmen, Kommunen und Staaten mit Noten zu deren Kreditwürdigkeit versehen. Langzeit-Investoren, aber auch Spekulanten bauen auf die Wertungsnoten, weil die heutigen Finanzprodukte so komplex sind – dieser Zusammenhang sei der Krisenauslöser, so die Auffassung in Brüssel.

Die EU will daher, aktuellen Vorschlägen ihrer Kommission zufolge, die Agenturen der Finanzaufsicht unterwerfen. Die noch zu schaffende EU-Börsenaufsicht ESMA soll sie überwachen – ein Vorschlag des seit Februar amtierenden französischen Binnenmarktkommissars Michel Barnier.

Unabhängig davon wollen führende EU-Politiker, allen voran die Franzosen, eine europäische Rating-Agentur schaffen, um die Abhängigkeit von den anglo-amerikanischen Marktführern zu brechen. Die Frage, inwieweit der Markt eine solch künstliche Schöpfung annimmt, stellt sich der EU dabei bisher nicht. Einer neuen, bisher schmerzlich vermissten Agentur mit Europa-Sitz droht daher schon in der Planungsphase das Aus. Dabei gäbe es Argumente: In der griechischen Finanzkrise haben die Ratings von Standard & Poors, Moody's sowie Fitch den Hellenen-Staat zu lange positiv bewertet, um dann urplötzlich umzuschwenken, so der Tenor in EU-Kreisen. Strafen bis zu 20 Prozent des Umsatzes einer Agentur sollen dem künftig dank ESMA abhelfen. Kritiker werfen den EU-Planern vor, dass sie selbst mit ihren Einschätzungen und ihrem Vertrauen auf Athen eben jene Fehleinschätzungen der Agenturen anführten.

> Brüssel und Paris wollen die »Wirtschaftsregierung«

Großbritannien, das von Euro-Problemen unbetroffen in seiner eigenen Währung verschuldet ist, und die USA schneiden bei den von ihnen womöglich beeinflussten Agenturen besser ab – strukturell ähnlichen Schuldenproblemen wie Griechenland zum Trotz. Es geht also um politische Einflussnahme: erstens der US-Wirtschaft auf Europa und zweitens der EU auf die Agenturen und Finanzmärkte.

Dieser zweite Vorstoß zielt auf die nationale Wirtschafts- und Finanzpolitik der EU-Mitglieder. Die EU will die Kontrolle. Das kritisiert Bundesbankchef Axel Weber: Eine „gesamtwirtschaftliche Feinsteuerung durch die europäische Ebene“ sei nicht die Lösung – die EU solle lieber prüfen, „ob beispielsweise die wenig differenzierte Aufforderung zur Ausweitung der Defizite und Schulden in einigen Ländern zur Verschärfung beigetragen hat.“

Davon unbeeindruckt will die EU-Kommission beim Gipfel der 20 führenden Industrieländer (G20) Ende Juni ein umfangreiches Reformwerk verkünden. Bis Jahresende kommen zudem bereits beschlossene Regeln: Agenturen müssen sich registrieren, ihre Methoden offenlegen und dürfen nicht mehr zugleich beraten und prüfen. Der nächste Schritt, eine europäische Wirtschaftsregierung, ist bereits in Planung – federführend: der frühere belgische Ministerpräsident und derzeitige EU-Ratspräsident Herman van Rompuy. *SV*

Schönes Dementi

Von Konrad Badenheuer

Von dem englischen Autor John B. Priestley stammt das Bonmot „Unter einem Dementi versteht man in der Diplomatie die verneinende Bestätigung einer Nachricht, die bisher lediglich ein Gerücht gewesen ist.“ Eben daran erinnert nun die Wortmeldung Michail Gorbatschows, seine Regierung habe keineswegs die Rückgabe des Königsberger Gebietes erwogen.

Wäre am entsprechenden „Spiegel“-Bericht Ende Mai wirklich nichts dran, dann hätte ein politischer Profi wie Gorbatschow wohl auf jede Stellungnahme verzichtet. Noch bemerkenswerter ist, dass das „Dementi“ haarscharf an der Behauptung vorbeizielte. Laut „Spiegel“ wollte Moskau damals Verhandlungen über die Zukunft der Region, und Gorbatschow betont, seine Regierung habe an eine Rückgabe „niemals gedacht“. Ein klassisches „Priestley-Dementi“!

Überzeugend erscheint die Deutung der russischen „Nesawissimaja Gaseta“: Moskau sei es 1990 vor allem um die Maximierung der deutschen Kredite und Zahlungen gegangen. Von daher sei es „nicht ausgeschlossen, dass Teile der Moskauer Führung Verhandlungen über die Rückgabe zumindest als Testballon wagen wollten“, so das Blatt.

In dieser Zeitung war eben das schon im Jahre 1991 zu lesen.

Nicht zu schützen

Von Wolfgang Thüne

In Bonn tagen seit Beginn der vergangenen Woche rund 4500 „Klimaexperten“ aus aller Welt. Klima bedeutet im Wortsinne „Neigung“, doch in der Klimapolitik ist Klima nicht gleich „Neigung“. Klima ist Ausdruck des „mittleren Wettergeschehens“ an einem Ort über eine Periode von 30 Jahren. Diesen Zustand zu schützen, gibt die Politik vor. Und nicht nur für einen Ort, sondern für den ganzen Globus. Schutzobjekt im juristischen Sinne ist das „Globalklima“. Da jeder Politiker wie jeder andere Mensch auch weiß, dass man ein Abstraktum, das mittlere globale Wettergeschehen, nicht schützen kann, ist die Annahme berechtigt, dass die ganze UN-Klimaschutzpolitik eine große Mogelpackung, ja ein gigantischer Betrug ist.

Der Menschheit mit Hilfe des „Weltklimarats“ einzureden, sie könne über das Entrichten von Ökosteuern und den Verzicht auf Mobilität zur Verhinderung von Wetterextremen wie Hitze und Dürre, Kälte und Nässe beitragen, ist schon ein starkes Stück.

Dass bis dato kein massiver Widerstand erfolgt ist, ist ein Zeichen dafür, wie leicht die Menschheit manipuliert werden kann. Wer die Kontrolle über die Medien hat, kann das gesellschaftliche und politische Klima herbeimanipulieren, das ihm genehm ist. Es wird höchste Zeit, dass die Bürger zu unterscheiden lernen zwischen Klima und Klima und sich vehement gegen diese Art „Klimapolitik“ wehren. Es geht um ihre Freiheit und die Abwehr eines globalen Herrschaftssystems unter dem Deckmantel des „Klimaschutzes“.

Gewaltimport aus der Türkei

Von Hinrich E. Bues

Aus der islamischen Welt erreichten uns in der letzten Woche zwei erschütternde Nachrichten. Erstens, die Ermordung des Vorsitzenden der türkischen Bischofskonferenz, des Erzbischofs Luigi Padavose. Zweitens: Die Gewaltbereitschaft muslimischer Jugendlicher in Deutschland steigt, je religiöser sie sind.

Nun beginnt wieder das Szenario der Beschwichtigungen und Beschönigungen. „Es fehlt die seriöse Expertise über die Ursache des Phänomens“, behauptet der Generalsekretär des Zentralrates der Muslime, Aiman Mazyek, in der „Frankfurter Rundschau“. Dabei sind die Ergebnisse, die der Kriminologe Christian Pfeiffer in seiner Studie unter 45 000 befragten Schülern in Deutschland im Alter von 14 bis 16 Jahren herausfand, alarmierend.

Pfeiffers Resultat: Junge, männliche Muslime integrieren sich umso weniger und sind umso gewalttätiger, je gläubiger sie sind. Bei christlichen Jugendlichen, meist aus Polen und der Ex-Sowjetunion, ist der Zusammenhang genau umgekehrt. Die christlichen Schüler werden umso friedlicher und integrationsbereiter, je religiöser sie werden oder sind.

> Klima der Gewalt gegen Andersgläubige in der Türkei

Ehe nun Pfeiffer wohl lebenslang unter Polizeischutz leben muss, behauptet er: „Ich sage ausdrücklich, das ist kein Problem des Islam, sondern der Vermittlung des Islam“. Er wolle nur Fakten an den Tag bringen. Eine bedeutende Rolle bei der Vermittlung von Hass und Gewalt spielen, so der Kriminologe, die 2000 meist aus der Türkei stammenden Imame.

Offenbar importieren diese Imame ein Klima der Gewalt gegen Andersgläubige, das heute auch in der Türkei herrscht. Christen, insbesondere die verfolgte armenische Minderheit, klagen seit langem darüber. Der Mord an Erzbischof Padovese ist dafür ein weiteres Symptom. Der Täter rief mehrmals und laut den muslimischen Gebetsruf „Allah ist größer“, bevor er dem Bischof mit einem Küchenmesser die Kehle durchschnitt. Seine Attacke reiht sich ein in eine Serie von Angriffen auf die wenigen verbliebenen Christen in der heute zu über 99 Prozent von Muslimen bewohnten Türkei. 2007 wurden bei einem Überfall in der osttürkischen Stadt Malatya drei christliche Missionare ermordet; im Februar 2006 war der Mord eines katholischen Priesters in der Schwarzmeer-Stadt Trabzon zu beklagen.

Wären solche Anschläge auf hohe geistliche Vertreter des Islam in Deutschland passiert, die weltweite Empörung der islamischen Welt wäre groß und gewalttätig. In Deutschland aber schweigt oder bagatellisiert man. Gegen aus der Türkei stammende Imame, die die Gewaltbereitschaft fördern, wird bisher nichts getan. Die Islamkonferenz des Bundesinnenministers ist wirkungslos. Die Anschlagserie in der Türkei mag insbesondere für die eine Warnung sein, die immer noch von einem generell friedlichen Islam träumen.



Land der Dichter und Denker? Während die Mehrheit der Politiker unermüdlich behauptet, die Eurorettung sei im ureigenen deutschen Interesse, hat Jürgen Habermas, einer der Vordenker der 68er Bewegung, das teure Rettungspaket in der „Zeit“ ausgerechnet mit der Begründung gerühmt, es sei eine Art Strafzahlung für den Holocaust.

Bild: ddp

Moment mal!



Jürgen Habermas auf Abwegen

Von Klaus Rainer Röhl

Der Philosoph Jürgen Habermas meldet sich in letzter Zeit seltener zu Wort. So lasen alle aufmerksam seinen Aufsatz „Wir brauchen Europa!“ Ende Mai in der „Zeit“. Wenn Habermas sich grundsätzlich äußert, kann man sicher sein, dass er damit eine bestimmte Absicht verfolgt. Das war schon immer so.

Meine Beziehung zu dieser Persönlichkeit mit der auffallend unsympathischen Stimme reicht in die 50er Jahre zurück, lange vor den Beginn der Studentenbewegung. Damals, 1958 führten die kommunistischen Unterwanderer der Linken um die Zeitschrift „konkret“, die „trojanischen Esel“, wie sie der SPD-Abgeordnete Karl Mommer mit Recht nannte, einen wirkungsvollen Kampf um die Meinungsführerschaft bei den Studenten. Der von der SPD und den Gewerkschaften selbst ins Leben gerufene außerparlamentarische Propaganda-Feldzug „Kampf dem Atomtod!“ gegen Adenauers Rüstungspläne gab den jungen Intellektuellen im Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) die Plattform, eine spontane flächendeckende Studenten-Bewegung ins Leben zu rufen, die in vielem eine Generalprobe zur Studentenbewegung von 1967/68 wurde. Der stürmischen Intellektualität der „konkret“-Agitatoren um Ulrike Meinhof, Erika Runge und Reinhard Opitz, allesamt neurekrutierte und daher undogmatische Mitglieder der illegalen KPD, hatten die linientreuen SPD-Anhänger nichts Adäquates entgegenzusetzen – darum holte man ein SDS-Mitglied zu Hilfe, das bereits nicht mehr im sozialdemokratischen Studentenbund aktiv, sondern gerade damit beschäftigt war, sein Studium mit einer Promotion abzuschließen: Jürgen Habermas. Unser Traumgegner.

> In der Logik dieses angeblich großen Denkers ist die Euro-Rettung ...

Er blieb seinem antikommunistischen Traum treu – aber auch seinen Irrtümern. Er war es, der zehn Jahre später die 68er beschuldigte, rotlackierte Faschisten zu sein, „Linksfaschisten“, dieser Ausdruck stammt von ihm. Er begründete also den historischen Irrtum, die undogmatischen Studenten von damals seien „Nazis“ gewesen – wo doch auf der Hand lag, was aber für seine spätere Agitation unbrauchbar war, dass die 68er Rebellen objektiv knallharte Leninisten waren und also, weil die Politik Stalins aus der Lenins genuin hervorging, Stalinisten. Am allerwenigsten waren sie Nationalsozialisten oder Anhänger Hitlers und konnten es auch gar nicht sein, wie jeder Kenner der totalitären Systeme weiß. An einer ehrlichen Auseinandersetzung mit den antitotalitären Gedankengängen etwa Hannah Arendts und anderer konnte auch der spätere Habermas nicht interessiert sein, der sich 1986 im Historikerstreit gegen Ernst Nolte, Stürmer und Hillgruber als Antifaschist und Antideutscher zu profilieren wusste. Der nicht den Kampf zweier totalitärer Systeme um die Herrschaft in Europa, wie ihn Nolte so überzeugend aufwies, sehen konnte oder wollte, sondern nur noch das angeblich „singuläre“ deutsche Verbrechen des Holocaust wie eine Doktrin als Maßstab aller geschichtlichen Forschung – darum ging und geht es ja im Historikerstreit – aufstellte und also seine Gegner in diesem Streit als wissenschaftlich verkappte Anhänger Hitlers brandmarkte. Ziel war es, diese Wissenschaftler zu ächten und zumindest aus dem öffentlichen Diskurs auszuschließen, was im Falle Ernst Noltes vorzüglich gelang.

Nun meldet sich dieser Oldtimer des antideutschen Diskurses abermals zu Wort, wiederum in der „Zeit“, und zwar zur Zukunft Europas. Und es ist kein Wunder, sondern nur konsequentes Beharren auf dem Irrtum von einst, dass auch diesmal wieder eine antinationale Position mit dem singulären Verbrechen Hitlers begründet werden soll.

Inzwischen hat sich auf dem Gebiet des Singulären aber einiges verändert. Nicht nur wurde in diesem Jahr die erste Massenvernichtung des 20. Jahrhunderts, den Massenmord am armenischen Volk, erinnert. Noltes Kontrahenten im Historikerstreit konnten Stalins Verbrechen in den 30er Jahren mit der Ausrottung von Millionen Bauern noch weitgehend ignorieren oder relativieren, die Massenmorde des Pol-Pot Regimes der Jahre 1975 bis 1978 waren erst in Umrissen bekannt und der Völkermord in Ruanda war noch nicht geschehen, als Habermas Ende 1985 erneut die deutsche Vergangenheit gegen den Versuch einer europäischen Versöhnung ins Feld führte. Damals hatte Helmut Kohl zusammen mit US-Präsident Ronald Reagan auf dem Soldatenfriedhof in Bitburg gemeinsam der Toten des Krieges gedacht. Habermas schrieb dazu: „Morgens Bergen-Belsen und nachmittags Bitburg, das bestritt implizit den NS-Verbrechern ihre Singularität, und der Händedruck der Veteranengeneräle in Gegenwart des amerikanischen Präsidenten war schließlich eine Bestätigung dafür, dass wir im Kampf gegen den Bolschewismus immer schon auf der richtigen Seite gestanden haben.“

> ... eine verdiente deutsche Strafzahlung für den Holocaust

Deshalb griff er auch mit besonderer Schärfe den CDU-Politiker Alfred Dregger an, der im September 1986 im Bundestag klare Worte über die dauerhaft eingeforderte Vergangenheitsbewältigung gefunden hatte: „Besorgt machen uns Geschichtslosigkeit und Rücksichtslosigkeit der eigenen Nation gegenüber. Ohne einen elementaren Patriotismus, der anderen Völkern selbstverständlich ist, wird auch unser Volk nicht überleben können. Wer die sogenannte ‚Vergangenheitsbewältigung', die gewiss notwendig war, missbraucht, um unser Volk zukunftsunfähig zu machen, muss auf unseren Widerspruch stoßen!“ Das richtete sich direkt gegen Denker und Publizisten wie Habermas, die die „singuläre“ Schuld Deutschlands geradezu zur Staatsraison machen wollten und sich im Historikerstreit durchsetzten, zum Schaden für Deutschland.

Es überrascht nach dem damaligen Beharren auf einer Sonderbehandlung für Deutschland nicht mehr, dass der antinationale Vordenker, der übrigens auch Schöpfer des Homunkulus namens „Verfassungspatriotismus“ ist, den er den Deutschen anstelle eines normalen Nationalgefühls empfahl, heute auch in der Eurokrise mit dem selben Argument wieder nicht um Schadensbegrenzung, sondern um Schadensausweitung zu Ungunsten Deutschlands bemüht ist. Seine etwas umständlichen Formulierungen laufen im Klartext darauf hinaus, dass Deutschland die verdammte Pflicht und Schuldigkeit habe, auch diesmal wieder zu zahlen und die Souveränität aufzugeben. Denn, so Habermas: „Was unsere europäischen Nachbarn am Ende versöhnlich gestimmt hat, waren in erster Linie die gewandelten normativen Überzeugungen ... so konnte es ihnen [= den Deutschen] in der Erinnerung an ihre nationalistischen Exzesse nicht schwerfallen, auf die Wiedererlangung von Souveränitätsrechten zu verzichten, in Europa die Rolle des größten Nettozahlers zu übernehmen und erforderlichenfalls Vorleistungen zu erbringen.“ Aber das alles ist Habermas noch nicht genug. Trotz des jüngsten Milliardenpakets beklagt er eine gewisse „Hartleibigkeit“ (also Geiz) gegenüber Europa und das „Festkrallen an rechtsdogmatischen Vorstellungen von Souveränität, wie sie die Maastricht- und Lissabon-Urteile des Bundesverfassungsgerichtes offenbaren“.

Mit sonderbar verschnörkelten Worten fordert Jürgen Habermas also – und hier wird es nun fast lächerlich – die Aufgabe der nationalen Souveränität und noch einmal singulär viel deutsches Geld für die singuläre deutsche Schuld – diesmal zahlbar in Euro.

Weltberühmter Klangkörper

Der vor 200 Jahren geborene Königsberger Otto Nicolai gründete die Wiener Philharmoniker

Kaum ein anderer Klangkörper wird dauerhafter und enger mit der Geschichte und Tradition der europäischen Musik in Verbindung gebracht wie die Wiener Philharmoniker. Ihr Gründer Otto Nicolai wurde vor 200 Jahren in Königsberg geboren.

Richard Wagner beschrieb das Orchester der Wiener Philharmoniker als eines der allervorzüglichsten der Welt, Anton Bruckner nannte es „den höchsten Kunstverein in der Musik“, Johannes Brahms bezeichnete sich als „Freund und Verehrer“ des Orchesters, Gustav Mahler fühlte sich „durch das Band der Kunst“ verbunden, und Richard Strauss fasste zusammen: „Die Philharmoniker preisen heißt Geigen nach Wien tragen.“

In viereinhalb Wochen wird das Orchester die sicheren Bühnenbretter mit wenn auch schwankenden, aber nicht weniger sicheren Planken tauschen: Sie begeben sich am 7. Juli an Bord von „Mein

Kreuzfahrt führt auch nach Königsberg, um den Meister zu ehren

Schiff“ auf Kreuzfahrt durch die Ostsee. Die Musiker werden Konzerte in Sankt Petersburg, Helsinki und Reval (Tallinn) geben. Höhepunkt wird der Auftritt am 15. Juli in Königsberg sein, dem Geburtsort des Komponisten und Dirigenten Otto Nicolai. Königsberg wurde für das 200-jährige Jubiläumskonzert ausgewählt, um den Gründer der Wiener Philharmoniker gebührend zu feiern. Am Pult stehen wird Christian Thielemann, um Werke von Nicolai und Beethoven zu dirigieren. Solist wird Rudolf Buchbinder sein, der auf dieser Reise alle fünf Beethoven Klavierkonzerte spielen wird.

„Nicolai war eine echte Künstlernatur, geistreich, enthusiastisch, ehrgeizig, allerdings auch eitel und launenhaft. Bei ruhigerem Temperament und strengerer Concentration hätte er, namentlich als Componist, ungleich Höheres leisten können“, schrieb Eduard Hanslick 1869 in seiner „Geschichte des Concertwesens in Wien“. Und so ist Musikfreunden vor allem die komische Oper des Königsbergers „Die lustigen Weiber von Windsor“ nach Shakespeare bekannt. Neben dieser erfolgreichen und auch heute noch hin und wieder aufgeführten Oper hat Nicolai jedoch auch Messen, Psalmen, Orchesterwerke wie die „Kirchliche Fest-Ouvertüre über ‚Ein feste Burg‘“ oder die „Weihnachts-Ouvertüre über ‘Vom Himmel hoch da komm ich her‘“, Sinfonien, Stücke für Klavier und Kammermusik komponiert. Auch musikhistorisch war der Königsberger interessiert; so sammelte er Kompositionen und übersetzte die Ausführungen Gioseffo Zarlinos und Padre Giambattista Martinis ins Deutsche.

Eine seiner größten Leistungen aber war die Gründung der Wiener Philharmoniker 1842; wenn auch der Name Otto Nicolai nur von Eingeweihten mit diesem Klangkörper, der heute in aller Welt gastiert, verbunden wird. Die „Allgemeine Wiener Musikzeitschrift“ notierte im November 1843: „Es war zu Anfang des vergangenen Jahres, als ein paar Kunstfreunde im Gespräche über die hiesigen Kunstzustände den Hofopern-Capellmeister Hrn. Otto Nicolai, nunmehrigen Director und Oberleiter der philharmonischen Concerte, auf die Idee brachten, mit seinem Orchester, dem zahlreichsten und ausgezeichnetsten Musikkörper Wiens, größere Musikaufführungen zu veranstalten, und indem er dadurch die vorzüglichsten Werke unserer größten Tonmeister auf eine würdige Weise zur Darstellung brächte, zugleich den Mitgliedern seines Orchesters eine fixe Einnahme zuzuwenden. Hr. Nicolai griff die Idee richtig auf, theilte dieselbe in einer Zusammentretung dem versammelten Orchester mit und – das Unternehmen war begründet. Man wählte den ebenso thätigen als umsichtsvollen Capellmeister zum Director, und schon der Erfolg des ersten Concertes lieferte den Beweis von der Zweckmäßigkeit dieser Wahl.“ Wie aber war der Ostpreuße nun nach Wien gekommen? – Am 9. Juni 1810 als Sohn des Sängers, Gesangspädagogen und Komponisten Carl Nicolai in der alten Krönungsstadt preußischer Könige geboren, verlebte der junge Otto eine nicht glückliche Kindheit. Bereits mit 16 Jahren trieb es ihn aus dem Haus des Vaters. Im pommerschen Stargard begegnete er dem Justizrat August Adler, einem kunstverständigen Mann, der ihn zu Karl Friedrich Zelter nach Berlin schickte. Dieser förderte den jungen Musiker und kümmerte sich um seine Ausbildung am Institut für Kirchenmusik. Bei einem Besuch im Hause Schleiermachers lernte Otto Nicolai Karl von Bunsen kennen, den preußischen Gesandten am päpstlichen Hof. Auf dessen Veranlassung wurde der Ostpreuße zum Organisten der Kapelle der preußischen Gesandtschaft in Rom ernannt. In Italien gewann Otto Nicolai denn auch schließlich nachhaltige Eindrücke für sein Schaffen, dort schrieb er später seine ersten Bühnenwerke.

Otto Nicolai Bild: Archiv

Im Mai 1837 jedoch folgte er zunächst einem Ruf nach Wien, als Kapellmeister am Kärntnertor-Theater; doch schon im Juni 1838 verließ er Wien wieder, um nach genau drei Jahren zurückzukehren – mit einem Dreijahresvertrag als erster Kapellmeister. Im Sommer 1842 berichtete er seinem Vater in einem Brief über die Zustände, die er in Wien vorgefunden hatte: „Die Oper ist im ärgsten Verfall“, so Nicolai, „und an keiner Person bei Hofe hat sie einen Aufrechterhalter ... Ich habe, wie Du weißt, die Philharmonischen Konzerte hier gegründet, ein Unternehmen, das ich nicht sinken lassen kann...“

Otto Nicolai blieb fünf Jahre in Wien. Schließlich holte ihn Friedrich Wilhelm IV. in der Nachfolge Mendelssohns als Leiter des Domchores und Hofopernkapellmeister nach Berlin. Dort schrieb er denn auch sein Hauptwerk, die bezaubernde Oper nach dem Text von Shakespeare „Die lustigen Weiber von Windsor“. Am 9. März 1849 wurde sie in Berlin uraufgeführt. Der Komponist selbst führte den Taktstock – eine Freude, die der Ostpreuße nicht lange genießen sollte. Keine drei Monate später – am 11. Mai 1849 – erlag er den Folgen eines Gehirnschlages. Sein Grab befindet sich auf dem Dorotheenstädtischen Friedhof in Berlin-Wedding. *Silke Osman*

In Kürze

Götter zu Gast in Mannheim

Ab dem 13. Juni sind die Götter ein Jahr lang zu Gast in Mannheim. Die Reiss-Engelhorn-Museen geben einen umfassenden Einblick in die bunte Götterwelt der antiken Griechen und Römer. Die Ausstellung „Berlins verborgener Olymp in Mannheim. Die Rückkehr der Götter“ zeigt einmalige, bis vor Kurzem völlig unbekannte Schätze aus der Antikensammlung der Staatlichen Museen zu Berlin. Diese haben eine wechselvolle Geschichte: Teilweise handelt es sich um „kriegsbedingt verlagerte Kulturgüter“, die erst 1958 von der Sowjetunion an die DDR zurückgegeben wurden. Danach schlummerten sie weitere fünf Jahrzehnte in Depots und waren für die Öffentlichkeit nicht zugänglich. Jetzt erstrahlen die

Neuer Glanz nach Restaurierung

herausragenden Kunstwerke nach aufwändiger Restaurierung wieder im alten Glanz. Nachdem sie Besucher in São Paolo und Berlin begeistert haben, sind sie nun in Mannheim zu sehen. Rund 180 Marmorskulpturen und Bronzestatuetten, Terrakotten, Vasen, Gebrauchsgegenstände und Schmuck illustrieren eindrücklich die Vielfalt und die enorme Wandelbarkeit der antiken Götterbilder. Außerdem zeigt die Mannheimer Schau figürliche Originalfragmente vom Pergamonaltar, dem größten und schmuckreichsten Altar der Antike. Die Besucher lernen die Mythen hinter den Abbildungen kennen und auf diese Weise die verschlüsselten Bilder zu lesen. Die Ausstellung vereint Kunstwerke von höchster Qualität aus der Zeit vom 6. Jahrhundert vor Christus bis ins 3. Jahrhundert nach Christus. Die Werke aus unterschiedlichen Epochen zeigen, wie sich das Erscheinungsbild der einzelnen Götter im Laufe der Zeit verändert hat und dem jeweils herrschenden Schönheitsideal oder Geschmack angepasst wurde. *PAZ*



Sah die bildungsferne Massengesellschaft voraus



Zwei neue Bücher erinnern an den vergessenen Bestsellerautor Joachim Fernau – Anspielungsreich, aber leicht lesbar

Mit zwei Bänden erinnert die Edition Antaios an den deutschen Schriftsteller und Journalisten Joachim Fernau. Der in Bromberg geborene Bestsellerautor ist aus dem Gedächtnis der Nation, über die er vorzugsweise schrieb, fast ganz verschwunden. Zu seinem 70. Geburtstag im Jahre 1979 hatte Armin Mohler in der „Welt“ noch über ihn geschrieben: „Fernau ist ein Platz in der deutschen Geistes- und Seelengeschichte sicher.“ Auch wenn „die den Markt überwachende Garde unserer Literaturkritiker aus allen Rohren gegen Fernau“ geschossen habe, seinen Erfolg beim Publikum habe dies nicht verhindern können.

Gut also, dass sich Leser, die der Ansicht sind, dass anspruchsvolle Literatur leicht lesbar sein kann, Fernau wieder leichter nähern können. Dazu tragen zum einen die „Fragmente eines Soldatenlebens 1939 und 1940“ bei, die unter dem Titel „Tausend Tage“ als schöner schmaler Band vorliegen. Zum anderen dient dazu die von Götz Kubitschek und Erik Lehnert zusammengestellte Bildbiographie „Joachim Fernau – Leben und Werk in Texten und Bildern“, die unter anderem auf Unterlagen von Gabriele Fernau und Edith Mohler, den Witwen Fernaus und Mohlers basiert. In „Tausend Tage“ berichtet der überzeugte Zivilist Fernau über seine Zeit als Soldat. Die Erzählung bricht im April oder Mai 1940 ab. Kubitschek betont, dass Fernau zu keinem Zeitpunkt überzeugter Nationalsozialist gewesen sei. Auch dann nicht, als er zur Kriegsberichter-Kompanie (KBK) der Waffen-SS versetzt worden sei.

Anspruchsvoll und doch leicht lesbar

Der renommierte Germanist Peter Wapnewski hat 1967 mit einem Artikel in der „Zeit“ versucht, Fernau zum Schweigen zu bringen. Grund der moralischen Entrüstung war ein Artikel des Gescholtenen, der noch am 30. August 1944 geschrieben hatte, der Sieg im Zweiten Weltkrieg sei „wirklich ganz nahe“. Wer damals so etwas geschrieben habe, so Wapnewski, sei „entweder ein Schwachkopf von unvorstellbarem Format – oder aber ein infernalischer Lügner“. Das eine wie das andere zwinge Fernau dazu, „das Handwerk des Schreibens zu lassen, die Kunst der Prophetie aufzugeben, vor der Geschichtsdeutung zu kapitulieren, das eigne Volk mit Bestandsaufnahmen künftig zu verschonen“. Interessanterweise wurde viel später, im Jahre 2003, über Wapnewski bekannt, dass er ab 1940 selbst als Mitglied der NSDAP geführt wurde. „Ich weiß das erst jetzt“, gab er sich in ähnlicher Weise überrascht wie Walter Jens. Seine Polemik gegen Fernau hat durchaus eine Parallele mit der maßlosen Empörung des früheren Waffen-SS Soldaten Günther Grass gegen seine früheren Kameraden.

Fernau hatte damals in der „Zeit“ zumindest die Chance, sich zu verteidigen. Und so schrieb er zu den Vorwürfen des Berliner Altgermanisten: „Das liegt nur 23 Jahre zurück. Aber wenn man jemand ‚fertig‘ machen will, muss man weit ausholen, nicht wahr? Rundschreiben, anprangern, nicht wahr? Berufsverbot, Bücher verbrennen – oh pardon, jetzt bin ich aus Gründen der Ähnlichkeit in die falsche Spalte gekommen. Mein armer, mein furchterregend-deutscher Richter! Sie gestehen mir in Ihrem ‚Zeit‘-Aufsatz ausdrücklich zu, dass ich wenigstens weiterleben dürfe, ‚das ist Menschenart‘. Herr der Himmel, beschütze uns vor Deinen Gerechten!“

Fernau war vom ersten bis zum letzten Tag des Weltkriegs Soldat. Wie schwer es war, diese Zeit unbelastet zu überstehen, belegen unter anderem die Schilderungen seiner Tätigkeit im 103. Polizei-Bataillon in Posen. Beklommen liest man, wie Fernau – offenbar auf Befehl – polnische Familien aus ihren Häusern vertreiben musste. Ihm schlagen dabei weniger Wut als vielmehr nackte Verzweiflung und Trauer entgegen. Nachdem die ersten 40 Jahre zu großen Teilen fremdbestimmt waren, bemühte sich Fernau danach bis zu seinem Tod am 24. November 1988 umso konsequenter, ein selbstbestimmtes Leben zu führen und sein eigener Herr zu sein. 1949 wurde er als „nicht belastet“ entnazifiziert, denn er hatte keiner Partei angehört und konnte nachweisen, dass er zur Waffen-SS zwangsversetzt worden war. Er arbeitete nun zunächst als angetellter Journalist. Seine populären Geschichtswerke „Deutschland, Deutschland über alles ...“, „Rosen für Apoll. Die Geschichte der Griechen“, „Disteln für Hagen. Bestandsaufnahme der deutschen Seele“, „Cäsar lässt grüßen. Die Geschichte der Römer“ oder auch „Sprechen wir über Preußen. Die Geschichte der armen Leute“ waren große Erfolge. Auch in seinen belletristischen Werken zeigte sich Fernaus Gabe, mit leichter Feder Menschen zu unterhalten und zu belehren. Dass Fernau noch einmal viele Leser finden wird, daran hat Herausgeber Kubitschek keine Zweifel: „Man kann konstatieren: Fernau sah den ‚Blindflug‘ seiner Nation in die bildungsferne Massengesellschaft voraus, er wusste, dass er so über kurz oder lang für seine anspielungsreichen Bücher und seine subtile Art der Erziehung kaum noch Leser finden würde. Gleichzeitig war Fernau aber auch klar: Vermissen würde diese Lese- und Empathiefähigkeit am Ende nur der Autor selbst, und mit ihm eine kleine Schar, die noch einen Begriff davon hat, auf welchem Niveau Schriftsteller und Leser eigentlich ihre Fäden miteinander knüpfen konnten.“ *Ansgar Lange*

»Sprechen wir über Preußen«

__Joachim Fernau: „Tausend Tage – Fragmente eines Soldatenlebens 1939 und 1940“__, Band 16 der Reihe Kaplaken, Albersroda, 96 Seiten, 8,50 Euro

__Erik Lehnert und Götz Kubitschek (Hrsg.): „Joachim Fernau – Leben und Werk in Texten und Bildern“__, Antaios, Albersroda 2009, gebunden, 144 Seiten, 24 Euro

Wie Deutschlands Nordgrenze entstand

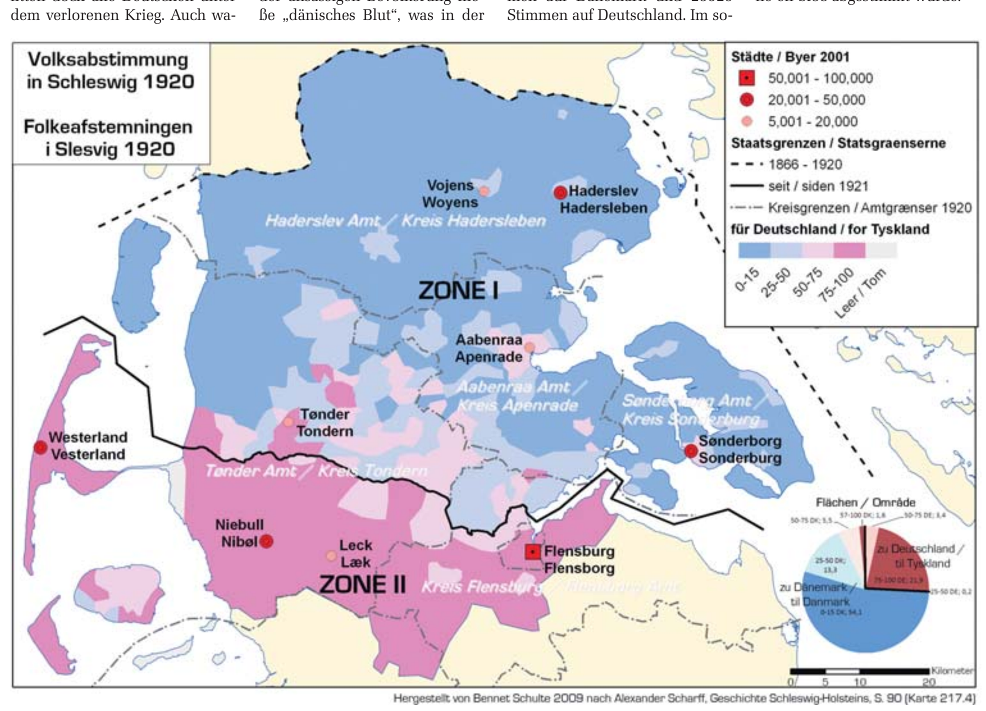
Vor 90 Jahren wurde die dänische Südgrenze nach einer zweiteiligen Volksabstimmung amtlich

wohl Dänemark am Ersten Weltkrieg nicht beteiligt war, nutzte es die deutsche Niederlage 1918, um die Siegermächte zu bewegen, im historischen Herzogtum Schleswig Volksabstimmungen durchzuführen. Die Sieger, die daran interessiert waren, Deutschland zu schwächen und möglichst viele seiner Nachbarn in dessen Eindämmung einzubeziehen, erfüllten Kopenhagen diesen Wunsch.

„Die Grenze zwischen Deutschland und Dänemark wird in Übereinstimmung mit dem Wunsche der Bevölkerung festgesetzt“, heißt es in Artikel 109 des Versailler Vertrages. Das Gebiet zwischen der nördlichen Reichsgrenze und der Eider wurde in drei Abstimmungszonen aufgeteilt. Die 1. Zone umfasste das Gebiet von Nordschleswig zwischen der alten Reichsgrenze nördlich von Hadersleben und einer Linie nördlich von Flensburg, die 2. Zone einen Teil Nordfrieslands mit den Inseln Sylt und Föhr und an der Ostseeküste das Zentrum Flensburg, auf das das Hauptbegehren der dänischen Seite gerichtet war. Die zunächst geplante Abstimmung in einer 3. Zone mit den Städten Schleswig und Husum wurde von den Siegermächten fallen gelassen, denn es war absehbar, dass die deutsche Seite hier hoch gewinnen würde. Als Abstimmungstermin wurde für Zone 1 der 10. Februar 1920 festgelegt und für Zone 2 der 14. März desselben Jahres. Bis dahin wurden die Gebiete entnationalisiert. An Stelle der deutschen Verwaltung trat eine Internationale Kommission unter britischer Leitung. Das deutsche Militär musste abrücken und Platz machen für britische und französische Truppen und Kriegsschiffe.

Schnell bildeten sich deutsche und dänische Organisationen, die sich auf die Abstimmungen vorbereiteten, indem sie eine intensive Propaganda trieben und sich bemühten, die in den Gebieten geborenen, aber ausgewanderten Schleswiger zur Abstimmung zurückzuholen, denn das Stimmrecht war an die Heimat und nicht an den aktuellen Wohnsitz gebunden. Dabei hatte es zunächst die deutsche Seite ungleich schwerer als die dänische, litten doch alle Deutschen unter dem verlorenen Krieg. Auch waren manche in Versuchung, der Misere zu entkommen, indem sie sich auf die dänische Seite schlugen. Aber sehr bald schlug die Stimmung der Deutschen um. Resignation verwandelte sich in Trotz. Von überall aus dem Reich trafen Sonderzüge mit Abstimmungsberechtigten in Schleswig ein, begrüßt mit Kundgebungen und Feierstunden. Je näher der Abstimmungstermin kam, umso erregter wurde die Stimmung. In Nordschleswig wie auch später in der 2. Zone, in Mittelschleswig, war das Hauptargument der Dänen, es handele sich um „urdänisches Land“, und in den Adern der ansässigen Bevölkerung fließe „dänisches Blut“, was in der deutschen Zeit lediglich verschüttet gewesen sei. Zu größeren Zusammenstößen zwischen deutsch und dänisch Gesinnten kam es jedoch nicht.

Am 10. Februar, einem kalten und stürmischen Sonntag, gingen die Nordschleswiger zur Abstimmung. Abends stand es fest: Zwar wurden in 41 Gemeinden, darunter in allen größeren Städten der 1. Zone wie Apenrade (Åbenrå), Tondern (Tønder), Hoyer (Højer) und Sonderburg (Sønderborg) deutsche Mehrheiten erzielt, doch wies das Landgebiet eine deutliche dänische Mehrheit auf. Insgesamt entfielen 75431 Stimmen auf Dänemark und 25329 Stimmen auf Deutschland. Im sogenannten schiefen Viereck, einem Gebiet an der Westküste zwischen Tondern, Lügumkloster (Løgumkloster), der Gjennerbucht (Genner Fjord) und Gravenstein (Gråsten), wo ein bodenständiges Deutschtum seit Jahrhunderten besonders stark vertreten war, votierte die Mehrheit für den Verbleib bei Deutschland, was aber bei der neuen Grenzziehung nicht berücksichtigt wurde. Die Siegermächte hatten nämlich festgelegt, dass anders als in der 2. Zone mit dem Zentrum Flensburg, wo die Stimmabgabe gemeindeweise berücksichtigt wurde, in der 1. Zone en bloc abgestimmt wurde.



Hergestellt von Bennet Schulte 2009 nach Alexander Scharff, Geschichte Schleswig-Holsteins, S. 90 (Karte 217.4)

Nun konzentrierten sich beide Seiten auf die für den 14. März 1920 festgelegte Abstimmung in der 2. Zone. Man war sich nicht sicher, wie sie ausgehen werde. Die Stadt Flensburg war in den Wochen vor der Volksabstimmung in ein Fahnenmeer getaucht – hier die blau-weiß-rote Fahne der schleswig-holsteinischen Erhebung von 1848, dort der Danebrog mit dem weißen Kreuz auf rotem Grund.

Am Tag vor der Volksabstimmung versammelten sich in Flensburg auf dem ehemaligen Exerzierplatz 35000 Menschen, geschmückt mit blau-weiß-roten Schleifen, um, begleitet von vielen Musikkapellen, durch die Straßen zu ziehen. Es war die große Verbrüderung der deutschen Bevölkerung, ob Arbeiter oder Bürger, ob sie immer in Flensburg gewohnt hatten oder ob sie jetzt aus aller Welt in ihren Geburtsort zurückgekommen waren, um bei der Abstimmung ihre Stimme für Deutschland abzugeben. Immer wieder sang die Menge das Schleswig-Holstein-Lied, das 76 Jahre zuvor im Vorfeld der Erhebung der deutschen Schleswig-Holsteiner gegen die dänische Herrschaft entstanden war.

Während im Deutschen Reich der Kapp-Putsch, ein Versuch konservativer Kräfte, die Regierung zu stürzen, ausgebrochen war und an vielen Orten gekämpft wurde, ließen sich die Flensburger von der Unruhe nicht beeinflussen, sondern gingen zur Abstimmung. Und am Abend des 14. März wusste es ganz Deutschland: In der 2. Zone mit dem Mittelpunkt Flensburg hatten sich 51724 für den Verbleib bei Deutschland entschieden, und nur 12800 hatten Dänemark ihre Stimme gegeben.

Das Deutsche Reich schenkte der Stadt Flensburg darauf das repräsentative, für Großveranstaltungen geeignete Deutsche Haus, über dessen Eingangsportal noch heute die Widmung zu lesen ist: „Reichsdank für deutsche Treue“.

Am 15. Juni 1920, also vor 80 Jahren, wurde die neue deutsch-dänische Grenze aufgrund der Abstimmungsergebnisse amtlich. Sie gilt bis heute. Zwei Tage später kehrten die deutschen Truppen in ihre Flensburger Garnison zurück, begrüßt von dem Jubel der deutsch gesinnten Bevölkerung.

Hans-Joachim von Leesen

Gegen Kadavergehorsam und für »Füseliergeist«

Prinz Friedrich Karl: Von ihm glaubte Moltke, dass er »einmal den alten Waffenruhm von Preußens Heere wiederherstellen« werde

Herr, dazu hat Sie der König zum Stabsoffizier gemacht, dass Sie wissen müssen, wann Sie nicht zu gehorchen haben.“ So spricht kein Kommisskopf, und in der Tat war König Friedrich Wilhelms III. Enkel Friedrich Karl Prinz von Preußen ein Gegner des Parade- und Gamaschendienstes, der „traurigen Überbleibsel der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts“. Der Sohn von Friedrich Wilhelms III. und Wilhelms I. jüngeren Bruder Carl war deshalb nicht etwa unmilitärisch – ganz im Gegenteil: Er war durch und durch Soldat. Allerdings hatte er die Lehren der napoleonischen Erfolge verstanden und die preußische Militärreform verinnerlicht.

Im späteren Kriegsminister Albrecht von Roon hatte der am 20. März 1828 in Berlin geborene Prinz einen Erzieher von historischer Bedeutung. Es war Roon, der Friedrich Karl bewegte, als erster preußischer Prinz in Bonn zu studieren und damit eine Tradition zu begründen.

Entsprechend preußischem Brauch war der Prinz bereits als Kind Angehöriger der preußischen Armee geworden. Am Schleswig-Holsteinischen Krieg (1848–1851) nahm er im ersten Kriegsjahr im Stab des Kommandeurs der preußischen Truppen, Friedrich von Wrangel, teil. Dabei machte der Prinz das von ihm eingeforderte selbständige Denken vor. So führte er einen Gefechtsauftrag in abgeänderter Form durch, und wurde dafür nicht etwa wie Heinrich von Kleists Prinz von Homburg bestraft, sondern vielmehr mit dem Orden „Pour le mérite“ belohnt.

1849 beteiligte er sich an der Niederwerfung der Badischen Revolution, wobei er schwer verwundet wurde. Ihm wird nachgesagt, seitdem bedächtiger und überlegter agiert zu haben.

Gutes Gespann mit Helmuth von Moltke

Nach diesen Kampfeinsätzen setzte Friedrich Karl seine militärische Karriere in der Armee zielstrebig und erfolgreich fort, wobei er sich militärwissenschaftlich weiterbildete. Nachdem er sich nacheinander sowohl in der 1. als auch in der 2. Gardeinfanteriedivision als Kommandeur mit seinen höheren Offizieren über Fragen der Ausbildung und des Gebrauches der Truppe überworfen hatte, ließ er sich allerdings von seiner Stellung als Kommandeur entbinden und nahm Urlaub. Er begab sich auf Bildungsreise und lernte dabei das französische Heer Kaiser Napoleons III. kennen, das damals als vorbildlich, um nicht zu sagen unschlagbar galt.

Als die preußische Armee 1859 im Zuge des Sardinischen Krieges mobil machte, erhielt Friedrich Karl das Kommando über die 3. Division in Stettin. Dort war der Prinz glücklicher als vorher mit der Garde. In Stettin konnte er seine modernen Vorstellungen und die bezüglich der französischen Armee gewonnenen Erkenntnisse in die Praxis umsetzen und auch weiter vermitteln.


Prinz Friedrich Karl Bild: pa

Seine Vorträge und Abhandlungen waren dabei derart überzeugend, dass Adressaten sie ohne sein Wissen 1860 unter dem Titel „Eine militärische Denkschrift von P.F.K.“ veröffentlichten. Im selben Jahr wurde Friedrich Karl zum Kommandeur des III. Armeekorps ernannt.

Im Deutsch-Dänischen Krieg von 1864 kommandierte Friedrich Karl zunächst die preußischen Truppen. Unter seinem Befehl gelang den Preußen die Erstürmung der Düppeler Schanzen. Zunächst war sein Chef – in dessen Eigenschaft als Oberbefehlshaber der alliierten deutschen Armee – wie weiland im Schleswig-Holsteinischen Krieg – der von ihm hoch geschätzte Wrangel. Der damals bereits 80-jährige erwies sich jedoch als den Strategien des genialen Generalstabschefs Helmuth von Moltke nicht gewachsen. Zum Glück für die deutsche Sache wurde er während des Waffenstillstandes im Mai/Juni 1864 entlassen und durch Friedrich Karl ersetzt. Das neue Gespann funktionierte ungleich besser. Begeistert schreibt Moltke: „Ich glaube, er ist der Mann, der einmal den alten Waffenruhm von Preußens Heere wiederherstellen wird.“ Nach dem Waffenstillstand gelang dann am 29. Juni 1864 der kriegsentscheidende Übergang nach Alsen. Er nahm den Dänen die Illusion, auf ihren Inseln vor den Deutschen sicher zu sein, und ließ sie kapitulieren. Nach dem Krieg trat Friedrich Karl wieder an die Spitze des III. Armeekorps.

Auch am zweiten der Deutschen Einigungskriege, dem Bruderkrieg von 1866, nahm der Prinz in führender Funktion teil. Dort kommandierte er die I. Armee und erhielt schließlich auch die Weisungsbefugnis für die Elbarmee. Bei Königgrätz griff er die österreichische Hauptstreitmacht an. Das war gewagt, denn die Preußen waren zahlenmäßig unterlegen. Jedoch konnte er sich lange genug halten, dass die schließlich eintreffende I. Armee des Kronprinzen Friedrich Wilhelm den Ausschlag zum preußischen Sieg geben konnte. Mit der gewonnenen Schlacht von Königgrätz war der Deutsche Krieg zu Preußens Gunsten entschieden. Und wieder übernahm der Prinz nach Kriegsende das Kommando über das III. Armeekorps.

Oberbefehlshaber im ersten Einigungskrieg

Im dritten und letzten Einigungskrieg kommandierte er die II. Armee. Nach den Siegen bei Vionville und Gravelotte wurde ihm zusätzlich die I. Armee unterstellt, um die letzte Feldarmee des kaiserlichen Frankreich in Metz einzuschließen und zu belagern. Einen Tag nach deren Kapitulation wurde er am 28. Oktober 1870 zum Generalfeldmarschall ernannt. Anschließend verhinderte er die Entsetzung von Paris durch die Zerschlagung der Loirearmee in der siebentägigen Schlacht von Le Mans. Dieser Sieg hatte strategische Bedeutung. Auf sich allein gestellt, musste Paris kapitulieren. Der Metropole folgte das Land.

Anders als nach den ersten beiden Einigungskriegen war es Friedrich Karl diesmal nicht vergönnt, sein gestaltendes Wirken an der Spitze des III. Armeekorps fortzusetzen. Sein Wunsch, statt dessen das Kommando über die Marine zu erhalten, blieb unerfüllt. Statt ein Kommando zu führen, musste er sich mit Inspektionstätigkeiten begnügen. Als Inspekteur der Kavallerie und der III. Armeeinspektion war ihm die Möglichkeit zum Gestalten genommen. Enttäuscht zog er sich ins Privatleben zurück, wo er nun die Erfüllung suchte, die ihm mittlerweile im Berufsleben versagt war. Er reiste viel und hielt sich häufig in seinem unweit von Potsdam gelegenen Jagdhaus Dreilinden auf. Nach vorausgegangenen Schlaganfällen setzte ein Herzinfarkt am 15. Juni 1885 seinem Leben ein Ende.

Manuel Ruoff

»Heute ist der glücklichste Tag«

Das deutsch-britische Flottenabkommen löste nicht nur Glücksgefühle aus, sondern auch Dankbarkeit

„Heute ist der glücklichste Tag meines Lebens“, jubelte Adolf Hitler. Und David Richard Beatty, Erster Seelord von 1919 bis 1927, meinte: „Ich bin der Meinung, dass wir den Deutschen Dank schuldig sind.“ Was den Deutschen glücklich und den Briten dankbar machte, war das deutsch-britische Flottenabkommen vom 18. Juni 1935.

Augenscheinlich war das vor 75 Jahren abgeschlossene deutsch-britische Flottenabkommen für beide Vertragspartner von Vorteil. Die Initiative zu dem Abkommen ging von der deutschen Seite aus. Nach ihrer Regierungsübernahme 1933 machten sich die Nationalsozialisten an den Versuch, Deutschland von den Fesseln von Versailles zu befreien. Mitte März 1935 verkündete die NS-Regierung die Wehrhoheit, führte die allgemeine Wehrpflicht wieder ein und ließ den ersten deutschen U-Boot-Neubau vom Stapel laufen. Diese Verletzungen des Versailler Vertrags bedeuteten aber nicht, dass die damalige deutsche Regierung auf Konfrontationskurs gegen alle für das Versailler Diktat verantwortlichen Siegermächte des Ersten Weltkrieges gegangen wäre. Vielmehr strebte Adolf Hitler eine Verständigung mit Großbritannien an.

Und das lag nicht nur an rasseideologischen Sympathien für die Angelsachsen. Für Hitler stand der Feind im Osten. Einen Zweifrontenkrieg wie im Ersten Weltkrieg wollte er vermeiden. Unüberbrückbare Interessengegensätze zwischen dem von ihm angestrebten kontinentalen Großreich sowie der alten See- und Kolonialmacht sah er nicht. Und da das von ihm angestrebte kontinentale Großreich autark sein sollte, waren die überseeischen Handelswege und deren militärischer Schutz für ihn zweitrangig. Der Lebensraum sollte nach seinen Vorstellungen im Osten und nicht in überseeischen Kolonien gesucht werden. Von daher stellte sich für Hitler auch nicht das typische Problem einer klassischen Kolonialmacht, die Seeverbindung zwischen Mutterland und überseeischen Kolonien sicherzustellen. Aus allen diesen Gründen sollten sich die deutschen Seestreitkräfte damit bescheiden, die europäischen Nachbarn auf dem Kontinent in Schach halten zu können. Bereits im Frühjahr 1933 hatte Hitler dem Chef der Marineleitung, Erich Raeder, zu verstehen gegeben: „Ich will mit England, Italien und Japan niemals Krieg haben. Die deutsche Flotte ist daher im Rahmen ihrer Aufgaben in der europäischen Kontinental-Politik auszubauen.“



Nach Abschluss des Abkommens: Adolf Hitler empfängt seinen Verhandlungsführer Joachim von Ribbentrop (von links). Bild: Ullstein

Wenn nun die genannten drei Länder als Kriegsgegner ausfielen, dann durfte man das auch von den USA annehmen. Der Eintritt der Vereinigten Staaten in einen Krieg gegen Deutschland ohne Beteiligung Englands war angesichts der damaligen US-amerikanischen Neigung zum Isolationismus und der besonderen Beziehungen (special relationship) zwischen den englischsprachigen Ländern nicht zu erwarten. So blieb als größte potenzielle feindliche Seemacht die französische. Frankreich hatte sich im Washingtoner Flottenvertrag verpflichtet, seine Kriegsflotte auf 35 Prozent der britischen zu beschränken. Warum sollte es Berlin Paris nicht gleichtun und London das gleiche Verhältnis anbieten?

Ein entsprechender deutsch-britischer Flottenvertrag versprach der deutschen Seite einen doppelten Vorteil. Zum einen signalisierten die Deutschen damit den Engländern den Willen zu einem langfristigen bilateralen Frieden. Zum anderen wäre in einem solchen Vertrag eine Zustimmung Londons zum nächsten Verstoß gegen den Versailler Vertrag angelegt, denn der erlaubte Deutschland nur eine Kriegsflotte von höchstens 144000 Tonnen, was gerade einmal zwölf Prozent der britischen bedeutete. Beides war geeignet, Großbritannien aus der gegen Deutschland gerichteten französisch-britisch-italienischen Stresa-Front herauszubrechen.

Doch auch Großbritannien versprach ein derartiger deutsch-britischer Flottenvertrag Vorteile. Warum sollte man auf einem Diktat von 144000 Tonnen bestehen, das kaum durchsetzbar war, wenn die Deutschen als Alternative eine Selbstbeschränkung auf 35 Prozent anboten? Auch 35 Prozent konnten der britischen Seeflotte nicht gefährlich werden. Das waren immer noch viel weniger, als die Deutschen vor dem Weltkrieg für sich beansprucht hatten.

Zudem passte der Vertrag in Großbritanniens Strategie einer internationalen Rüstungsbegrenzung. Diese Abrüstungspolitik des Empires resultierte weniger aus Friedensliebe als vielmehr aus dem Wunsch, mit möglichst wenig Aufwand den in besseren Zeiten in Europa erlangten Vorsprung konservieren zu können. Hier versprach der Flottenvertrag einen mehrfachen Vorteil. Zum ersten schien er ein Wettrüsten mit den Deutschen auszuschließen. Zum zweiten nötigte er die Deutschen, die britischen Bemühungen um multinationale Rüstungsbeschränkungen zu unterstützen, denn in dem Maße, in dem Großbritannien an Vorsprung gegenüber Dritten verlor, verloren die Deutschland zugestandenen 35 Prozent an Wert. Und zum dritten hatten sich die Deutschen nicht nur hinsichtlich der Gesamttonnage, sondern auch bezüglich der einzelnen Schiffsklassen auf 35 Prozent festlegen lassen. Zu einer derart detaillierten Selbstbeschränkung hatte Großbritannien seine Partner bislang vergebens aufgefordert. Nun konnten die Briten bei zukünftigen Forderungen gegenüber anderen Nationen auf Deutschland als Vorbild und Präzedenzfall verweisen.

Eine Ausnahme bildeten die U-Boote. Dort erlaubte es der Vertrag den Deutschen de facto bis zur Erreichung des Gleichstandes nachzuziehen. Damit glaubten die Briten allerdings leben zu können. Zum einen galt die U-Bootwaffe aufgrund zwischenzeitlich entwickelter Abwehrtechniken als überholt und zum anderen hatten die Briten – wohl auch deshalb – nur eine kleine U-Bootwaffe.

Als Datum des Abkommens wurde der 18. Juni 1935 gewählt. In der Presse tauchte die Vermutung auf, dass die Deutschen ganz bewusst den 120. Jahrestag der Schlacht bei Belle-Alliance (Waterloo) gewählt hatten. Möglicherweise ein Wink mit dem Zaunpfahl an die Briten, an der Seite der Deutschen und nicht der Franzosen ihre Zukunft zu sehen.

Trotz der Begeisterung auf beiden Seiten hatte das Abkommen nur wenige Jahre Bestand. Aus Protest gegen die britische Deutschlandpolitik kündigte Hitler ihn bereits am 28. April 1939 auf. Da hatte die deutsche Kriegsmarine gerade einmal etwa die Hälfte der Tonnage erreicht, die ihr zustand. Auch auf diesem Gebiet war Deutschland noch längst nicht gerüstet für den Zweiten Weltkrieg. *Manuel Ruoff*

Königshof bei Chur wiederentdeckt

Jahrhundertelang war die Schweiz mit Deutschland nicht weniger eng verbunden als Österreich. De iure gehörte die Eidgenossenschaft sogar bis 1648 zum Römisch-Deutschen Reich des Mittelalters.

Ein eindrucksvolles Dokument der historischen Gemeinsamkeit haben nun Schweizer Archäologen in der Gemeinde Zizers, zehn Kilometer nördlich von Chur, entdeckt. Bereits im Jahre 2003 bei einem Bauvorhaben entdeckte, gut erhaltene Mauerreste erwiesen sich als Teil eines Königshofes von Kaiser Otto I (912–973). Die Pfalz war mindestens 25 Meter lang und 13 Meter breit, die Anlage liegt nahe der „Deutschen Straße“, einem uralten Verkehrsweg, der den Bodenseeraum mit den Bündner Alpenpässen und damit Norditalien verbindet.

Durch eine Schenkungsurkunde vom 28. Dezember 955, dem Jahr der Schlacht auf dem Lechfeld, war die Existenz dieser Pfalz im Prinzip bekannt, dennoch war die Überraschung nun groß. Die einst prunkvolle Anlage hat nur eine einzige Parallele in der Schweiz, die Pfalz auf dem Lindenhof in Zürich. Wie auch dort liegen die Anfänge des Königshofes von Zizers mindestens 200 Jahre früher und gehen mithin auf die karolingische, wenn nicht merowingische Zeit zurück. Nach einem Brand im 9. Jahrhundert folgten Umbauten. Nach dem Eigentümerwechsel im Jahre 955 wurde die Anlage offenbar zweckentfremdet und schließlich, baufällig geworden, im 11. oder 12. Jahrhundert ganz aufgegeben. Am Ort des Königshofes oder unmittelbar daneben muss sich im Früh- und Hochmittelalter eine Siedlung befunden haben, Einzelfunde weisen zudem auf ein römisches Dorf oder einen Gutshof (villa rustica) hin. Die Bundesbehörden in Bern haben den Königshof zur Ausgrabung von nationaler Bedeutung erklärt, die Untersuchungen dauern an. *K.B.*

Demontage mal anders

Volkskammer geht auf Distanz zum DDR-Wappen

Alle Staatswappen, die sich in und an öffentlichen Gebäuden befinden, sind unverzüglich, spätestens jedoch in Wochenfrist, zu entfernen. Wo dies aus technischen oder finanziellen Gründen nicht möglich ist, ist das Wappen zu verdecken.“ Dieses Gesetz, das die Fraktion der Deutschen Sozialen Union (DSU) am 31. Mai 1990 in die Volkskammer einbrachte, das das DDR-Parlament noch am selben Tag per mehrheitlicher Akklamation beschloss und das am 12. Juni 1990 im Gesetzblatt der DDR verkündet wurde, richtete sich gegen ein Symbol, das wie sonst nur noch Mauer und Stacheldraht für die deutsche Spaltung steht.

Anders als bei der Flagge entschieden sich die Gründer der DDR beim Wappen nämlich gegen das Anknüpfen an eine deutsche Tradition und statt dessen für eine Neuschöpfung nach sowjetischem Vorbild. Der spätere Schöpfer des DDR-Wappens, Herbert Gute, wetterte gegen den deutschen Adler, „ob es das Kaiserreich, die Weimarer Republik oder das Nazireich war – sie alle benutzten als Symbol einen Raubvogel! In dieser Richtung konnten sich unsere Gedanken nicht bewegen, denn wir hatten diese Staatsform am eigenen Leibe erlebt“. Damit warf Gute drei politische Systeme in einen Topf und ließ zudem unerwähnt, dass die 48er, auf die sich seine Genossen bei der Wahl von Schwarz-Rot-Gold als DDR-Fahne beriefen, auch den Adler führten. Offen bleibt, warum der Adler als DDR-Symbol wegen der Verwendung durch die Weimarer Republik angeblich nicht möglich war, das ebenfalls von Weimar benutzte Schwarz-Rot-Gold hingegen schon. Auch ist nicht überliefert, was Gute davon hielt, dass seine polnischen Genossen ihren „Raubvogel“ in Form des weißen Adlers auf rotem Grund beibehalten haben.

Das Wappen des Großen Bruders in Moskau zeigte Hammer

Die letzte Konsequenz blieb aus

und Sichel im Ährenkranz. Die DDR war trotz der Reparationen immer noch ungleich stärker industrialisiert als die Sowjetunion und so fing man 1950 mit einem einsamen Hammer im Ährenkranz an.

Der nächste Schritt war das Emblem des ersten Fünfjahresplans für die Jahre 1951 bis 1955. Das mit seiner Gestaltung beauftragte Entwurfskollektiv um den stellvertretenden Direktor der Kunsthochschule Berlin-Weißensee Herbert Gute sah sich vor die Aufgabe gestellt, auch die Werktätigen, die nicht mit dem Hammer hantierten, sprich die keine Industriearbeiter waren, symbolisch mit einzubeziehen. Die Landwirte mussten weiterhin auf ihre Sichel verzichten und sich mit der Auskunft begnügen, dass sie durch die Ähren hinlänglich vertreten seien. Doch was machte man mit der schöpferischen Intelligenz, die im UdSSR-Wappen nicht vertreten war, aber nun im Fünfjahresplanemblem ihr eigenes Symbol bekommen sollte? Gegen ein Buch, wie wir es von Wappen aus kommunistischen Drittweltländern kennen, sprach die Tatsache, dass in der DDR fast jeder lesen konnte, jedenfalls nicht nur die Intelligenz. Die Wahl fiel schließlich auf einen Zirkel. Aus Ähren, Hammer, Zirkel und der Ziffer fünf setzte sich dann schließlich das Fünfjahresemblem zusammen.

Aus Ähren, Hammer und Zirkel, aber ohne „5“ gestaltete Gute mit dem Graphiker Martin Hänisch dann anschließend im Auftrag des Ministerpräsidenten das DDR-Wappen. Zum Symbol der Spaltung wurde es nicht nur durch seinen Bruch mit der deutschen Tradition, sondern auch durch die Aufnahme in die DDR-Flagge 1959, die aus dem gesamtdeutschen Symbol ein „Spaltertuch“ machte. Und dennoch hielt die DDR trotz des vor 20 Jahren verkündeten DDR-Wappen-„Demontage“-Gesetzes bis zu ihrem Ende an Wappen wie Flagge fest. *M.R.*

Filmer der Meere

Vor 100 Jahren wurde Jacques-Yves Cousteau geboren

In Deutschland wurde Jacques Yves Cousteau einem größeren Publikum bekannt, als die ARD am 8. Oktober 1969 mit der Ausstrahlung seiner Dokumentationsserie „Geheimnisse des Meeres“ begann. Sie fand rasch zahlreiche Zuschauer. Lob und Anerkennung folgten. 1970 und dann noch ein zweites Mal 1972 gewann der vor 100 Jahren, am 11. Juni 1910, in der Nähe von Bordeaux geborene französische Meeresforscher den deutschen Fernsehpreis „Bambi“.

Als Sechsjähriger – so berichtet Cousteau selbst – wollte er wie so viele Jungen Lokomotivführer werden. Aber schon bald zeigte er außer an der Fliegerei Interesse an Meer und Seefahrt. Nachdem er ab 1930 die Marineschule Brest besucht hatte, diente er ab 1933 in der französischen Marine. Seine praktische Ausbildung erfuhr er auf dem Kreuzer „Primauguet“ im Fernen Osten. Später war er am Aufbau der Waffentaucher- und Kampfschwimmertruppe beteiligt. Bereits 1937 drehte Cousteau seinen ersten Unterwasserfilm. Bei Kriegsbeginn diente er auf dem Kreuzer „Dupleix“, der – erfolglos – an der Jagd auf das deutsche Panzerschiff „Admiral Graf Spee“ beteiligt war. Bis zur vollständigen Besetzung Frankreichs 1942 blieb er bei der Marine, danach schloss er sich der Resistance an. 1946 war er am Bau der „Aqualunge“, einem Lungenautomaten, beteiligt und hatte später Anteil an der Entwicklung von Unterwasser-Scootern und Forschungs-U-Booten. Lob quittierte er bescheiden: „Erfindungen sind nichts anderes als das Werkzeug des Forschers.“

Noch bevor er 1956 den Dienst in der Marine quittierte, besaß er sein eigenes Meeresforschungsschiff. Die „Calypso“ war ein ehemaliges Minensuchboot, das ihm 1950 ein Angehöriger der irischen Bierbraudynastie Guinness geschenkt hat. Sein erster Dokumentarfilm „Die Welt des Schweigens“ brachte ihm internationalen Ruhm ein. Der Film wurde 1956 mit der „Goldenen Palme“ bei den Filmfestspielen in Cannes und 1957 mit dem „Oscar“ ausgezeichnet. Den „Oscar“ erhielt Cousteau später noch zwei weitere Male. 15 Jahre war die „Calypso“ das einzige Meeresforschungsschiff unter französischer Flagge. So fuhr das frühere Minensuchboot in den ersten Jahren häufig auch in halbstaatlichem Auftrag. Das erleichterte Cousteau den Unterhalt des Schiffes.



Jacques-Yves Cousteau Bild: pa

Es gibt kaum ein Gewässer, das Cousteau nicht gefilmt hat. Insgesamt wurden es schließlich über 100 Filme. Auch noch im hohen Alter stieg er selbst in die Tiefe hinab. Er liebte das Meer und zog gegen diejenigen zu Felde, die es verschmutzten. Und so kritisierte er die Förderung von Erdöl unter der Meersoberfläche – ein sehr aktuelles Thema, wenn man an die Ereignisse im Golf von Mexiko denkt. „Warum sollten wir die Umwelt schützen? Die viel verwirrendere Frage lautet doch: Wie kommt unsere Spezies darauf anzunehmen, sie hätte das Recht, diese Frage überhaupt zu stellen?“, verteidigte er den Umweltschutz. 1992 nahm Cousteau an der Weltumweltkonferenz in Rio de Janeiro teil. Er war zweimal verheiratet und Vater von vier Kindern. Am 25. Juni 1997 starb Jacques Yves Cousteau in Paris. Sein Schiff die „Calypso“ liegt heute als Museum im Hafen von La Rochelle. *Hans Lody*

Keine neue Partei

Zu den Leserbriefen zu „Partei gesucht“ (Nr. 11):

Mit Wehmut habe ich diese beiden Leserbriefe zur Kenntnis nehmen müssen. Meine Antwort hier in aller Kürze: Bitte vergessen Sie diesen Wunsch, denn in diesem Deutschland wird es keine „echte“ rechte Partei geben – geben können. Bereits der Versuch, eine solche zu gründen, wird mit allen Mitteln, die unseren heutigen Parteien zur Verfügung stehen, bekämpft werden. Versuche gab es zur Genüge in der Vergangenheit

Mein verstorbener Mann, Prof. Dr. phil. h.c. Emil Schlee, ehemaliger CDU-Politiker, Landtagsabgeordneter in Hessen, später Landesbeauftragter für Vertriebene und Flüchtlinge im Sozialministerium Schleswig-Holstein, verließ aus tiefgreifender Enttäuschung diese Partei. Gemeinsam mit bekannten Politikern, Wissenschaftlern und auch Vertriebenen hat er mehrere Versuche unternommen, eine in Deutschland fehlende „rechte“ Partei zu etablieren. Vergeblich! Es konnte nicht sein, was nicht sein durfte!

Helga Schlee, Raisdorf

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Moskaus Ostpreußen-Offerte hätte eine Chance haben können

Zu: „Das ausgeschlagene Angebot“ und „Mantel Gottes“ (*PAZ* Nr. 21):

Als Moskau im Sommer 1990 Verhandlungen über Ostpreußen anstrebte, hätten Bundesregierung und mediale Öffentlichkeit über ihren Schatten nationaler Befangenheit springen müssen. Es wäre riskant, aber nicht chancenlos gewesen. Deutschland schwamm doch dank Mauerfall auf einer weltweiten Sympathiewelle! Es scheiterte alles an der nach 1945 verbreiteten und um 1970 manifestierten Unfähigkeit und auch Unwilligkeit der Deutschen, sich als solidarische Nation mit spätestens bei passender Gelegenheit einzuforderndem Recht auf Selbstbestimmung zu begreifen.

Nach der Überzeugung vieler Westdeutscher und sicher auch der meisten Nachgeborenen von Vertriebenen war die Oder-Neiße-Linie als Grenze 1970 definitiv abgehakt, Schlesien und Ostpreußen als „alter Zopf“ allein Angelegenheit der Vertriebenen sowie extremistischer Rechter.

Ab Spätherbst 1989 und lange danach wurde selbst die Vereinigung von BRD und DDR aktiv fast nur von Demonstranten in Sachsen und Thüringen verfochten. Die Westdeutschen blieben, bis weit in CDU/CSU hinein, kühl bis abweisend. Dem Bundespräsidenten v. Weizsäcker, der 1985 die Vertreibung als „erzwungene Wanderschaft“ abgetan hatte, ging alles zu schnell. Daher hatte der „Mantel Gottes“ nie eine Chance, in Sachen Königsberg oder Breslau und noch nicht einmal bei Stettin, ergriffen zu werden.

Allein das unwürdige Gezerre um das Zentrum gegen Vertreibungen zeigt, dass auch in der Gegenwart niemand existiert, der gewillt wäre, nach dem Zipfel des Mantels zu haschen. Dennoch ist das pauschale „Niemals-war-es-möglich“ von „Spiegel“ & Konsorten falsch. Diese Leute hatten ja auch von 1970 bis 1990 behauptet, niemals könne das Ausland einer Vereinigung von BRD und DDR zustimmen, allein die Vorstellung sei reaktionär, utopisch, eine Lebenslüge (Willy Brandt). In Wahrheit können sie weiterhin nicht über einen tiefen Schatten von Gleichgültigkeit oder Ressentiment springen, der vor allem der ihrige ist.

Rudolf Kraffzick, Hainau



Ostermarsch 2010: Anwohner demonstrierten für eine friedliche Nutzung des ehemaligen Truppenübungsplatzes Wittstock, besser bekannt als „Bombodrom“. Bild: ddp

Was v. Weizsäcker noch sagte

Zu: „‚Tag der Befreiung‘“ (Nr. 18)

Gestatten Sie mir der Gerechtigkeit wegen einige Zitate aus Richard v. Weizsäckers Rede am 8. Mai 1985 im Bundestag: „Der 8. Mai ist für uns Deutsche kein Tag zum Feiern. Die Menschen, die ihn bewusst erlebt haben, denken an ganz unterschiedliche Erfahrungen zurück. Der Eine kehrte heim, der Andere wurde heimatlos. Dieser wurde befreit, für Jenen begann die Gefangenschaft. Viele waren einfach nur dafür dankbar, dass Bombennächte und Angst vorüber und sie mit dem Leben davongekommen waren. Andere empfanden Schmerz über die vollständige Niederlage des eigenen Vaterlandes. Verbittert standen Deutsche vor zerrissenen Illusionen, dankbar andere Deutsche für den geschenkten neuen Anfang. Den vielleicht größten Teil dessen, was den Menschen aufgeladen war, haben die Frauen der Völker getragen. Ihre Leiden, ihre Entsagung und ihre stille Kraft vergisst die Weltgeschichte nur allzu leicht. Sie haben gebangt und gearbeitet, menschliches Leben geborgen und beschützt. Sie haben getrauert um gefallene Väter, Söhne, Männer, Brüder und Freunde. Sie haben in den dunkelsten Jahren das Licht der Humanität vor dem Erlöschen bewahrt. Wenn aber die Völker an den Zerstörungen, den Verwüstungen, den Grausamkeiten und Unmenschlichkeiten innerlich nicht zerbrachen, wenn sie nach dem Krieg langsam wieder zu sich selbst kamen, dann verdanken wir es zuerst unseren Frauen.“

Ilsegret Böhme, Hamburg

Noch ein Verbrechen um Katyn

Zu: „Churchill und Stain waren sich bei Katyn einig“ (PAZ Nr. 14):

Aus Ihrem Bericht geht nicht hervor, dass die verleumderische Aussage des ehemaliegn Wehrmachtsoffiziers Arno Düre dazu führte, dass in Leningrad unschuldige deutsche Offiziere und Soldaten für den sowjetischen Massenmord bei Katyn verurteilt wurden und im Winter 1945/46 sieben von ihnen gehängt und drei zu 20 bzw. 15 Jahren Zwangsarbeit verurteilt wurden. Warum beliebt dieses Verbrechen in der *PAZ* unerwähnt?

Im Artikel erwähnen Sie den Warschauer Aufstand 1944 mit dessen Niederwerfung der SS-General Erich von dem Bach-Zalewski beauftragt war. Da sich der SS-Brigadeführer Borislaw Kaminsky dabei Übergriffe leistete, ließ der General ihn standrechtlich erschießen. – Oft wünscht man sich, mehr Informationen zu den Themen Verbrechen an der Wehrmacht“ zu hören.

Marg.-Elfriede Karuse, Pattensen

Anm. d. Red.: Düre gehört selbst zu den Angeklagten des Katyn-Schauprozesses. Trotz seines „Geständnisses“ das offenbar durch Folter erpresst war, bekam er 15 Jahre Lagerhaft. Die genannte Verurteilung Kaminskys trifft zu, begründet aber nicht den Schluss, dass von dem Bach-Zalewski damals Verbrechen an Zivilisten generell verhindern wollte.

Bombenabwurfplatz hätte dem Tourismus geschadet

Zu: „Katzenjammer in der ‚freien Heide‘“ (Nr. 18)

In einem Leserbrief in derselben Ausgabe lassen Sie sich feiern für Ihren „Qualitätsjournalismus“. Diese Art Qualität beinhaltet jedoch, dass man ein Thema zu Ende denkt und nicht herauspickt, was einem gerade in den Kram passt. Beispiel? Ihr oben genannter Artikel.

Mein Mann und ich sind keine Postkommunisten, sondern ruheliebende Berliner, die gern in der brandenburgischen Provinz Urlaub machen oder mit ihrem Wanderverein unterwegs sind. Wir (ehemaligen West-Berliner) haben genug unter Fluglärm durch sowjetische Tiefflieger gelitten.

Das sogenannte Bombodrom wäre ja nicht ein einfacher Schießplatz, sondern wirklich ein Bombenabwurfplatz. Der infernalische Krach würde große Teile von Nordbrandenburg und Mecklenburg verseuchen. Der mühsam aufgebaute Tourismus käme zum Erliegen.

Sie katzenjammern um die eventuell (!) entstehenden Arbeitsplätze und erwähnen mit keinem Wort die wegfallenden, eben in der Tourismusbranche. Den Leerstand von Geschäftsräumen gab es von Anfang an oder gibt es zunehmend in ostdeutschen Städten (sogar im viel besuchten Potsdam nimmt er zu).

Wittstock ist das Tor zur Prignitz und sollte daraus etwas machen. Es hat eine imposante Bischofsburg mit dem einzigen Museum des 30-jährigen Krieges in der Welt, eine vollständige Stadtmauer, schöne Ausflugsziele wie Kloster Heiligengrabe, Königsgrab Seddin (weltberühmt), Schloss Meyenburg mit einem einzigartigen Modemuseum, Schloss Wolfshagen mit einer umfassenden Porzellansammlung des Barocks, Schlossruine Freyenstein, Plau mit seinen Seen, die Müritz und die Elbtalauen und vieles mehr. Phantasie ist gefragt.

Den Bräuten und Blumen muss man nicht nachjammern, so viel wäre da nicht zu verdienen. Sie kommen heutzutage mit dem Zug oder Auto als Tagesgäste, denn man ist heute schnell hin und weg, und großartig Blumen schleppt wohl keine im Zug nach Hause mit. Der CDU-Politiker Stephan scheint ein ziemlicher Romantiker zu sein und alles durch die rosarote Brille sehend.

Sie erwähnen nicht, welche Arbeitsplätze im Falle eines Bombodroms sonst noch hätten entstehen können: Ein Freudenhaus, Kneipen, Arztpraxen und Krankenhäuser für die zunehmend Herz- und Kreislauferkrankten im Ort (Lärm macht erwiesenermaßen krank), Arbeit für Dachdecker wegen der herabfallenden Ziegel. Ich weiß, das klingt jetzt etwas zynisch. Aber wat dem een sin Uhl is dem annern sin Nachtigall. Die Nachtigall wäre in Wittstock eine schreckliche Nervensäge.

Hannelore Reinhold, Berlin

Geschönte Zahlen – der Lastenausgleich war viel geringer

Zu: „Das Vertriebenenzuwendungsgesetz von 1994“ (Nr. 13)

Die in Ihrem Artikel über das Vertriebenenzuwendungsgesetz (VertrZuwG) von 1994 und das Lastenausgleichsgesetz (LAG) genannten Zahlen sind nicht zutreffend. Nach erstgenanntem Gesetz wurden offiziell rund 1,3 Millionen Bürger der ehemaligen DDR berücksichtigt. Insgesamt wurden nicht, wie angegeben, „nur“ 2,1 Milliarden Mark ausgegeben, sondern mehr als 2,6 Milliarden Euro.

Hinsichtlich des Lastenausgleichs ist die im Artikel genannte absolute Zahl (115 Milliarden D-Mark = 69,0 Milliarden Euro) ebenfalls unrichtig. Bundesfinanzministerium (BMF) und Bundesausgleichsamt (BM) sprechen in ihren offiziellen Verlautbarungen aktuell von 68,2 Milliarden Euro (zuzüglich Verwaltungskosten) – und dennoch sind die für den Lastenausgleich genannten Zahlen viel zu hoch.

Wie ist meine Einschätzung zu erklären? Die Leistungen an die Vertriebenen sind „geschönt“. Ganz sicher wurden nur zwischen 25 und 30 Milliarden Euro Entschädigungen an die Vertriebenen gezahlt. Der Durchschnittsbetrag dürfte bei Vertreibungsschäden darum auch nicht bei dem von Andreas Kossert genannten Betrag von 10000, sondern eher bei 7500 DM gelegen haben.

Die anderen sogenannten „Lastenausgleichsleistungen“, allen voran die Kriegsschadenrente, die Ersatz für ersparte Fürsorge-/Sozialhilfeleistungen war, und die Darlehen, die zurückgezahlt werden mussten, werden von den zuständigen Stellen genannt, um die Gesamtleistungen eindrucksvoll hoch erscheinen zu lassen. Selbst Sie sprechen von dem „weiter gefassten Lastenausgleichsgesetz“, und fallen mithin auf diese Schönfärberei herein.

Noch etwas: Bis zum Auslaufen der Ausgleichsabgaben am 31. Dezember 1978 betrugen die Einnahmen des Ausgleichsfonds:

Vermögensabgabe: 42 Milliarden D-Mark, Hypothekengewinnabgabe: 8,72 Milliarden D-Mark und Kreditgewinnabgabe 1,81 Milliarden D-Mark . Insgesamt waren dies umgerechnet 26,9 Milliarden Euro.

Interessant ist, dass die Lastenausgleichsabgaben gereicht haben, um die Leistungen an die deutschen Heimatvertriebenen zu tragen – hat sich der Staat nicht auch in diesem Punkt recht elegant aus seiner Verantwortung gegenüber den Vertriebenen gestohlen?

Nun zu der Frage, die sich Ihnen stellen wird: Woher weiß ich, was ich schreibe? Nun, ich bin Teil der angesprochenen staatlichen Stellen – ich war viele Jahre im Bundesausgleichsamt tätig und arbeite heute im Bundesfinanzministerium in jenem Referat, das für das VertrZuwG und das LAG zuständig ist.

Name ist der Redaktion bekannt

Anm. d. Red.: Der Leser, der verständlicherweise anonym bleiben will, hat recht. Beispielsweise betrug die gesamte „Hauptentschädigung“ nur 28,3 Milliarden DM. Der Immobilienbesitz aller rund 14 Millionen deutschen Vertriebenen wurde also sogar nur mit rund *1240 DM pro Kopf* entschädigt, auch wenn nicht jeder Vertriebene Immobilieneigentum hatte und es weitere LAG-Leistungen gab.

Die *PAZ* ist für mich ein Muss

Zu: *PAZ*

Über einen Freund bin ich auf Ihre Zeitung aufmerksam geworden. Zunächst war ich kritisch, ob Ihre Zeitung nicht etwa dem rechtsradikalen Spektrum zuzuordnen sei. Nach der Lektüre einer Ihrer Ausgaben waren meine Zweifel nicht nur zerstreut, im Gegenteil, ich war begeistert. In einer Zeit, in der selbst einstmals konservative Bastionen wie die „FAZ“ ins linksliberale Denken abdriften (Der Gipfel war ein Gastartikel zum 60. Jahrestag der Zerstörung Dresdens in der „FAZ“, in dem dieses Kriegsverbrechen als militärisch notwendig für den Sieg über Nazi-Deutschland begrüßt wurde. Ich habe die „FAZ“ anschließend bis heute nicht mehr angefasst), ist Ihre Zeitung für jeden Konservativen ein wohltuender Kontrast.

Zugegeben, es tut auch weh, die *PAZ* zu lesen, nicht etwa, weil die Artikel schlecht geschrieben sind, sondern weil Sie genau die Themen unserer Gesellschaft ansprechen, die dringend einer Änderung bedürfen. Schon oft dachte ich bei der Lektüre Ihrer Artikel, „Genau das ist der Punkt! Genau das läuft schief in diesem Land!“. Ich finde mich absolut in Ihrer Sicht der Dinge wieder. Und wäre ich nicht sowieso schon entschlossen gewesen, Ihre Zeitung zu abonnieren, habe ich auf Ihrer Internetseite den Werbebanner „Ihrem Erbe sind wir verpflichtet!“ entdeckt, wobei die von Ihnen genannten Persönlichkeiten Otto Fürst von Bismarck und Claus Schenk Graf von Stauffenberg seit je her zu meinen Vorbildern gehören. Kurzum: Ihre Zeitung ist für mich ein Muss.

Jan Eric Freese, Wilhelmshaven

Polnische Geschichtswerke der Jahre 1945 bis 1989 sind bei weitem nicht objektiv

Zum Leserbrief „Vorgeschichte der Schlacht verschwiegen“ (Nr. 12)

Diese Ausführungen zur Schlacht bei Tannenberg sind ja haarsträubend. Welche Quellen hat er nur benutzt? Wir wissen, dass nach dem Krieg in Polen die Geschichte der Deutschen und Polen systematisch umgeschrieben wurde. Ein großer Teil der historischen Wissenschaftler in Polen wurde damals dazu benutzt, die Geschichte in eine angenehme polnische Lesart zu bringen.

Wer nicht spurte, der konnte seine Historikerlaufbahn vergessen. Es gibt heute einige, die dem Diktat der Kommunisten nicht folgen wollten und in andere Berufe abwanderten. Diese speziell polnische Geschichtsschreibung ist auch Generationen von Schulkindern nach dem Krieg weitergegeben worden, Sie kannten also nichts anderes. Deswegen haben wohl auch nicht die deutschstämmigen Aussiedler zu unseren Gruppen der Vertriebenen gefunden, weil wir als Revanchisten und Kriegstreiber in ihren Köpfen festgesetzt waren.

Vom „bösen“ Deutschen Orden haben wir aus polnischer Feder häufig gehört. Und der pommerellische Herzog war wohl slawischer Herkunft, wie mancher seiner Nachbarn auch, aber damit noch lange kein Pole.

Die weiteren ungereimten Behauptungen des Leserbriefs sind nicht wert, kommentiert zu werden. Welche Literatur wurde für diese Ausführungen benutzt? Jedenfalls arbeiten nach der Wende die jungen polnischen Historiker erfrischend objektiv die Geschichte beider Staaten auf, weil sie wissen, dass sie international bestehen müssen. Für Ideologie ist in der Historie kein Platz. Ich für meinen Teil empfehle immer bei polnischen Literaturangaben, diese von 1945 bis zur Wende ungesehen zu verwerfen, weil diese allesamt nicht den Tatsachenangaben der bestehenden Quellen entspricht.

„Eine dauerhafte Verständigung der Völker ist nur möglich, wenn eine aufrichtige Aufarbeitung der Geschichte von beiden Seiten durchgeführt wird.“

Dieses schrieb ich einem polnischen Hobbyhistoriker in das ihm geschenkte Buch zum Stadtjubiläum der Stadt Mewe an der Weichsel, die im Kreis Dirschau liegt. Er konnte es uneingeschränkt unterschreiben.

Jürgen Schultz, Soest

Das Ostpreußenblatt

Nr. 23 – 12. Juni 2010

Bahn fährt wieder bis Königsberg

Am Abend des 30. Mai wurde über Lautsprecher am Königsberger Südbahnhof ein Zug von Königsberg nach Danzig mit Weiterfahrt nach Berlin angekündigt. Der letzte Zug aus Berlin war vor einem halben Jahr, im Dezember 2009, in Königsberg eingetroffen. Der Fahrkartenverkauf für den wieder verkehrenden internationalen Zug Königsberg–Danzig, dem ein Kurswagen mit 30 Sitzplätzen mit Fahrziel Berlin angehängt wird, hatte erst wenige Tage zuvor begonnen.

Die durchgehende Zugverbindung Berlin–Königsberg war von polnischer Seite mit der Begründung eingestellt worden, dass sie unrentabel sei. Bis zu diesem Zeitpunkt war der Wagen nach Berlin ein Bestandteil der Zugverbindung von Königsberg nach Danzig gewesen, wo er abgehängt und an den Zug „Stanislaw Moniuszko“ angehängt wurde, der nach Berlin ging. Ab Herbst vergangenen Jahres wurde der „Stanislaw Moniuszko“ nicht mehr eingesetzt. Damit bestand die direkte Verbindung Berlin–Königsberg nicht mehr.

Bis zum 3. Oktober soll die wieder aufgenommene tägliche Zugverbindung angeboten werden. Sie ist das Ergebnis von Verhandlungen der russischen, der polnischen und der deutschen Eisenbahn. Zumindest für die Urlaubssaison ist somit die Direktverbindung nach Königsberg gesichert.



Foto: Tschernyschew

Bahnsteig 8: Danzig–Berlin

Die Fahrt von Königsberg nach Berlin dauert etwas mehr als 13 Stunden, der Rückweg sogar fast 15 Stunden. Aus Königsberg geht der Zug abends um 18.23 Uhr Moskauer Zeit ab und erreicht morgens kurz nach 8 Uhr den Bahnhof Berlin-Gesundbrunnen. Um 21.19 Uhr abends fährt er zurück und erreicht Königsberg am nächsten Tag um 16.35 Uhr.

Die Fahrtkosten sind für Russen fast die gleichen geblieben. 3900 Rubel (103 Euro) kostet die Fahrkarte mit Bettwäsche und Lunch. Das ist beinah doppelt so viel, wie die Fahrt im Bus kostet. Die wurde nämlich billiger, für 2000 Rubel (53 Euro) kann man ein Ticket bekommen. Laut Auskunft der Deutschen Bahn kostet die einfache Fahrt 2. Klasse 66,80 Euro und 1. Klasse 102,40 Euro. Der Schlafwagenaufschlag beträgt zirka 30 Euro. Als die Zugverbindung nicht bestanden hatte, wurde eine zweite Buslinie nach Potsdam eingesetzt. Die Busfahrzeit beträgt 13 bis 14 Stunden. Vielleicht hatte der erste Zug am 30. Mai deshalb verhältnismäßig wenig Passagiere. *J. T.*

Rote Luftballons und heiße Tränen

Ostpreußens Hauptstadt erlebte eine symbolträchtige Veranstaltung zum Weltaidstag

Eine Veranstaltung anlässlich des Weltaidstages am 16. Mai im Wrangelturm sollte die Öffentlichkeit auf die Probleme der Erkrankten aufmerksam machen und an die Verstorbenen erinnern.

Die Geschichte des Weltaidstages begann im Jahr 1983. Seitdem wird er jährlich am dritten Sonntag im Mai begangen. Millionen Menschen auf der ganzen Welt führen Veranstaltungen durch, um der Verstorbenen zu gedenken. Die unter dem Motto „Mehr Kerzen für den Schutz der Menschenrechte“ stehende Veranstaltung im Wrangelturm ging vom Mittag bis spät in den Abend hinein.

Jeder Ballon erinnerte an einem Aids-Toten

Die Aktion sollte das Interesse der Öffentlichkeit auf den Ernst der Aids-Problematik lenken und die Notwendigkeit der moralischen Unterstützung von Menschen mit Aids und deren Angehörigen vor Augen führen.

Eine der Attraktionen an diesem Tag war die Aktion „Plus 1“, bei der jeder, der wollte, mit roter Farbe eine Eins mit Pluszeichen auf ein Banner aufmalen konnte, um so seine Solidarität mit Aidskranken und HIV-Infizierten zum Ausdruck zu bringen. Höhepunkt des Gedenktags war die Aktion „Rote Schleife“ für mehr Unterstützung der Behörden. Die Veranstalter teilten eine rote Schleife, das internationale Symbol der Solidarität mit Aidskranken, in acht Teile und verschickten diese Mosaikstückchen an die Behörden oder offiziellen Einrichtungen, die sich im Königsberger Gebiet mit der Aidsbekämpfung befassen. Zur Veranstaltung am 16. Mai sollten die Teile dann wieder zu einer Schleife zusammengefügt werden. Eine symbolische Geste, mit der die Angesprochenen ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit in der Problematik hätten ausdrücken können. Doch ausgerechnet die Vertreter der Gebietsduma und des Gesundheitsamtes schienen diese Symbolik nicht verstanden zu haben, ihre Teile fehlten am Ende.



Bild: Tschernyschew

„Plus 1“: Eine der Aktionen der Veranstaltung, die Aids und seine Opfer dem Vergessen entreißen sollte.

Diese Aktion hatten neben der Königsberger Jugendvereinigung „Malenkij Arbat“, der Verein „Status Plus“ und der Wohltätigkeitsverein für die Rehabilitation und soziale Wiedereingliederung Drogenabhängiger „Orechewo“, die vom Königsberger Aidszentrum unterstützt wurden, sowie die Selbsthilfegruppe der HIV-Infizierten „Perekrestok“, die Wohltätigkeitsorganisation „Caritas-West“ und andere Vereine und Gruppen durchgeführt.

Nachdem Vertreter des Aids-Zentrums, Ärzte, die mit HIV-Infizierten arbeiten, Kulturträger und Vereinsvorsitzende ihre Reden gehalten hatten, gab es zum Abschluss ein Konzert, an dem sich die Künstlergruppe „Malenkij Arbat“ des Theaters „Tretij etasch“ (Dritte Etage) sowie Musikgruppen aus Tapiau (Gwardejsk), Tilsit (Sowjetsk) und Insterburg (Tschernjachowsk) beteiligten.

Zum Abschluss des diesjährigen Gedenktages ließ man unter musikalischer Begleitung von Mozarts Requiem Hunderte purpurroter Luftballons mit den Namen der Verstorbenen in den Himmel aufsteigen. Dabei weinten viele. *Jurij Tschernyschew*

Die Lage der HIV-Infizierten im Königsberger Gebiet ist prekär

Im Königberger Gebiet sind laut offizieller Statistik bereits über 3000 HIV-Infizierte, meist junge Menschen bis 30, verstorben, weitere 4000 sind statistisch erfasst. Wie hoch die Dunkelziffer ist, weiß niemand – immerhin werden hier im Unterschied zu anderen Landesteilen die Infizierten überhaupt erfasst. Darüber hinaus gibt es eine Reihe von Problemen. So besteht die Gefahr, dass in Zukunft die Versorgung mit Medikamenten aus dem Ausland für Aids-Infizierte eingeschränkt wird. Mit importierten Medikamenten konnten sie bisher im Rahmen des nationalen Projekts „Gesundheit“ kostenlos versorgt werden. Die Behandlung eines Erkrankten kostet etwa 180 000 Rubel (4730 Euro) pro Jahr. Ein Großteil dieser Kosten wird von ausländischen Stiftungen finanziert. Doch womöglich werden diese Hilfen drastisch gekürzt. Dann könnten die Kranken nur noch mit russischen Viren-Präparaten versorgt werden, die jedoch für die Krankheit Aids nicht passend sind. Dabei bleibt das Hauptproblem von der medizinischen Versorgung unberührt: Der Umgang der Gesellschaft mit Infizierten. Ein Grund, warum in Königsberg überhaupt ein solcher Gedenktag eingerichtet wurde. *J.T.*

Europa zahlt für Wärme in Königsberg

Die Pregelmetropole erhält 20 Millionen Euro von der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung

Vor kurzem hat die Königsberger Stadtverwaltung die Ergebnisse der letzten Heizperiode vorgestellt, die bis Ende April zusammengetragen worden waren. Demnach war das Heizsystem im vergangenen Winter – im Gegensatz zu früheren Jahren, in denen es immer wieder Ausfälle gegeben hatte – insgesamt stabil. Dennoch gab es wieder Probleme, weil viele alten Heizungsrohre Lecks haben. Die verwendeten Kessel werden nur schleppend modernisiert. Von daher gab es wieder viele Schäden, allein an den 25 bis 30 Jahre alte Rohren wurden 150 Störfälle registriert. Über 20 soziale Einrichtungen der Stadt, meistens Kindergärten oder Schulen, hatten erhebliche Probleme mit der Heizung. Für den kommenden Winter plant man deshalb, die Fassaden und Fenster der Gebäude zu dämmen.

Die Verwaltung geht zudem davon aus, dass die Königsberger ab diesem Jahr in den Sommermonaten nicht mehr mit wartungsbedingten Unterbrechungen der Heißwasserversorgung rechnen müssen. In den zurückliegenden Jahren wurde hier viel herumexperimentiert, etwa indem man versuchte, die Verbraucher von anderen Stationen aus mit Warmwasser zu versorgen. In dieser Reparatursaison sollen nun die technischen Möglichkeiten maximal ausgeschöpft werden, um dieses Problem zu vermeiden. Es gibt viel zu tun in diesem Sommer: In über 100 Wohnhäusern muss die Heizung repariert werden, in den kleinen Kesselräumen werden 26 kohle- oder masutbetriebene Kessel ausgetauscht. Masut ist ein in Russland verwendetes Heizöl aus Destillationsrückständen von Erdöl.

Der Sommer gilt in Russland als »Reparatursaison« für marode Heizungsanlagen aller Art

Die Hauptneuigkeit ist jedoch, dass in den kommenden Jahren die Modernisierung der Wärmeversorgung von der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung unterstützt wird. Dank eines Kooperationsprojekts erhält die Stadt 20 Millionen Euro. Dieser Betrag setzt sich aus einem verbilligten Kredit mit einer Laufzeit von zehn Jahren in Höhe von zwölf Millionen und einer Beihilfe von acht Millionen zusammen. Von diesen Mitteln können die problematischen kleinen Betriebsstätten und die baufälligen Leitungen ausgetauscht werden. Trotz der umfangreichen Modernisierungsarbeiten soll aber laut Angaben der Stadt Warmwasser nur um 0,5 Prozent teurer werden.

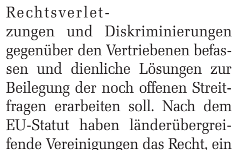
Die Modernisierung der maroden Heizungssysteme hat auch einen ökologischen Effekt. Wegen der geringeren Nutzung von Kohle und Masut kann künftig bei der Wärmeerzeugung die Emission von Kohlendioxid, Oxidrückständen und Stickoxiden um 40 Tonnen reduziert werden. Das sind 30 Prozent des derzeitigen Ausstoßes. Zur Zeit sind im nördlichen Ostpreußen 130 solcher Betriebsstätten in Betrieb.

Nach der Modernisierung sollen die städtischen Betriebe „Wodokanal“ (Wasserwerke) und „Kaliningradteploset“ (Fernwärme) privatisiert werden. Dabei will man die Erfahrungen anderer Europäer bei der Leitung ähnlicher Unternehmen nutzen. *J. T.*

Solidarität

Schlesier unterstützen EUFV-Antrag

Die Bundesdelegiertenversammlung der Landsmannschaft Schlesien hat einstimmig beschlossen, einen politisch ambitionierten Antrag der Europäischen Union der Vertriebenen und Flüchtlinge (EUFV) zu unterstützen. Am 20. Februar 2010 hatte die EUFV bei der EU-Kommission die Einrichtung einer „Ständigen Kommission“ beantragt, die sich mit den Rechtsverletzungen und Diskriminierungen gegenüber den Vertriebenen befassen und dienliche Lösungen zur Beilegung der noch offenen Streitfragen erarbeiten soll. Nach dem EU-Statut haben länderübergreifende Vereinigungen das Recht, ein solches Gremium zu fordern, wenn ein gemeinsames Problem bisher nicht gelöst werden konnte.



Rudi Pawelka Bild: Internet

Der Bundesvorsitzende der Landsmannschaft Schlesien Rudi Pawelka hat deshalb in einem Schreiben an Bundeskanzlerin Angela Merkel darum gebeten, die Einrichtung einer „Ständigen Kommission“ in Brüssel zu befürworten. Er hob hervor, dass ein solches europäisches Gesprächsforum insbesondere nötig sei, um ein Bewusstsein für das völkerrechtliche Unrecht der Vertreibung zu erreichen, das wiederum eine wichtige Voraussetzung für eine Ächtung und Verhinderung von Vertreibungen in der Zukunft ist. *PAZ*

Schätze aus Oppeln im Westen

Exponate der Bibliothek »Emanuel Smolka« in Koblenz und Ratingen zu besichtigen

Oppelns wissenschaftliche Universalbibliothek „Emanuel Smolka“ hat Panoramen schlesischer Städte vom 15. bis zum 19. Jahrhundert aus ihren Beständen auf Wanderschaft in die Bundesrepublik geschickt.

Die Bibliothek „Emanuel Smolka“ hat in der Hauptstadt der Woiwodschaft Oppeln (Opole) die Funktion einer Landesbibliothek. Sie führt auch die sachliche Aufsicht über das Netz der öffentlichen Kommunalbüchereien in der Woiwodschaft. 1951 nahm sie ihre Tätigkeit auf. Die Bibliothek besitzt eine große Sammlung mit wertvollen Altdrucken. Einige Ansichten sind nun in die Bundesrepublik gekommen, wo sie in Partnereinrichtungen ausgestellt werden. Noch bis zum 30. Juni sind sie im Landesbibliothekszentrum Rheinland-Pfalz in Koblenz zu sehen, anschließend im Oberschlesischen Landesmuseum in Ratingen (Hösel).

Für die Ausstellung sind Städtepanoramen aus dem 15. bis 19. Jahrhundert ausgewählt worden. Sie zeigen schlesische Städte als Spiegelbild architektonischer und struktureller Vielfalt.

Die ältesten Ansichten schlesischer Städte erschienen in der Weltchronik von Hartmann Schedel. Das Werk wurde 1493 bei Anton Koberger in Nürnberg herausgegeben. Es beschränkte sich auf wichtige Städte, die auch ökonomisch oder religiös-historisch eine Rolle spielten. Daraus ist ein Farbholzschnitt mit der Ansicht der Stadt Neisse (Nysa) zu sehen – das Herzstück der Bestände der Öffentlichen Woiwodschaftsbibliothek.

> Städte-Panoramen vom 15. bis 19. Jahrhundert

Aus dieser frühen Zeit werden in der Ausstellung weitere Schätze präsentiert, beispielsweise die auf einem Blatt erschienenen Panoramen von Neiße und Liegnitz aus dem sechsbändigen Werk von Georg Braun und Frans Hogenberg „Civitates Orbis Terrarum“ (1572–1617) sowie ein Kupferstich von Georg Hayer mit der Ansicht von Breslau aus dem Werk „Breslographia“.

1650 kam die „Typographia Bohemiae, Moraviae et Silesiae“ von Matthäus Merian (1593–1650) heraus. Aus diesem bedeutenden Werk werden in der Ausstellung Panoramaansichten und Perspektivpläne präsentiert. Merian ist bis heute besonders durch seine Ansichten aus dem Theatrum europeum ein hauptsächlich in Nachdrucken präsenter Künstler. In der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts war er eine der prägenden Gestalten der Buch- und Illustrationsgeschichte.

Zu den wichtigsten Landschaft- und Architekturzeichnern Schlesiens Ende des 19. Jahrhunderts zählt der schlesische Maler und Zeichner Theodor Blätterbauer (1823–1906). Er schuf Hunderte von Zeichnungen und Aquarellen mit zumeist romantisch empfundenen Ansichten schlesischer Städte und Landschaften. Der dokumentarische Wert seiner Stahlstiche, Lithographien und Holzschnitte diente als Illustrationen für bedeutsame Bildwerke wie Alexander Dunckers groß angelegte Edition zu den ländlichen Wohnsitzen der preußischen Aristokratie oder Franz Schrollers dreibändige Ausgabe über Schlesien. In den Beständen der Öffentlichen Woiwodschaftsbibliothek befinden sich viele Grafiken Blätterbauers. In der Ausstellung werden ausgewählte Arbeiten des Künstlers vorgestellt. *PAZ*

Die ostpreußische Familie

Lewe Landslied,
liebe Familienfreunde,

es ist wirklich so, dass wir für manche Suchenden der letzte Hoffnungsträger sind, und diese Erwartungen belasten einen doch sehr. Weil man weiß, dass es schwer ist, nach über 60 Jahren noch Zeitzeugen zu finden, die alleine zu einem Erfolg beitragen könnten, wenn überhaupt. Denn oft wurden die Vorgänge schon früher verschwiegen oder verschleiert, wenn sie die betreffenden Personen belasten konnten. Das trifft vor allem auf uneheliche Geburten zu, wenn das Neugeborene schon früh zur Pflege oder Adoption fortgegeben wurde. Oft erfahren diese Kinder erst nach dem Tod der Adoptiveltern, dass diese nicht ihre leiblichen waren, und das ist dann ein großer Schock für die längst Erwachsenen. Wir haben in der letzten Zeit einige Fälle, in denen erst im späten Alter nach der leiblichen Mutter oder dem vermuteten Vater gesucht wird, veröffentlicht und kaum eine Resonanz zu verzeichnen gehabt. Oder sie ist uns nicht mitgeteilt worden, auch das gibt es nämlich. Wir hatten in einem schon länger zurück liegenden Fall die Suche nach dem österreichischen Vater eines während der Internierung in Dänemark gezeugten Kindes einer sehr jungen ostpreußischen Mutter gesucht, das schon kurz nach der Geburt von einem amerikanischen Ehepaar adoptiert worden war. Ich hatte keine Resonanz erwartet, und es kam auch keine – bis ich dann durch Zufall aus einem Telefongespräch mit einer Leserin entnahm, dass sich eine Verbindung zwischen Tochter und Vater ergeben habe – also ein voller Erfolg! Als ich die Betreffende bat, mir doch Näheres mitzuteilen, damit ich diese erfreuliche Tatsache unseren Leserinnen und Lesern mitteilen konnte, herrschte Schweigen. Vielleicht sollte diese Angelegenheit im persönlichen Bereich bleiben und nicht an die Öffentlichkeit gelangen. Muss man akzeptieren – leider.

In unserem heutigen Fall liegt die Situation aber anders. Zwar spricht Herr **Hartmut Preuss** aus Lenne für seine Verwandten, aber er übermittelte auch das Plazet der Betreffenden, das ich dann in einem Telefongespräch noch absicherte. Und außerdem bezeugt das gleichzeitig übersandte Paket mit sage und schreibe 180 (!) Unterlagen, dass diese Verwandten – Cousin und Cousine von Herrn Preuß – mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln versucht hatten, ihren älteren Bruder zu finden oder etwas über sein Schicksal zu erfahren. Und nun liegt die Angelegenheit auf Anregung von Herrn Preuß bei uns, und so will ich versuchen, diese komplizierte Angelegenheit unseren Leserinnen und Lesern zu vermitteln



Gilge um 1930: „Echte Photografie“ von Max Irrgang Foto: privat

Irgendwann im Jahre 1937 gebar die damals auf dem Gut Doben, Kreis Lötzen tätige ledige Rendantin **Erna Margarete Peter** einen Sohn, den sie zur Adoption frei gab. Der Vater des Kindes war ihr späterer Ehemann, der Gutsinspektor **Gustav Schmidt**. Es gibt keine Unterlagen über Geburt und Adoption, auch der Vorname des Kindes ist unbekannt. Von der Existenz eines Bruders haben die aus der 1940 geschlossenen Ehe der Eltern stammenden drei Kinder erst im Jahre 1990 erfahren, als die Mutter auf dem Sterbebett lag. Erna sprach im Delirium immer wieder von ihrem Erstgeborenen, ohne aber Namen und Daten zu nennen. Auch die Mutter von Hartmut Preuß, **Gerda Preuß** geborene **Peter** berichtete ihrem Sohn erst 1992 kurz vor ihrem Tode von dem unehelichen Kind ihrer Schwester und bat ihn, nach diesem zu forschen. Beide, Mutter wie Tante, fühlten sich wohl ihr Leben lang von dieser verschwiegenen Geburt belastet. Denn Schwester Gerda hatte es damals im Jahre 1937, als sie mit ihrem ersten Kind im fünften Monat schwanger war, abgelehnt, das zu erwartende Kind ihrer Schwester Erna nach dessen Geburt zu übernehmen. Erna war bei Gerda Preuß auf deren Hof in Stocken, Kreis Bartenstein erschienen und sie mit den Worten „Wo Platz für ein Kind ist, kann auch ein zweites aufwachsen“ darum gebeten. Die Eltern der Schwestern, die Hofbesitzer **Emma** und **Otto Peter** aus Wiesenhausen, dürften auf keinen Fall etwas von der Schwangerschaft ihrer ledigen Tochter Erna erfahren. Gerda sollte das Kind einfach zur Pflege übernehmen. Doch diese lehnte das als unzumutbar ab, verschwieg aber wie versprochen ihren Eltern die Schwangerschaft der Schwester. Sie hat nie etwas über den Verbleib des Kindes erfahren.

Was können wir tun? Vielleicht gibt es noch Menschen aus dem Umfeld der Erna Schmidt geborene Peter, die etwas von der Schwangerschaft und der folgenden Adoption gewusst haben. Erna Peter, *15. Juli 1911 in Wiesenhausen, hatte nach Besuch der Städtischen Handelsschule in Insterburg ihre erste Stelle auf dem Gut Doben, Kreis Lötzen angetreten, das Baron **Schenk zu Tautenburg** gehörte. Dort lernte sie den Gutsinspektor Gustav Schmidt kennen, verlobte sich mit ihm und heiratete ihn am 27. September 1940 in Ballethen. Das Ehepaar wohnte dann nach dem Wechsel von Gustav Schmidt nach Baitenberg (Baitkowen) auf dem Gut, das in Besitz der Familie **von Kannewurff** war. Hier wurden auch ihre vier Kinder **Dorothea** – starb später bei einem Fliegerangriff–, **Heidrun**, **Roderich** und **Wolfgang** geboren. Das sind nur wenige brauchbare Angaben. Dass weder der Vorname, noch Geburtsort oder Datum des vorehelichen Kindes bekannt sind, macht die Suche fast aussichtslos. Einen Versuch war es uns trotzdem wert. (Ansprechpartner sind Hartmut Preuss, Bundesstraße 24 in 37627 Lenne, Telefon/Fax 05534/2458, und Roderich Schmidt, Pferdekamp 14 in 45701 Herten, Handy: 0178/1533705.)

Nun aber zu ganz anderen Dingen, denn unsere Korrespondenz weist mal wieder eine erstaunliche Bandbreite auf, weil für manche Fragen und Wünsche die ostpreußische Familie tatsächlich der einzige Weg ist, um an die erhofften Informationen zu kommen. Unsere treuen Leserinnen und Leser sind da gerne Vermittler und weisen auf unsere Zeitung hin. So auch Herr **Birth**, der Frau **Irene Schellstede** aus Schakkenthal den Rat gab, sich mit ihrem Problem an uns zu wenden. Da dieses nicht nur für sie wichtig ist, sondern mit Sicherheit auch Interessierte aus unserem Leserkreis anspricht, schlagen wir sozusagen zwei Fliegen mit einer Klappe. Frau Schellstede erstand kürzlich in einem Antiquariat ein sechsbändiges, in deutscher Schrift handgeschriebenes Buch über den ostpreußischen Obstanbau. Verfasser ist **Herbert Reimann** – im Buchinnern auch **Reymann** –, der wahrscheinlich zu jener Zeit an der Gärtnerlehranstalt Tapiau unterrichtete. Das Erscheinungsjahr ist unbekannt, das umfangreiche Werk dürfte um den Ersten Weltkrieg herum in langjähriger Arbeit entstanden sein. Die deutsche Schrift macht Frau Schellstede keine Schwierigkeiten, da ihre Mutter – die aus der Nähe von Canditten stammt, wie auch Herr Birth – diese noch in der Schule gelernt hat und so als „Übersetzerin“ fungiert. Frau Schellstede erstellt nun den Text im Computer und möchte dann diese Version auch an andere Interessierte gegen Erstattung der Druckkosten weiter geben. Der Haken an der Sache: Bisher hat sie nicht herausfinden können, wann und wo Herbert Reimann verstorben ist, weil sie nicht gegen das Urheberrecht verstoßen will. „Haben Sie eine Idee, wie man eine Antwort auf diese Frage bekommen kann?“, schreibt Frau Schellstede. Hier ist sie: Ich leite sie an unsere Ostpreußische Familie weiter. In Kurzform: Wer kannte Herrn Reimann von seiner Tätigkeit in Tapiau, kann seine Lebensdaten nennen und Hinweise geben, ob er Nachkommen hat und wo diese heute leben? Und ich kann nur bestätigen, was Frau Schellstede meint: „Ich finde es einfach schade, dass solche Werke ungelesen in einem Bücherschrank verschwinden, und da ich es für mich sowieso abschreibe, können ja auch andere etwas davon haben.“ (Irene Schellstede, Lindenallee 7 in 06449 Schackenthal, Telefon wochentags 034746/571780.)

Funde gibt es immer wieder und bei dem, den Herr **Michael Boger** bei einem Besuch in der Elchniederung machte, kommen wir schon fast an den Originaltext des Songs heran: Wunder gibt es immer wieder. Jedenfalls könnte es ein solches für die Familie aus Gilge werden, die bis zur Flucht dort gelebt hat. Im Mai weilte Herr Boger im Königsberger Gebiet und kam dabei auch in das alte schöne Fischerdorf, das man noch wiedererkennen kann und deshalb für viele Besucher einfach zum Reiseprogramm gehört, so auch für den Teilnehmer aus Rastatt. Hier machte er die Bekanntschaft einer russischen Familie, die ihm ein sehr altes Fotoalbum zeigte, denn es stammt noch aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg. Diese heutigen Bewohner von Gilge hatten es in einem Haus gefunden und es bis heute so sorgfältig aufbewahrt, dass dieses fast 100-jährige Album noch in einem sehr guten Zustand ist. Sie übergaben es Herrn Bogner in der Hoffnung, dass dieser die rechtmäßigen Besitzer finden würde. Nach seiner Rückkehr wandte er sich sofort an uns mit der Bitte, nach dieser Familie zu suchen, die aus Gilge stammen muss. Was die Sache erheblich erleichtert. Der Name ist bekannt. In dem Album lagen nämlich einige Ansichtskarten, die alle an „**Maria Horch**“ adressiert sind. Sie stammen aus dem Jahre 1912 und sind in Kiel aufgegeben. Es könnte sein, dass der Absender damals bei der Marine war. Es gilt nun diese Familie Horch aus Gilge zu finden, vielleicht sogar Nachkommen der Empfängerin Maria Horch. Wenn das eintreffen sollte, dürfte sich die Familie sehr freuen, denn diese alten Aufnahmen haben gerade für uns Vertriebene Seltenheitswert, weil nur wenige gerettet werden konnten. Ich selber besitze kein einziges Kinderbild mehr von mir, und so wird es vielen von uns Älteren gehen. Angehörige der Familie Horch sollen sich bitte bald bei Herrn Boger melden, damit er dieses Stück Familiengeschichte den rechtmäßigen Besitzern überreichen kann. Falls diese Bitte ins Leere gehen sollte, sind auch andere Niederunger angesprochen, die Hinweise geben können, ob und wo Horch-Nachkommen leben. Es wäre wirklich schade, wenn dieser wertvolle Fund nicht in die richtigen Hände käme. (Michael Boger, Bleichstraße 12 in 76437 Rastatt, Telefon 01766/3306649, E-Mail: M.Boger86@web.de)

Die ostpreußische Familie

Ruth Geede Foto: Pawlik

Übrigens: Die hier gezeigte Aufnahme von Gilge stammt nicht aus dem gefundenen Fotoalbum. Es handelt sich um eine Originalpostkarte mit dem Vermerk „Echte Photografie“ von **Max Irrgang**, Heinrichswalde in Ostpreußen. Sie dürfte um 1930 entstanden sein und ist unbeschriftet. Ich überlasse sie gerne einem interessierten Leser.

Auch das Fotoalbum aus dem Nachlass der ehemaligen Krankenschwester **Margarete Bubel**, †2004 in Soltau, ist wieder in unseren Händen. Ihr Neffe **Hartmut Schikowsky** hatte es uns übergeben, weil das Album einige Aufnahmen aus den 30ern und den Kriegsjahren zeigt, die in ostpreußischen Krankenhäusern entstanden sind wie im Städtischen Krankenhaus und Hindenburghaus in Königsberg. Da viele Schwestern und auch Ärzte auf den Fotos abgebildet sind, hatten wir es auf Wunsch von Herrn Schikowsky unserer Leserschaft zur Verfügung gestellt. Es meldete sich nur eine Interessentin, Frau **Brigitte Hagedorn**, die aber leider die vermuteten Bekannten oder Verwandten nicht auf den Fotos entdecken konnte und es uns deshalb zurückgab. Das kleine Album wurde um einige noch fehlende Aufnahmen ergänzt, die Herr Schikowsky zurückbehalten hatte, um Abzüge für sein Familienarchiv zu machen, da auch Fotos aus dem Heimatort der in Pronitten geborenen Margarete Bubel sowie aus ihrem Freundeskreis zu finden sind. Ein Name taucht öfters auf, der ihrer Freundin **Hilde Freder**, die ihr auch das Album geschenkt hatte. Vielleicht haben Verwandte der Genannten an diesem Album Interesse, das also wieder zur Verfügung steht. Viele Aufnahmen sind allerdings nicht einzuordnen, weil sie unbeschriftet sind. Ein Bild haben wir bereits in Folge 50/09 veröffentlicht, ein weiteres wird demnächst folgen. Interessenten können sich aber jederzeit bei uns melden.

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede

„Unsere Familie“ auch im Internet-Archiv unter www.preussische-allgemeine.de

Wir gratulieren ...

ZUM 101. GEBURTSTAG

Neumann, Kurt, aus Lötzen, jetzt Moltkestraße 17, 73312 Geislingen / Steige, am 2. Juni

ZUM 97. GEBURTSTAG

Blaudschun, Erich, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Nordring 14c, 30163 Hannover, am 19. Juni

Steffen, Dr. Wilhelm, aus Lyck, jetzt Vlothoer Straße 17, 32049 Herford, am 19. Juni

ZUM 96. GEBURTSTAG

Bordzio, Charlotte, geb. **Klein**, aus Gordeiken, Kreis Treuburg, jetzt Schönbrunnstraße 18, 99310 Armstadt, am 19. Juni

Domanowski, Erika, geb. **Bartkowski**, aus Rudolfsfelde bei Soldau, Kreis Neidenburg, jetzt No'n Stüh, 27383 Scheeßel, am 14. Juni

ZUM 95. GEBURTSTAG

Jobski, Kurt, aus Ortelsburg, jetzt Erlenweg 72, Appartment 541, 14532 Kleinmachnow, am 16. Juni

ZUM 94. GEBURTSTAG

Bischoff, Friedericke, aus Wittenwalde, Kreis Lyck, jetzt Lessingstraße 13, 41515 Grevenbroich, am 15. Juni

Bromberg, Ruth, aus Neidenburg, jetzt Ahornstraße 1, Altenheim AWW, 39291 Friedensau, am 19. Juni

Brunner, Elfriede, geb. **Doliwa**, aus Neidenburg, jetzt Annastraße 2, 64342 Seeheim, am 17. Juni

ZUM 93. GEBURTSTAG

Fidorra, Fritz, aus Treuburg, Kreis Ortelsburg, jetzt Vinzenzstraße 28, 68642 Bürgstadt, am 18. Juni

Kroll, Hedwig, geb. **Kompa**, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, jetzt Friedrichshöhe 4B, 42799 Leichlingen, am 15. Juni

Lange, Hildegard, geb. **Nowotzin**, aus Friedrichsdorf, Kreis Ortelsburg, jetzt Schinderköpfchen 11, 37431 Bad Lauterbach, am 20. Juni

Lüdtke, Ida, geb. **Stralla**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, jetzt Albert-Schweitzer-Straße 3, 29549 Bad Bevensen, am 19. Juni

Pilch, Gerda, geb. **Mallonek**, aus Lyck, Danziger Straße 44, jetzt Heinrich-Heine-Straße 75, 34121 Kassel, am 14. Juni

Schmidtmann, Heinz, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, jetzt Bödekerstraße 48, 30161 Hannover, am 18. Juni

Stadie, Herta, geb. **Burscheid**, aus Steintal, Kreis Lötzen, jetzt Johannisstraße 7, Zimmer 115, 35390 Giessen, am 6. Juni

Willutzki, Hildegard, geb. **Loth**, aus Grabnick, Kreis Lyck, jetzt Klausnerring 18, 85551 Kirchheim, Ortsteil Heimstetten, am 18. Juni

Wysk, Heinrich, aus Neufließ, Kreis Ortelsburg, jetzt Leddinweg 23, 30627 Hannover, am 18. Juni

ZUM 92. GEBURTSTAG

Dauber, Therese, geb. **Borrosch**, aus Reichensee, Kreis Lötzen, jetzt Sanderstraße 20, 42283 Wuppertal, am 14. Juni

Hinden, Harry A., aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt 7, Kikar Malkhei, 64163 Tel Aviv / Israel, am 18. Juni

Schlick, Herta, geb. **Urban**, aus Lyck, Dallnitz / Wasserwerk, jetzt Dorfstraße 67, 17291 Schönwerder, am 19. Juni

ZUM 91. GEBURTSTAG

Bienko, Helene, geb. **Kosinski**, aus Mostolten, Kreis Lyck, jetzt Höhenweg 60, bei Knapp, 51766 Engelskirchen, am 14. Juni

Drews, Erich, aus Leswangen, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Varusstraße 10, 45721 Haltern, am 16. Juni

Meyel, Benno, aus Osterode, jetzt Netzestraße 1, 22547 Hamburg, am 15. Juni

Nagel, Gerda, geb. **Zink**, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, jetzt Kurzer Kamp 15, 23774 Heiligenhafen, am 20. Juni

Saffran, Otto, aus Stradauen, Kreis Lyck, jetzt Lerchenweg 18, 94513 Schönberg, am 15. Juni

ZUM 90. GEBURTSTAG

Kutrieb, Paul, aus Malgaofen, Kreis Neidenburg, jetzt Dorfstraße 24, 17349 Rattey, am 19. Juni

Pliquett, Elfriede, geb. **Bandies**, aus Heimfelde, Kreis Ebenrode, jetzt Drostenbusch 127, 45309 Essen, am 19. Juni

Possnien, Erna, geb. **Margenburg**, aus Pottlitten, Kreis Heiligenbeil, jetzt Neuessener Straße 23, 45329 Essen, am 20. Juni

Reymann, Hella, geb. **Robin**, aus Gallingen und Heiligenbeil, Herzog-Albrecht-Straße 28, jetzt Tammhorst 7, 24582 Bordesholm, am 15. Juni

Sado, Edith, aus Milken und Lindenwiese, Kreis Lötzen, jetzt Werner-Düwel-Straße 9, 31863 Coppenbrügge, am 16. Juni

Schwärzel, Gretchen, geb. **Wasserburg**, aus Rauschen, Kreis Samland, jetzt Am Rosenberg 26, 45525 Hattingen, am 17. Juni

Szameitat, Charlotte, geb. **Skubinn**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Bruno-Nielsen-Ring 49, 25746 Lohe-Rickelsdorf, am 14. Juni

ZUM 85. GEBURTSTAG

Aumann, Ursula, geb. **Dobat**, aus Nassawen, Kreis Ebenrode, jetzt Reiloserstraße 6a, 36251 Ludwigsau, am 19. Juni

Berkau, Hans, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, jetzt Hirsekamp 1, 22175 Hamburg, am 15. Juni

Birth, Georg, aus Hohenfürst, Kreis Heiligenbeil, jetzt Südstraße 15, 58300 Wetter, am 14. Juni

Boczek, Walter, aus Hartigswalde, Kreis Neidenburg, jetzt Großglockenstraße 25, 47249 Duisburg, am 16. Juni

Doehler, Elfriede, geb. **Schubert**, aus Lötzen, jetzt Reinsdorfer Straße 63, 08527 Plauen-Vogtland, am 2. Juni

Eltzschig, Edith, geb. **Schramm**, aus Freiort, Kreis Lötzen, jetzt Moorring 29, 21484 Lauenburg, am 18. Juni

Enders, Christel, geb. **Gambert**, aus Lötzen, jetzt Husarenweg 6, 66740 Saarlouis, am 16. Juni

Jennert, Margarete, geb. **Skrandzewski**, aus Damerau, Kreis Ebenrode, und Wellenhausen, Kreis Goldap, jetzt Finkenstieg 16, 29225 Celle, am 15. Juni

Jordan, Johannes, aus Neidenburg, jetzt Hütterbaum 37b, 41069 Mönchengladbach, am 19. Juni

Kibgies, Walter, aus Treuburg, jetzt Saling 6, 20535 Hamburg, am 18. Juni

Kloss, Hannelore, aus Widminnen, Kreis Lötzen, jetzt Neue Straße 18, 49074 Osnabrück, am 3. Juni

Koppel, Ewald, aus Michelsdorf, Kreis Ortelsburg, jetzt Kleiststraße 28, 45699 Herten, am 14. Juni

Krüger, Sigrid, geb. **Schmidt**, aus Königsberg/Ponarth, Jägerstraße 67, jetzt Saarstraße 52, 06746 Dessau-Roßlau, am 14. Juni

Kublet, Lieselotte, geb. **Schumacher**, aus Theerwisch, Kreis Ortelsburg, jetzt Feldweg 36C, bei Sander, 47506 Neukirchen, am 15. Juni

Sobottka, Hans, aus Farienen, Kreis Ortelsburg, jetzt Swager sin Grund 14, 18182 Röwershagen, am 14. Juni

Springer, Heinz, aus Alexbrück, Kreis Ebenrode, jetzt Humboldtstraße 8, 69469 Weinheim, am 20. Juni

Wenicker, Marianne, geb. **Arlart**, aus Birkenmühle, Kreis Ebenrode, jetzt Frankenstraße 23, 56170 Bernsdorf, am 16. Juni

Wischnewski, Walter, aus Hanffen, Kreis Lötzen, jetzt Am Hang 49, 67714 Waldfischbach, am 18. Juni

ZUM 80. GEBURTSTAG

Ausfelder, Erika, geb. **Krohn**, aus Dorntal, Kreis Lyck, jetzt Obere Sonnenhalde, 88131 Lindau, am 16. Juni

Barg, Ingeborg, geb. **Cyrkel**, aus Saberau, Kreis Neidenburg, jetzt Ulmenkamp 3, 23843 Bad Oldesloe, am 19. Juni

Bednarz, Helmut, aus Ortelsburg, jetzt Niederhofer Straße 3, 47638 Straelen-Herongen, am 18. Juni

Bierwag, Eva, geb. **Reil**, aus Ebenrode, jetzt Panoramastraße 22, 65232 Taunusstein, am 17. Juni

Dehnert, Edith, geb. **Wirsching**, aus Ströhlen, Kreis Ebenrode, jetzt Am Vosskanal 7, 16559 Liebenwalde, am 16. Juni

Drygalski, Klaus **von**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, jetzt Västanwindsgatan 8, S-72350 Västeras, Schweden, am 19. Juni

Grumann, Anneliese, geb. **Reinke**, aus Lerchenborn, Kreis Ebenrode, jetzt Weststraße 16, 57319 Bad Berleburg, am 14. Juni

Gudella, Julius, aus Garbassen, Kreis Treuburg, jetzt Niederheide 53A, 47877 Willich, am 19. Juni

Henkel, Margot, geb. **Klotzbücher**, aus Kinderhausen, Kreis Ebenrode, jetzt Eichenbergstraße 10, 34127 Kassel, am 14. Juni

Jäger, Christel, geb. **Gusek**, aus Lehmanen, Kreis Ortelsburg, jetzt Jahnstraße 2, 38315 Schladen, am 14. Juni

Jeglinski, Dr. Ing. Hans, aus Herrenbach, Kreis Lyck, jetzt Berliner Straße 52, 39218 Schönebeck, am 20. Juni

Kallina, Ruth, geb. **Naujoks**, aus Angerburg, Bismarckstraße, jetzt Niebuhrstraße 21, 21785 Neuhaus/Oste, am 16. Juni

Kunkel, Anneliese, geb. **Potreck**, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, jetzt Schulstraße 21, 38444 Wolfsburg, am 19. Juni

Kuschel, Gisela, geb. **Fischer**, aus Königsberg und Heiligenbeil, Legion-Condor-Weg 48, jetzt Im Sande 49, 21698 Harsefeld, am 9. Juni

Lunau, Klaus A., aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, jetzt Bahnhofstraße 14, 30853 Langenhagen, am 15. Juni

Maicki, Johannes, aus Alt Kiwitten, Kreis Ortelsburg, jetzt Granitzer Straße 22, 18546 Saßnitz, am 18. Juni

Maksymiuk, Edeltraut, geb. **Kohls**, aus Seedranken, Kreis Treuburg, jetzt Schillerstraße 10, 41379 Brüggen, am 20. Juni

Mattner, Irmgard, aus Lyck, jetzt Friedensstraße 52, 06749 Bitterfeld, am 17. Juni

Ohloff, Liesbeth, geb. **Zander**, aus Santopp, Kreis Neidenburg, jetzt Boecker Straße 40, 45881 Gelsenkirchen, am 19. Juni

Pietruk, Ulrich, aus Stosnau, Kreis Treuburg, jetzt Bürgershof 15, 50769 Köln, am 18. Juni

Sailer, Erna, geb. **Ring**, aus Grünweide, Kreis Ebenrode, jetzt Eichendorffstraße 1, 75365 Calw, am 20. Juni

Schleicher, Gertrud, geb. **Roch**, aus Hirschwalde, jetzt Brunnenweg 9, 38170 Schöppenstedt, am 14. Juni

Schumacher, Joachim, aus Ebenrode, jetzt Margarethenweg 6, 58566 Kierspe, am 16. Juni

Sommerfeld, Joachim, aus Mortung, Kreis Mohrungen, jetzt Königsaal 2, 24616 Brokstedt, am 20. Juni

Trzaska, Siegfried, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, jetzt Hermann-Matern-Straße 24, 16816 Neuruppin, am 15. Juni

Zins, Rosemarie, aus Nassawen, Kreis Ebenrode, jetzt Malkendorferstraße 3, 23629 Sarkwitz, am 15. Juni



Bierwald, Alfred, und Frau Ruth, geb. **Kaufholz**, aus Groß Hasselberg, Kreis Heiligenbeil, jetzt Salbker Straße 12, 39120 Magdeburg, am 16. Juni

Koch, Paul und Frau Waltraut, geb. **Lenk**, aus Groß Hasselberg, Kreis Heiligenbeil, jetzt Auf dem Pickert 28, 47228 Duisburg, am 27. Mai



Krahnert, Siegfried, aus Saalfeld, Kreis Mohrungen, und Frau Hann, jetzt Bahnhofstraße 5, 29378 Wittingen, am 20. Juni

Neß, Gerhard Siegfried, aus Sisslack-Salwarschienen, Kreis Preußisch Eylau, und Frau Anneliese, geb. **Braun**, aus Braunsberg, jetzt Priggenkamp 14, 21680 Stade, am 17. Juni

Alle – auf den Seiten »Glückwünsche und Heimatarbeit« – abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Sommerfreizeit im Ostheim

Bad Pyrmont – Vom 1. bis 15. Juli 2010 bietet das Ostheim wieder die Sommerfreizeit für Senioren an. Freizeiten im Ostheim, das sind abwechslungsreiche und erholsame Urlaubstage in Bad Pyrmont. Die Angebote reichen vom morgendlichen Singen, über Seniorengymnastik, Dia- und Videoabende, Lesungen aus Werken ostpreußischer Dichter und Schriftsteller, Spaziergänge, Museumsbesuche und einen Halbtagesausflug bis zur heimatlichen Speisekarte am Mittag und Abend. Der unlängst als „Schönster Kurpark Deutschlands" ausgezeichnete Kurpark lädt zu Kurkonzerten, einem Bummel durch den größten Palmengarten nördlich der Alpen oder zum Ausprobieren des Wassertretbeckens und des Barfuß-Pfades ein. In der Hufeland-Therme können Sie die Meersalzgrotte genießen, in verschiedenen Saunen schwitzen oder das Wasser in verschiedenen Formen auf den Körper wirken lassen, auch ambulantes Kuren ist möglich. Bad Pyrmont selbst lädt mit seinen Sehenswürdigkeiten, Einkaufsmöglichkeiten, Cafés und Kulturangeboten zum Bummeln und Genießen ein. Die Stadt Bad Pyrmont und das Staatsbad bieten in dieser Zeit folgende Kulturangebote an: 11. Juli Shantychor im Kurpark und am 14. Juli „Zimmer frei", eine Lesung mit dem Schauspieler Jörg Schade im Kurtheater. Als kulturelles Schmankerl können Sie vom 2. bis 4. Juli 2010 den Historischen Fürstentreff, eine Reminiszenz an das geschichtlich belegte „Wundergeläuf", hautnah miterleben. So flanieren zum Beispiel Königin Luise, Königin Emma, Zar Peter und der „Alte Fritz" über die Hauptallee. Höhepunkt ist der große historische Umzug am Sonntag, dem 4. Juli 2010. Am letzten Abend feiert man gemeinsam Abschied, wobei jeder nach seinen Möglichkeiten besinnliche und lustige Beiträge beisteuern kann. Sie sind in einer Gemeinschaft mit ostpreußischen und ostdeutschen Landsleuten, in einer großen Familie. Diese 14-tägige Freizeit kostet im Einzelzimmer 658 Euro und im Doppelzimmer pro Person 567 Euro. Die Inklusivpreise beinhalten Vollpension, die Gästebetreuung und eine Halbtagesfahrt. Die Kurtaxe wird vom Staatsbad Bad Pyrmont separat erhoben.

Anfragen und Anmeldungen (Anmeldeschluss ist der 21. Juni 2010), diese bitte nur schriftlich, richten Sie an: Ostheim – Jugendbildungs- und Tagungsstätte, Parkstraße 14, 31812 Bad Pyrmont, Telefon (05281) 93610, Fax (05281) 936111, E-Mail: info@ostheim-pyrmont.de

Ortsänderung

Hamburg – Das Deutsche Sommerfest der Landsmannschaft Ostpreußen am 26. Juni findet in diesem Jahr in Hohenstein und nicht wie irrtümlich gemeldet in Allenstein statt. Nähere Informationen bei Christiane Rinser, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, Fax (040) 41400819 E-Mail: rinser@ostpreussen.de

VERANSTALTUNGSKALENDER DER LO

Jahr 2010

26. Juni: Deutsches Sommerfest der Landsmannschaft Ostpreußen in Hohenstein

24.–26. September: Geschichtsseminar in Bad Pyrmont

11.–17. Oktober: 56. Werkwoche in Bad Pyrmont

29.–31. Oktober: Seminar über Agnes Miegel in Bad Pyrmont

6./7. November: Ostpreußische Landesvertretung in Bad Pyrmont

8.–12. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont

Auskünfte bei der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Tel. (040) 4140080. Auf einzelne Veranstaltungen wird hingewiesen. Änderungen vorbehalten.

HÖRFUNK & FERNSEHEN

Sonnabend, 12. Juni, 19.10 Uhr, n-tv: Die Anschlagspläne auf Hitler.

Sonnabend, 12. Juni, 21.10 Uhr, n-tv: Die letzten Stunden der Berliner Mauer.

Sonnabend, 12. Juni, 21.45 Uhr, Arte: Verlorenes Land.

Sonnabend, 12. Juni, 23.05 Uhr, N24: Kamikaze für den Kaiser.

Sonntag, 13. Juni, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.

Sonntag, 13. Juni, 20.15 Uhr, Phoenix: Die Germanen – Barbaren gegen Rom; Die Varusschlacht.

Sonntag, 13. Juni, 23.05 Uhr, N24: Das UFO-Projekt der Nazis.

Montag, 14. Juni, 20.15 Uhr, Phoenix: Die Germanen – Entscheidung am Limes; Im Zeichen des Kreuzes.

Dienstag, 15. Juni, 20.15 Uhr, Phoenix: Hitlers Verbündete – Italien und Finnland (1/3).

Dienstag, 15. Juni, 21 Uhr, Phoenix: Die großen Diktatoren – Hitler (1/3).

Mittwoch, 16. Juni, 20.15 Uhr, Arte: 1939/40, ein Feldzug nach Frankreich.

Mittwoch, 16. Juni, 20.15 Uhr, Phoenix: Hitlers Verbündete (2/3).

Mittwoch, 16. Juni, 21 Uhr, Phoenix: Die großen Diktatoren – Stalin (2/3).

Mittwoch, 16. Juni, 22.05 Uhr, N24: Adolf Hitler – Wahn und Wahnsinn.

Donnerstag, 17. Juni, 20.15 Uhr, Phoenix: Hitlers Verbündete – Rumänien, Ungarn (3/3).

Donnerstag, 17. Juni, 21 Uhr, Phoenix: Die großen Diktatoren – Mao (3/3).

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 983883100.

Angerburger trauern um Wolfgang Laser – Erneut hat unsere Kreisgemeinschaft einen großen Verlust zu beklagen. Am 30. Mai verstarb nach längerer Krankheit vor Vollendung seines 89. Lebensjahres unser früheres Kreistagsmitglied Wolfgang Laser. Er wurde 1921 in Angerburg geboren und war von Beruf Bankkaufmann und als Prokurist in einem großen Autohaus tätig. Über viele Jahre hat er sich zusammen mit seinem Freund und Weggefährten Alfred Klerner um das Angerburger Zimmer im Honigspeicher auf dem Grundstück des Heimatbundes Rotenburg (Wümme) gekümmert. Dort werden Sammlungen zur Geschichte und Kultur unserer Heimat präsentiert. Dieser Aufgabe hatte er sich mit Herz und Verstand verschrieben und sich durch Sachkunde und Zuverlässigkeit ausgezeichnet. Die Erhaltung des kulturellen Erbes unserer Heimat für die Nachwelt war ihm ein großes Anliegen. Als Mitglied unserer Kreisvertretung von 1997-2009 hat Wolfgang Laser sich in heimatpolitischen und kulturellen Fragen besonders engagiert. Durch seine verbindliche und ausgeglichende Art genoss er in der Kreisvertretung der Kreisgemeinschaft hohes Ansehen. Sein vorbildlicher Einsatz für Angerburg und Ostpreußen wurde im Jahr 2001 mit der Verleihung des „Silbernen Ehrenzeichens der Landsmannschaft Ostpreußen“ gewürdigt. Mit Wolfgang Laser haben wir eine prägende Persönlichkeit verloren. Wolfgang Laser wird uns stets in Erinnerung bleiben als sympathischer Mensch und heimattreuer Angerburger. Sein Wirken in unserer Gemeinschaft wird unvergessen bleiben. Unser Mitgefühl gilt seiner Frau und seiner Familie.



BARTENSTEIN

Kreisvertreter: Christian v. der Groeben, Ringstraße 45, 97950 Großrinderfeld, Telefon (09349) 929252, Fax (09349) 929253, E-Mail: csgroeben@gmx.de.

Vorstandssitzung – Zu einer zweitägigen Arbeitssitzung war der erweiterte Vorstand der Heimatkreisgemeinschaft am 6. und 7. Mai in der Patenstadt Nienburg zusammengekommen. Ausführlich und ohne Zeitdruck konnte daher die vorgesehene Tagesordnung behandelt werden: Immer wieder wird aufgerufen, interessante Beiträge und Bilder für „Unser Bartenstein“ zu liefern, einige notwendige Ergänzungen und Aktualisierungen für die Homepage www.hkg-bartenstein.de wurden vorgeschlagen. Vor Ort wurden der Zustand der Heimatstube in Augenschein genommen und dem neuen Betreuer Manfred Eckert Dank ausgesprochen sowie Vorschläge für die Zukunft erarbeitet. Das Programm für das Kreistreffen Anfang September wurde festgelegt; danach beginnt das zweitägige Treffen am Sonnabend, 4. September um 10 Uhr, gleichzeitig soll die Heimatstube geöffnet sein. Nachmittags sind diverse Beiträge und Vorführungen geplant, und am Sonntag, 5. September um 9 Uhr Kranzniederlegung mit Andacht, danach ist von 10 bis 14 Uhr (bei sicherlich schönem Wetter) eine gemeinsame Weserfahrt angemeldet. Näheres dazu wird in der Sommerausgabe von „Unser Bartenstein“ erläutert. Ausführlich wird natürlich noch über die inzwischen ausgebuchte Reise nach Bartenstein und Masuren vom 3. bis 13. Juni gesprochen sowie über die Vorhaben vor Ort. Auch darüber wird beim Kreistreffen im September zu berichten sein.



GOLDAP

Kreisvertreter: Stephan Grigat, Telefon (05231) 37146, Fax (05231) 24820, Heidentalstraße 83, 32760 Detmold. Geschäftsstelle: Annelies Trucewitz, Hohenfelde 37, 21720 Mittelnkirchen, Telefon (04142) 3552, Telefax (04142) 812065, E-Mail: museum@goldap.de. Internet: www.goldap.de.

Dorftreffen der Dorfgemeinschaft Szielasken/Babken (Hallenfelde / Steinbrück) – Vom 13. bis 16. Juni 2010 in der Nordseeakademie Leck / Schleswig-Holstein. Nähere Informationen: Dieter Mau, Hinter den Kämpen 2, 58730 Fröndenberg, Telefon (02378) 3663, E-Mail: dimau-froem@t-online.de.

Goldaper Sommerfest 2010 – Am 10. Juli 2010, 14 Uhr, im Hotel Lesny Zakatek am Goldaper See (ehemals Kummetschen), Goldap. Nähere Informationen: Annelies Trucewitz, Telefon (04142) 3552.



JOHANNISBURG

Kreisvertreter: Dr. Manfred Solenski, Fichtenstraße 14, 26316 Varel, Telefon (04451) 4581, Fax (04451) 9189298, E-Mail: solenski@kreis-johannisburg.de. Schriftführerin: Ingelore Friedrich, Hitzackerweg 1, 30625 Hannover, Telefon (0511) 578649, E-Mail: friedrich@kreis-johannisburg.de, Internet: www.kreis-johannisburg.de

Die Kreisgemeinschaft trauert – Die Kreisgemeinschaft trauert um Kurt Zwikla, der, 1925 in Misken geboren, am 26. Mai 2010 verstorben ist. Seine Eltern starben auf der Flucht, er selbst wurde als Soldat auf der Krim schwer verwundet. Nach einer Kaufmannslehre war er nach dem Krieg beruflich im Maurerhandwerk – zuletzt als Polier – tätig. Er ließ sich mit seiner ihn stets unterstützenden, engagierten Frau Maria in Neuss nieder, wo die Familie fortan wohnte. Ab 1952 begann er innerhalb der Kreisgemeinschaft Johannisburg die Treffen seines Heimatortes Misken zu organisieren und war bei den Hauptkreistreffen eingebunden. 1978 bereits begannen die fast 30 Jahre regelmäßig stattfindenden Busfahrten nach Masuren, die unter seiner Leitung bekannt und sehr beliebt waren. Unter seinem Vorsitz (ab 1983) begann für die 1982 gegründete Kreisgruppe Neuss ein reges, in Heimatliebe und Heimattreue verankertes Leben, das auch in der ostpreußischen Heimat die Herkunft bezeugte (Kulturfahrt 1995). Im Kreisausschuss der Kreisgemeinschaft war Kurt Zwikla als Kirchspielvertreter für Drigelsdorf (Drygallen) tätig, ebenso später im Kreistag. 1990 erhielt er das Bundesverdienstkreuz für drei Jahrzehnte geleistete ehrenamtliche Tätigkeit für die Heimatvertriebenen. Ort für die Verleihung war die ostdeutsche Heimatstube in Neuss. Dank seiner Beharrlichkeit bei polnischen Stellen konnte im Juli 1994 der erste einer Reihe von zweisprachigen Gedenksteinen auf den Friedhöfen in Drygallen, Gehlenburg, Gehsen und Großdorf eingeweiht werden. Auf dem Hauptkreistreffen der Kreisgemeinschaft am 8. September 2002 erhielten Kurt und Maria Zwikla die Ehrenspange mit Urkunde der Kreisgemeinschaft Johannisburg. Mit der Verleihung des Ehrenzeichens und später des Goldenen Ehrenzeichens der Landsmannschaft Ostpreußen wurde Kurt Zwikla für seine außergewöhnlichen Leistungen und seinen Einsatz für Ostpreußen gewürdigt. Dank seiner ab 1985 erfolgten Einsendungen von Fotomaterial, Erinnerungen, Geschichten, Gedichten und Berichten ist er allen Lesern der Johannisburger Heimatbriefe gut bekannt. Besonders sein langes Gedicht „Ein kleiner Lorbas – Wunsch und Sehnsucht eines Miskers“ lässt den Leser Kurt Zwiklas Liebe zur Heimat und den Schmerz über deren Verlust deutlich empfinden. Erzählungen wie „Vater in Russland“, „Mutter auf dem Pferdemarkt“ oder „Misker Gold“ lassen die Vergangenheit aufleben. Zukunftsgewandt dagegen sind seine Aktivitäten zur Errichtung von Kinderspielplatz und Sportstätte in Misken. Für sein geliebtes Heimatdorf verfasste er zur 550-jährigen Wiederkehr der Dorfgründung eine Chronik, die auch ins Polnische übersetzt wurde. Sein Lebenswerk mag unter der Aufforderung stehen: „Vergesst den deutschen Osten nicht!“ Wir finden diesen Satz auf dem 1988 auf seine Initiative hin errichteten ostdeutschen Gedenkstein auf dem „Platz der deutschen Einheit“ in der Innenstadt von Neuss. Dort erklingen zweimal täglich vom Glockenspiel ostdeutsche Melodien. Die Kreisgemeinschaft Johannisburg dankt Kurt Zwikla für alles, was er mit Herz und großem persönlichen Einsatz für seine ostpreußische Heimat getan hat. Unser Mitgefühl gilt seiner Familie.

LÖTZEN

kom. Kreisvertreter: Siegfried Koyro, Hachmeisterstraße 20, 31139 Hildesheim, Telefon / Fax: (05121) 924096, Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: avus.eichler@freenet.de

Tag der offenen Tür – Sonnabend, 19. Juni, von 10 bis 16 Uhr Tag der offenen Tür im Heimatmuseum der Kreisgemeinschaft Lötzen in ihrer Patenstadt Neumünster, Brachenfelder Straße 23 (alte Schule unweit des Rathauses). Zu sehen ist, neben der Dauerausstellung in vier Räumen, die Sonderausstellung „Die große Flucht 1944/45 in grafischen Bildzeugnissen ostpreußischer Künstler“. Um 16.15 Uhr ebenfalls dort die Veranstaltung „Aus unserem Archiv – Die Tagebücher der Henriette Schneider (geb. 1872 in Rostken / Kreis Lötzen), 1913 bis 1947“, ein Vortrag von Dr. Bernhard Pietrass, Hohentengen. Eintritt frei.

56. Werkwoche

Hamburg – Unter der Leitung der Bundesvorsitzenden der ostpreußischen Frauenkreise, Uta Lüttich, findet vom 11. bis 17. Oktober 2010 im Ostheim in Bad Pyrmont die 56. Werkwoche statt. Es werden wieder folgende Arbeitsgruppen angeboten: Musterstricken, Kreuz- und Weißsticken, Trachtennähen sowie Weben, Doppelweben und Knüpfen. Besonders würden wir uns über eine Teilnahme von jüngeren Interessierten freuen. Die Seminargebühr beträgt 120 Euro, darin enthalten sind Vollverpflegung und Unterbringung im Doppelzimmer. Einzelzimmer stehen nur in begrenztem Umfang zur Verfügung, der Zuschlag beträgt 6 Euro pro Nacht. Fahrkosten werden nicht erstattet.

Nähere Informationen und Anmeldeformulare erhalten Sie bei der Landsmannschaft Ostpreußen, Christiane Rinser, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, Fax (040) 41400819, E-Mail: rinser@ostpreussen.de



LYCK

Kreisvertreter: Gerd Bandilla, Agnes-Miegel-Straße 6, 50374 Erftstadt-Friesheim. Stellvertreter und Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim. Kreisältester: Alfred Masuhr, Reinickendorfer Straße 43a, 22149 Hamburg.

Ulrich Hasenpusch † – Am 25. Mai 2010 verstarb unerwartet und plötzlich Ulrich Hasenpusch. Er war am 18. April 1940 in Lyck geboren. Noch am 20. Juni dieses Jahres wollte er seine Heimatstadt besuchen. Der Tod kam ihm zuvor. Ulrich Hasenpusch war seit dem 24. August 2002 Mitglied des Kreisausschusses der Kreisgemeinschaft Lyck. Er war zuständig für die Protokollführung, den Buchversand und für das Regionaltreffen Nord in Lübeck. Es wird nicht leicht sein, ihn zu ersetzen. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Seiner Frau Inge gebührt unser herzliches Mitgefühl.

Lazarus-Sozialstation in Lyck – Kreisvertreter Gerd Bandilla hatte es nach dreijährigem Bemühen geschafft, dass am 2. April 2002 in Lyck die Lazarus-Sozialstation gegründet wurde. Erster Vorsitzender des Trägervereins wurde der evangelisch-methodistische Pfarrer Marian Sontowski. In einer Übergangszeit (nachdem Pfarrer Sontowski in die USA ausgewandert war) wurde die Sozialstation von Pfarrer Jerzy Polak und Marek Hydel geleitet. Im Jahre 2006 geriet die Sozialstation in eine Führungskrise. Dem Kreisvertreter war es gelungen, den Caritas-Direktor Pfarrer Dariusz Kruczynski für die Leitung der Sozialstation zu gewinnen. Seitdem ist die Sozialstation in guten Händen. Im Jahre 2009 beschäftigte die Sozialstation zwei Krankenschwestern, sieben Pflegerinnen, eine Übungsleiterin für die Rehabilitation und eine vollzeitbeschäftigte Verwaltungskraft. Das Jahr 2009 schloss mit einem Überschuss von 4507,69 Zloty ab. Am 11. Mai 2010 hat eine Mitgliederversammlung stattgefunden. Der Vorstand wurde verkleinert. Vorsitzender bleibt Dariusz Kruczynski, Sekretär wurde Günter Druba (aus Rosenheide stammend) und Schatzmeister Zygmunt Kalmucki. Gerd Bandilla schied nach achtjähriger Zugehörigkeit aus dem Vorstand.



SCHLOSSBERG (PILLKALLEN)

Kreisvertreter: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle/Saale. Geschäftsstelle: Renate Wiese, Tel. (04171) 2400, Fax (04171) 24 24, Rote-Kreuz-Straße 6, 21423 Winsen (Luhe).

Liebe Schloßberger Landsleute! – Herzlich willkommen in der Stadthalle Winsen (Luhe) zum diesjährigen Schloßberger Hauptkreistreffen. Wir hoffen, Sie hatten eine gute, stressfreie Anreise und können nun entspannt unser Programm zum Treffen genießen, von dem wir weiterhin hoffen, dass es Ihren Erwartungen entspricht. Wir hoffen auch, dass Sie viele Freunde und Verwandte treffen und schöne Gespräche führen können. Ihr Besuch ehrt uns! Bleiben Sie uns auch weiterhin gewogen! Schon auf diesem Wege dürfen wir uns für Ihre Mitarbeit bei unserer Umfrage per Postkarte aus dem Heimatbrief Nr. 48 bedanken. Das vorläufige Ergebnis werden wir im Verlauf der öffentlichen Kreistagssitzung bekannt geben. Vor einigen Tagen endete unsere diesjährige Busreise in das nördliche und südliche Ostpreußen mit 42 überaus zufriedenen Gästen, darunter auch ein norwegisches Ehepaar und eine Japanerin. Neben den „Ausländern“ und zahlreichen „Nichtostpreußen“ gehörten zur Reisegruppe 14 Mitreisende, die noch in Ostpreußen geboren waren, zehn davon im Kreis Schloßberg, und weitere sechs Mitreisende hatten Schloßberger Vorfahren. Die Schloßberger und Schloßberger-Nachkommen hatten Gelegenheit, an einem freien Tag mit von der Reiseleitung vorbestellten Taxis mit deutschsprachigen, ortskundigen Fahrern ihre Heimatorte zu besuchen. Begeistert berichteten diese am Abend von ihren Erlebnissen. Der Rest der Reisegesellschaft verbrachte den freien Tag (Pfingstsonntag) mit einer Rundreise nach Trakehnen und Schloßberg mit Besuch des Privatmuseums des Baggerfahrers Sergej. An der neuen Ziegelei in Langenfelde, erbaut bis Ende 2009, wurde eine Pause eingelegt. Hier konnte man unschwer feststellen, dass die Anfang des Jahres begonnene Produktion wohl gut angelaufen ist. Da aber unüberschaubare Mengen von eingeschweißten Ziegel-Paletten auf allen nur möglichen freien Plätzen rund um die Ziegelei gelagert waren, ist davon auszugehen, dass infolge der Wirtschaftskrise zum Start der Absatz der Ziegel schwierig ist oder nicht in den richtigen Bahnen läuft. Da kann man nur hoffen, dass sich das schnell ändert! Von dort ging die Fahrt weiter in das Storchendorf Breitenstein, wo ausgiebig besetzte Storchennester fotografiert wurden. Auch das Museum in der Oberschule in Breitenstein wurde besichtigt.

Zu der im Heimatbrief Nr. 48 – „Sonderausgabe“, aufgemacht als Einladung zu unserem Hauptkreistreffen in Winsen (Luhe) am 12. und13. Juni 2010, angekündigten Busreise 2011 nach Nord- und Südostpreußen sowie nach Nidden und Memel mit Rückreise per Fähre von Memel nach Kiel musste wegen der Fährtermine und aus Rücksicht auf das Deutschlandtreffen der Ostpreußen vom 28. bis 29. Mai 2011 in Erfurt, der Termin vorverlegt werden. Die Reise wird nun vom 8. bis 19. Mai

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 17

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 16

2011 stattfinden. Es haben sich schon viele Interessenten gemeldet beziehungsweise auch angemeldet. Wer also 2011 dabei sein will, sollte sich schon kurzfristig einen Platz sichern über Jörg Heidenreich, Bockwischer Weg 22, 25569 Kremperheide, Telefon (04821) 8881580, Fax (04821) 8881581, E-Mail: joergheidenreich@gmail.com Unter dieser Anschrift / Telefonnummer kann auch das „vorläufige“ Programm angefordert werden.



SENSBURG

Kreisvertreter: Siegbert Nadolny, Wasserstr. 9, 32602 Vlotho, Tel. (05733) 5585. Geschäftsstelle: „Sensburger Zimmer“, Stadtverwaltung Remscheid, Kreuzbergstr. 15, 42849 Remscheid.

58. Treffen der Schülergemeinschaft Oberschule Sensburg – Renate Pasternack schreibt dazu: Seit über 60 Jahren findet alljährlich ein Treffen der Schülergemeinschaft Oberschule Sensburg statt. Und seit 1973 ist Willingen im Sauerland der Treffpunkt. Auch 2010 haben sich in der letzten Aprilwoche dort im Waldecker Hof immerhin noch 35 Teilnehmer eingefunden. Mehr als doppelt so viele Mitglieder unserer Gemeinschaft, die nicht mehr nach Willingen reisen können, bekunden ihre Verbundenheit und schickten Grußbotschaften, die während des Treffens weitgehend beantwortet wurden. Wie in jedem Jahr gedachten wir unserer Verstorbenen. Voll guter Laune genossen wir an den Abenden das Zusammensein mit den Freunden. Von Jahr zu Jahr erleben wir diese immer kleiner werdende Gemeinschaft bewusster und intensiver. Folgerichtig gab es vor dem Abschied nehmen den einstimmigen Beschluss, dass wir uns im kommenden Jahr, vom 3. bis 5. Mai 2011, wieder in Willingen treffen wollen.

8. Kirchspieltreffen Sorquitten – Kirchspielvertreter Manfred Buchholz berichtet: Anfang Mai fand das 8. Sorquitter Kirchspieltreffen, das zugleich das 15. Treffen der Ortsgemeinschaft Heinrichshöfe, Rudowen und Heinrichsdorf war, im altbewährten Hotel Haus Rasche-Neugebauer in Bad Sassendorf statt. Auf den Tag genau, 65 Jahre nach Kriegsende, versammelten sich die Sorquitter Landsleute, um sich erneut daran zu erinnern, dass sie zur Vertriebenengeneration gehören. Ihnen wurde abermals bewusst, dass ihre Vertreibung auch 65 Jahre nach dem 8. Mai 1945 ein Unrecht ist. Gleich einer Entrüstung nahmen sie die beschwörenden Worte der Festrede wahr: „... so bleibt in unserem Gedächtnis eingraviert; Millionen Menschen wurden ihrer Heimat beraubt.“ Daher lautet das Motto des Tages: „Die Erinnerungen an die Heimat muss bleiben.“ In den weiteren Ausführungen der Ansprache kam das eindeutig zum Ausdruck. Was wir als Kinder oder Jugendliche in der Heimat und mit der Heimat erlebt haben, kann uns niemand aus dem Gedächtnis streichen. Wie wenn wir es selbst tun wollten, würden wir etwas Furchtbares begehen. Die erfahrene Anfangsliebe der Mutter und des Vaters würden wir verleugnen. Die Erde, auf der wir den Anfang unseres Daseins erlebten – in Gehland, Pustnick, Heinrichshöfen, Sorquitten oder bereits in einem Ort im Kreis Treuburg –, diese Erde würde nachträglich mit Füssen getreten. Ein absoluter Höhepunkt in der Erinnerung an die Heimat war deshalb der gezeigte Videofilm „Bilder aus dem Kreis Sensburg“ von Martin Kostka. Er zog die Zuschauer in seinen Bann und weitete ihnen den Blick für die Schönheiten der verlorenen Heimat. – Auch hinsichtlich unserer Nachkommen nahmen die Teilnehmer tröstliche Worte mit in den Alltag. „Wenn es so ist, dass die jüngere Generation sich derzeit herzlich wenig für das Land interessiert, wo wir einst zu Hause waren, so muss uns das nicht entmutigen. Unser Zeugnis, unsere Erzählungen über die Heimat waren und sind Aussaat. Und die Früchte werden reif sein, wenn unsere Nachkommen in ferner Zukunft ein Interesse an der masurischen Heimat entdecken.“ Es war eine gute Entscheidung, das Kirchspieltreffen schon ein Jahr zuvor anzuberaumen. Die rege Teilnahme hat das bestätigt. So war das Treffen 2010 ein Beweis dafür, dass wir damit in guter Tradition stehen. Die Begegnungen sind weiterhin erwünscht und werden auch künftig erwartet.

Landsmannschaftliche Arbeit
Landesgruppen



BUND JUNGES OSTPREUSSEN

Vorsitzender: Stefan Hein, Gst.: Buchtstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080, E-Post: schmelter@ostpreussen-info.de, www.ostpreussen-info.de.

BJO – 21. bis 30. Juli, **Memelland-Sommerfahrt**. Der nördlichste Teil Ostpreußens, das Memelland, steht in diesem Jahr im Mittelpunkt. Genau genommen wird man die Nächte zwischen Heydekrug und Saugen – in Szameitkehmen – verbringen. – 31. Juli bis 8. August, **BJO-Paddeltour durch Masuren**. Die Anreise erfolgt in Kleinbussen beziehungsweise im Pkw von Ansbach oder Würzburg aus. Jeder sollte die Gelegenheit nutzen und die Natur Südostpreußens in ihrer ganzen Schönheit erleben! – 23. bis 29. August, **Mehrgenerationenreise** durch Pommern, Westpreußen und das südliche Ostpreußen. Das Kennenlernen der natürlichen Schönheit des Landes im Osten (Pommern – Westpreußen – südl. Ostpreußen) ist zentrales Anliegen der Fahrt, welche sich an Mitglieder der Erlebnisgeneration samt ihren Kindern und Enkeln richtet.

BJO-West – Sonnabend, 10. Juli, Regionalversammlung des BJO-Regionalverbandes West und Flugblattaktion zur Volksabstimmung von 1920. – Sonntag, 11. Juli, 11 Uhr, Kleines Ostpreußentreffen auf Schloss Burg bei Solingen am 90. Jahrestag der Volksabstimmung im südlichen Ostpreußen (11. Juli 1920). Beginn der Veranstaltung: 11 Uhr; Beginn der Kundgebung: 14 Uhr.



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

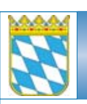
Buchen – Mittwoch, 16. Juni, 11.45 Uhr, Teilnahme an der Backvorführung der Firma Maas in Grünsfeld mit zwölf Personen. Die Abfahrt erfolgt bei den jeweiligen Pkw-Fahrern. Nähere Informationen unter Telefon (06281) 8137. – Mittwoch, 23. Juni, 11.45 Uhr, Teilnahme an der Backvorführung der Firma Maas in Grünsfeld mit zwölf Personen. Die Abfahrt erfolgt bei den jeweiligen Pkw-Fahrern. Nähere Informationen unter Telefon (06281) 8137.

Ludwigsburg – Dienstag, 22. Juni, 15 Uhr, Stammtisch in den „Kronenstuben“, Kronenstraße 2.

Reutlingen – Sonnabend, 16. Juni, 8 Uhr, alter Busbahnhof-Reutlingen, Abfahrt zum Jahresausflug der Gruppe nach Schwäbisch Hall. Dort Stadtführung mit der Kulturreferentin Ursula Gehm. Mittagessen in Schwäbisch Hall. Anschließend Weiterfahrt zum Schloss Langenburg, wo die Teilnehmer Gelegenheit zum Kaffeetrinken haben. Voraussichtliche Rückkehr: 19.30 Uhr. Es sind noch Plätze frei. Anmeldungen bei Ilse Hunger, Telefon (07121) 52541.

Stuttgart – Dienstag, 15. Juni, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe mit Uta Lüttich im Haus der Heimat, kleiner Saal. Thema: „Freiheit, die ich meine – bedeutende ostpreußische Persönlichkeiten“.

Ulm / Neu-Ulm – Sonnabend, 19. Juni, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe zum Schabbernachmittag in den „Ulmer Stuben“.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Ansbach – Sonnabend, 19. Juni, 8 Uhr, Ausflug nach Bad Wörishofen. Abfahrt um 8 Uhr vom Schloßplatz. Anmeldungen bei Frau Bauer.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

Bamberg – Mittwoch, 16. Juni, 15 Uhr, Gruppe in der Gaststätte Tambosi, Promenade. Thema: Die preußische Bauernbefreiung.

Hof – Sonnabend, 12. Juni, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Restaurant am Kuhbogen. Christian Joachim gibt einen Bericht von der Ostpreußenreise.

Ingolstadt – Sonntag, 20. Juni, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im Gasthaus Bonschab, Münchner Straße 8, Ingolstadt.

München Nord/Süd – Freitag, 11. Juni, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München. – Sonnabend, 26. Juni, 14.30 Uhr, Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München. Vortrag von Hans-Otto Kößler: „Preußisch Holland, meine Stadt in Westpreußen, und die Heimat meiner Kinderjahre". Zu Beginn gemeinsame Kaffeetafel.

Nürnberg – Freitag, 11. Juni, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im „Tucherbräu" am Opernhaus. Pfarrer Plorin berichtet über die 15-jährige Patenschaft der Kirchengemeinde in Heroldsberg mit der Gemeinde Laukischken (Saransk).

Rosenheim – Sonntag, 20. Juni, 11 Uhr, Heimatkreuz in Au (Auer Berg), Fahrdienst wird angeboten, Treffpunkt hierzu um 10 Uhr am Bauernhof. – Mit einer nahezu unveränderten Vorstandschaft geht die Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Ortgruppe Rosenheim, in die kommenden beiden Vereinsjahre. Dies ergab vor kurzem die Mitgliederversammlung beim Gasthof Höhensteiger in Westerndorf St. Peter. Vereinsvorstand Reinhard August konnte zur Jahreshauptversammlung mit Neuwahlen unter den zahlreichen Mitgliedern auch besonders Hannsjürgen Kudczinski, Landmannschafts-Vorsitzender des Bezirks Oberbayern, und Alexander Bock, Kreisverbandsvorsitzender Rosenheim vom Bund der Vertriebenen, sowie Jürgen Popp, Vorsitzender der Kameradschaft, Freikorps Oberland, begrüßen. Bei seinem kurzen Jahresrückblick berichtete der Vorsitzende unter anderem auch von drei neuen Mitgliederaufnahmen. Im Anschluss daran stellte Kassiererin Irene Kuhnigk einen soliden Kassenstand vor. Unter der Leitung des Bezirksvorsitzenden Kudczinski wurden die folgenden Neuwahlen durchgeführt. Reinhard August wird auch weiterhin erfolgreich als Erster Vorsitzender die Geschicke des Vereins leiten. Als Zweite Vorsitzende wurde Marianne Lexuth gewählt. Kassiererin bleibt Irene Kuhnigk. Neu gewählt wurde Brigitta Neuwirth als Schriftführerin. Das Amt des Kulturwartes übernimmt Horst Lexuth. Das Amt der Leiterin der Frauengruppe wurde nicht mehr neu besetzt. Im Anschluss an die Neuwahlen beschlossen die Vereinsmitglieder noch eine moderate Anpassung des Jahresbeitrages ab 2011. – Anlässlich des traditionellen Monatstreffens der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Ortsgruppe Rosenheim, Ende Mai beim Gasthaus Höhensteiger in Westerndorf St. Peter (bei Rosenheim) berichtete der Vereinsvorsitzende Reinhard August über den „Gedenktag der Flucht und Vertreibung", der Anfang Mai am Vertriebenenkreuz auf dem Friedhof in Rosenheim abgehalten wurde. Der Einladung von Alexander Bock, Vorsitzender des Rosenheimer Kreisverbandes des Bundes der Vertriebene, waren zahlreiche Personen gefolgt. Dazu gehörten Vertreter der ehemaligen Gebiete Schlesien, Sudetenland und Böhmerwald wie auch eine Delegation der Krieger- und Soldatenkameradschaft Rosenheim mit ihrem Vorsitzenden Werner Zimmermann an der Spitze. Bei der Gedenkfeier am Vertriebenenkreuz sprach Professor Gottfried Schubert Worte des Gedenkens und der Mahnung. Im Anschluss daran gab August schließlich noch einige Jahrestermine bekannt (siehe Terminkalender). Die monatliche Zusammenkunft klang am Nachmittag mit einem lockeren Vortrag des Rosenheimer Ortsgruppenvorsitzenden aus. August berichtete dabei in geselliger Art über seine verschiedenen Erfahrungen und Erlebnisse von zahlreichen Reisen, die ihn in das nordöstliche Gebiet von Ostpreußen führten.

Weißenburg-Gunzenhausen – Sonnabend, 19. Juni, 8.30 Uhr, Ausflug nach Bad Wörishofen zusammen mit der Gruppe Ansbach. Dort Besuch des Kneipp-Museums und des Königsberger Cafés Schwermer. Abfahrt 8.30 Uhr Gunzenhausen, 9 Uhr Ellingen, 9.15 Uhr Weißenburg. Anmeldung erbeten bei Lm. Kösling, Telefon (09831) 611665.

Ostpreußische Mundart

Lüneburg – „Woher kommen die Marjellchens?" – eine heitere Lesung in ostpreußischer Mundart mit Herbert Tennigkeit, am Mittwoch, 16. Juni, 19.30 Uhr, im Ostpreußisches Landesmuseum, Ritterstraße 10, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 759950, Eintritt: 5 Euro (ermäßigt: 4 Euro). Nach seiner weihnachtlichen Lesung im Dezember 2009 kehrt Herbert Tennigkeit im Juni in das Ostpreußische Landesmuseum nach Lüneburg zurück. In seinem Sommerprogramm liest er wieder Kurzgeschichten, Gedichte und Anekdoten von berühmten ostpreußischen Autoren wie Siegfried Lenz. Aber auch Texte von weniger bekannten Schriftstellern befinden sich in Tennigkeits Programm.



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-blv.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Rastenburg – Sonntag, 13. Juni, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus, Rohrdamm 24 b, 13629 Berlin. Anfrage: Martina Sontag, Telefon (033232) 21012.



Bartenstein – Sonnabend, 26. Juni, 14.30 Uhr, Rathaus Zehlendorf, Kirchstraße 1-3, 14153 Berlin, (S-Bahn Zehlendorf). Anfragen: Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 250929, Fax (0421) 250188, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Günter Högemann, Am Heidberg 32, 28865 Lilienthal Telefon (04298) 3712, Fax (04398) 4682 22, E-Mail: g.hoegemann@-online.de

Bremen – Die Gruppe bietet zusammen mit JWD-Reisen eine Zwei-Tages-Busfahrt an. Termin: 7. bis 8. August 2010, Reiseverlauf: 7. August: 8.30 Uhr Abfahrt vom ZOB Bremen, 10.30 Uhr bis zirka 12.30 Uhr Besichtigung der Ausstellung „Luise – Mythos und Leben" im Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg, 12.30 bis 14 Uhr Mittagspause (Restaurant Krone, Mittagessen ist nicht im Reisepreis enthalten!), Weiterfahrt nach Potsdam, zirka 17.30 Uhr Ankunft in Potsdam im zentral gelegenen Art'otel in Potsdam, Zeppelinstraße 136 – der Abend steht zur freien Verfügung. 8. August: Frühstück im Art'otel, 10 Uhr Abfahrt nach Paretz, 10.40 Uhr bis 11.40 Führung durch die Ausstellung „Luise. Die Kleider der Königin", anschließend individuelle Besichtigung des Parks im Schloss Paretz, Mittagspause bis 14 Uhr, anschließend Rückfahrt nach Bremen, zirka 20 Uhr Ankunft in Bremen, ZOB. Leistungen: Hin- und Rückfahrt im modernen Reisebus, eine Übernachtung mit Frühstück im Vier-Sterne-Art'otel in Potsdam, Eintritt und Führungen, Mindestteilnehmerzahl: 25 Personen – Anmeldeschluss: 18. Juni 2010, Preis pro Person: im DZ 99 Euro, im EZ 115 Euro. Nähere Informationen ab sofort in der Geschäftsstelle der Gruppe in der Parkstraße 4, 28209 Bremen, Telefon (0421) 3469718.

Bremerhaven – Freitag, 25. Juni, 14.30 Uhr, Sommerfest der Gruppe im „Barlachhaus". – Für den Zeitraum vom 6. bis 13. August ist eine Reise nach Nikolaiken und Elbing geplant. Besucht werden Stargard, Deutsch-Krone, Schneidemühl (1x Übernachtung), Bromberg, Thorn, Sensburg (3x Übernachtungen), Nikolaiken, Kruttinnen, Eckertsdorf, Lötzen, Steinort, Rastenburg, Bartenstein, Frauenburg, Cadinen, Elbing (2x Übernachtungen), Oberländischer Kanal, Buchwalde, Marienburg, Tiegenhof, Danzig, Karthaus, Stolp, Köslin (1x Übernachtung), Naugard, Stettin und Kolbitzer (Grenze). Die Reise kostet pro Person 799 Euro / DZ beziehungsweise 985 Euro / EZ. Anmeldungen ab sofort bei Klaus Eichholz, Telefon (04744) 5063, oder Bernhard Tessarzik, Telefon (04703) 1612.

Alle – auf den Seiten »Glückwünsche und Heimatarbeit« – abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Agnes Miegel-Seminar

Hamburg – „Agnes Miegel – Neue Mosaiksteine zu ihrem Leben und Werk" lautet das Thema der diejährigen Seminarveranstaltung vom 29. bis 31. Oktober 2010 im Ostheim, Bad Pyrmont. Das BKM-geförderte Seminar steht unter der Leitung von Dr. Marianne Kopp, Erste Vorsitzende der Agnes-Miegel-Gesellschaft e.V., und Christiane Rinser, Landsmannschaft Ostpreußen e.V. Dr. Marianne Kopp spricht über Miegels Briefe an Lulu Diederichs und ihre Plaudereien über die ostpreußische Küche. Zu den frühen Gedichten mit jüdischer Thematik bei Börries von Münchhausen und Agnes Miegel referiert Dirk Herrman, Sebastian Harms Bolte zieht Parallelen zwischen Christina Rossetti und Agnes Miegel. Ihrer Haltung im Dritten Reich widmet sich Dr. Bodo Heitmann. Dr. Ursula Seibt thematisiert die Aufnahme in den „Orden deutscher Dichter und Dichterinnen". Annemete von Vogel interpretiert Miegels Dichtung und Dr. Rudolf Muhs schildert ihre Gratwanderung zwischen Feminismus und Nationalismus. Die Seminargebühr beträgt 75 Euro, darin enthalten: Vollverpflegung und Unterbringung in Doppelzimmern. Einzelzimmer, für einen Zuschlag von 6 Euro pro Nacht, stehen nur im begrenzten Umfang zur Verfügung.

Anmeldeunterlagen und nähere Informationen erhalten Sie bei Landsmannschaft Ostpreußen, Christiane Rinser, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, Fax (040) 41400819, E-Mail: rinser@ostpreußen.de



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

HEIMATKREISGRUPPEN



Elchniederung – Mittwoch, 16. Juni, 15 Uhr, Sommerfest der Gruppe mit Wiederholung der Wahl, ETV Stuben, Bundesstraße 96, Ecke Hohe Weide, Nähe U-Bahnstation Christuskirche. Nach dem Kaffee wird in gemütlicher Runde mit Vorträgen und frohen Liedern der Sommer empfangen werden. Freunde und Gäste sind herzlich willkommen. Der Eintritt beträgt 2 Euro.



Heiligenbeil – Sonnabend, 26. Juni, 14 Uhr, Sommerfest der Gruppe im Seniorentreff der AWO, Bauerbergweg 7, Hamburg. Hierzu sind alle Mitglieder und Freunde der Gruppe herzlichst eingeladen. Bei Kaffee und Kuchen, in geselliger Runde sollen zusammen einige fröhliche Stunden verbracht werden. Der Kostenbeitrag für Kaffee und Kuchen beträgt 5 Euro. Es wird der Videofilm „Romantisches Masuren – Land der 1000 Seen" gezeigt. Sie erreichen den Seniorentreff mit der Buslinie 116, ab den U-Bahnstationen Hammer Kirche, Billstedt oder Wandsbek Markt. Anmeldung bei Konrad Wien, Telefon (040) 30067092, bis zum 25. Juni.



Osterode – Sonnabend, 19. Juni, 12.30 Uhr, Treffen der Gruppe zum Spanferkelessen im Restaurant Rosengarten, Alster-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 19

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 18

dorfer Straße 552, Hamburg-Ohlsdorf. Der Preis pro Person beträgt 15 Euro. Anmeldungen und Überweisung des Geldbetrages bis zum 5. Juni nehmen Marlies und Günter Stanke, Dorfstraße 40, 22889 Tangstedt, Telefon (04109) 9017, entgegen.



Sensburg – Sonntag, 20. Juni, 15 Uhr. Treffen der Gruppe zum gemütlichen Beisammensein im Polizeisportheim, Sternschanze 4, 20357 Hamburg. Gäste sind herzlich willkommen.

BEZIRKSGRUPPE

Billstedt – Dienstag, 6. Juli, 14.30 Uhr, Kulturveranstaltung der Gruppe im Café Winter, Möllner Landstraße 202, 22120 Hamburg, nahe Bahnstation U3 Steinfurter Allee. Gäste sind herzlich willkommen. Nähere Informationen bei Amelie Papiz, Telefon (040) 73926017.

Harburg/Wilhelmsburg – Montag, 28. Juni, 15 Uhr, Heimatnachmittag der Gruppe im Gasthaus Waldquelle, Höpenstraße 88, Meckelfeld (mit dem Bus 443 bis Waldquelle). „Die beste Zeit im Jahr ist mein“ – Lieder und Geschichten zur Sommerzeit.



HESSEN

Vorsitzende: Dietmar Strauß, Jahnstraße 19, 68623 Lampertheim, Tel. (06206) 4851.

Bergstraße – Sonntag, 11. Juli, 11 Uhr, findet wieder das beliebte Sommerfest auf dem Gelände des Geflügelzuchtvereins in Reichenbach statt. Geboten wird neben einem Mittagessen sowie Kaffee und Kuchen nebst diversen Getränken ein Unterhaltungsprogramm. Für Kuchenspenden ist der Verein dankbar. – Vom 2. bis 17. August liegt ein Reiseangebot vor: „Unterwegs auf dem Fluss Lena in Russland und Sibirien“. Anmeldungen werden erbeten an Brigitte Sattler, Telefon (06251) 39303.

Darmstadt – Sonnabend, 19. Juni, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Luise-Büchner-Haus / Bürgerhaus am See, Grundstraße 10, Darmstadt-Kranichstein. Nach der Kaffeetafel hält Dieter Leitner anlässlich des 200. Todestages einen Diavortrag: „Königin Luises Kinder- und Jugendjahre in Darmstadt und Schloss Braunshardt“.

Wiesbaden – Sonnabend, 19. Juni, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Haus der Heimat, großer Saal, Friedrichstraße 35, Wiesbaden. Motto: „Erinnerungen an Zuhause – Ein Heimat-Nachmittag“. Wer etwas beitragen möchte, seien es Geschichten, Gedichte und / oder Informationen, melde sich bitte gleich bei Familie Schetat. Zuvor ist Zeit für Unterhaltung bei Kaffee und Kuchen. – „65 Jahre danach – warum nicht schweigen?“ war das Motto des letzten Treffens. Im Mittelpunkt stand der ZDF-Beitrag „Kalte Heimat“, der mit altem Filmmaterial und neuen Zeitzeugen-Interviews (auch mit dem Mitglied Charlotte Kaufmann) Erinnerungen an Krieg und Kriegsfolgen in Ostpreußen dokumentierte. Zuvor hatte der Vorsitzende Dieter Schetat die Frage gestellt, warum man noch über vergangenes Geschehen sprechen, warum noch alte Wunden aufreißen, warum sich mit Dingen auseinander setzen, die keine Toten mehr lebendig machen? Er habe festgestellt, dass viele Mitbürger, ob jung oder alt, kaum noch wüssten, dass es Ostpreußen und Westpreußen gab – und wo sie auf der Landkarte suchen müssten. Und über die Geschichte der Heimat hätten oftmals nicht einmal Akademiker und Politiker ausreichende Kenntnisse. Was die ostdeutsche Zivilbevölkerung bei Flucht und Vertreibung erleiden musste, stehe seit mehr als 60 Jahren für die „Rache der Sieger“. Die Betroffenen, so Schetat, schmerze, dass ihr Leiden bislang so wenig beachtet wurde. „Es ist ein Gebot der Gerechtigkeit, diesen Menschen, bevor sie sterben, wenigstens die Gewissheit zu geben, dass ihre Vertreibung aus der Heimat und das damit verbundene Schicksal nicht vergessen wird.“ Deshalb die wiederholte Forderung nach der zentralen Gedenkstätte in Berlin, verbunden mit einer unverfälschten Darstellung der Geschichte. Dies sei auch der Weg zur Aussöhnung mit unseren osteuropäischen Nachbarn, besonders mit Polen und Tschechien, gemäß dem Leitwort des diesjährigen Tags der Heimat: „Durch Wahrheit zum Miteinander“. In einem geeinten Europa sollten heute Erinnerung und Gedenken als europäisches Gemeinschaftsanliegen verstanden werden. Die geistigen und kulturellen Güter dürfen nicht verloren gehen! Er zitierte den früheren Bundespräsidenten Roman Herzog mit den Sätzen: „Nichts darf verdrängt, nichts darf vergessen werden. Wir tragen die Verantwortung dafür, dass sich so etwas nie mehr wiederholt.“ Schetat stellt gleichzeitig fest, dass offensichtlich die Menschen aus den schrecklichen Ereignissen nichts gelernt haben. Vertreibung und Flucht sind auch 65 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs immer noch grausame Realität, wie einem die Nachrichten fast täglich vor Augen führen. Keine noch so eindringliche Mahnung kann offenbar etwas daran ändern. Darum dürfen die letzten lebenden Zeitzeugen nicht schweigen. Sie müssen Zeugnis geben von dem was sich damals in den schicksalsschweren Kriegsjahren ereignet hat. In Anlehnung an eine frühere Rede des heutigen Altbundespräsidenten Richard von Weizäcker, der den 8. Mai 1945 als „Tag der Befreiung“ bezeichnet hatte, bat der Vorsitzende um Verständnis, dass die Ost- und Westpreußen in diesem Punkt nicht mit einstimmen. Die Flüchtlinge können beim besten Willen dieses Kriegsende nicht als Tag der Befreiung empfinden. Zwar war eine furchtbare Diktatur zu Fall gebracht worden und der schreckliche Krieg endlich vorbei. Aber sie erlitten schwerstes Unrecht: die blutige Vertreibung aus der Heimat. Der jüngeren Generation muss man klarmachen, dass sie das Werk der Vertriebenen-Verbände fortzusetzen hätten, denn das Land mit seiner über 750-jährigen Geschichte dürfe nicht aus dem Bewusstsein der Deutschen entschwinden. Es sei nun einmal die Heimat, in deren Erde viele Generationen von Toten ruhten. Das gibt ihnen das Recht, an dieser Erde festzuhalten. Und das würden auch diejenigen verstehen, die heute dort leben. Mit Worten des masurischen Schriftstellers Siegfried Lenz machte Schetat indes auch deutlich, dass der endgültige Verlust Ostpreußens erst noch bevor steht – und deswegen noch zu verhindern sei: „Heimat ist der Winkel vielfältiger Geborgenheit. Es ist der Platz, an dem man aufgehoben ist, in Sprache, Gefühl, ja selbst im Schweigen aufgehoben. Ein Land ist erst dann verloren, wenn man sich nicht mehr daran erinnert.“



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Göttingen – Donnerstag, 5. August, 14.30 Uhr, Grillnachmittag im Holtenser Forst. Es wird ein Bus für die Hin- und Rückfahrt eingesetzt. Anmeldungen bis zum 27. Juli bei Werner Erdmann, Holtenser Landstraße 75, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 63675. – Sonnabend, 4. September, findet der alljährliche Ökumenische Gottesdienst in Friedland wieder statt.

Osnabrück – Freitag, 18. Juni, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43. – Donnerstag, 24. Juni, 15 Uhr, Literaturkreis in der Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43.

Rinteln – Die diesjährige Reise „Königsberger Provinz“ war restlos ausgebucht. Wer eventuell Interesse an einer ähnlichen Reise im nächsten Jahr hat, kann – zur unverbindlichen Zusendung der Reiseankündigung – Adresse und Telefonnummer Joachim Rebuschat, Alte Todenmanner Straße 1, 31737 Rinteln, E-Mail: j.rebuschat@web.de, mitteilen.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bielefeld – Die Ostpreußische Mundharmonika-Gruppe trifft sich in unregelmäßigen Abständen. Informationen bei Bruno Wendig, Telefon (05241) 56933. – Donnerstag, 17. Juni, 15 Uhr, Ostpreußisch Platt in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock. – Sonntag, 20. Juni, 10 Uhr, Abfahrt ab Kesselbrink zur Johannisfeier in den Gesamtdeutschen Bildungsstätten Himmighausen. – Donnerstag, 24. Juni, 15 Uhr, Literaturkreis in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock.

Bonn – Vom 14. bis 22. August plant die Gruppe eine neuntägige Reise nach Königsberg. Start ist in Bonn, Zustiege entlang der BAB Bonn–Köln–Dortmund–Hannover–Berlin sind nach Absprache möglich. Zwischenübernachtung im Großraum Posen. Weiterfahrt über Marienburg, Elbing, Frauenburg, Braunsberg, die polnisch-russische Grenze nach Königsberg. Ein interessantes Programm erwartet Sie. Reisepreis pro Person im DZ ab 40 Personen: 685 Euro (zuzüglich 50 Euro für das Visum), ab 30 Personen: 745 Euro (zuzüglich 50 Euro für das Visum), EZ-Zuschlag für die gesamte Reise beträgt 150 Euro. Anmeldungen bei Manfred Ruhnau, 53757 Sankt Augustin, Telefon (02241) 311395. Reiseunterlagen werden schnellstens zugeschickt.

Düsseldorf – Freitag, 11. Juni, 18 Uhr, Stammtisch im Restaurant Lauren's, Bismarckstraße 62. – Dienstag, 15. Juni, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe mit Ursula Schubert im Raum 312 oder 412, GHH. – Mittwoch, 16. Juni, 19.15 Uhr, Vortrag von Prof. Hans Mommsen: „Konservativer Preuße durch und durch – Carl Goerdeler und die Zukunftsvorstellungen des Wiederstandes für ein Deutschland nach Hitler“, im Konferenzraum, GHH. – Donnerstag, 17. Juni, 19.30 Uhr, Offenes Singen mit Barbara Schoch, Ostpreußenzimmer (Raum 412), GHH.

Ennepetal – Donnerstag, 17. Juni, 18 Uhr, Treffen der Gruppe in der Heimatstube mit einem kleinen Imbiss.

Gevelsberg – Freitag, 18. Juni, 16.15 Uhr, Treffen der Gruppe zum Spießbratenessen und gemütlichen Beisammensein im Vereinslokal Keglerheim, Hagener-Straße 78.

Gütersloh – Montag, 14. Juni, 15 Uhr, Treffen des Ostpreußischen Singkreises in der Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343. – Mittwoch, 16. Juni, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Gütesloher Brauhaus, Unter den Ulmen 9. Informationen bei Renate Thamm, Telefon (05241) 40422. – Montag, 21. Juni, 15 Uhr, Treffen des Ostpreußischen Singkreises in der Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343.

Hagen – Donnerstag, 9. Juli, findet der diesjährige Busausflug der Gruppe zur Lahn (Lim-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 20

Sommerakademie Sticken

Bad Pyrmont – Das Ostheim führt auch dieses Jahr wieder die Sommerakademie Sticken durch. Für alle Interessierten werden die Techniken Hardanger-, Hohlsaum-, Ajour-, Weiß- und Schwarzsticken einschließlich Nadelspitzen von einer ausgebildeten Seminarleiterin zum Erlernen oder Vertiefen angeboten. Das Seminar (fünf Tage) beginnt am Montag, dem 19. Juli, 15 Uhr mit der Einführung und endet am Sonnabend, 24. Juli 2010 nach dem Mittagessen. Der Komplettpreis für dieses Seminar beträgt 295 Euro im Doppelzimmer, 325 Euro im Einzelzimmer und beinhaltet Vollpension, die Seminargebühr (ohne Material) und die Tagungskurkarte für fünf Tage. Notwendige Materialien für das Seminar können bei der Seminarleiterin vor Ort erworben werden. Die Jugendbildungs- und Tagungsstätte Ostheim liegt direkt in der Kurzone von Bad Pyrmont, wenige Minuten vom Kurpark und dem Schloß mit seinen wiedererrichteten Wehranlagen entfernt. Direkt gegenüber dem Haus befinden sich das Hallenwellen- und Freibad sowie ein öffentlicher, kostenloser Parkplatz. Die Zimmer haben fließend Wasser warm/kalt, teilweise Balkon. Die modernen Sanitäreinrichtungen befinden sich auf den Etagenfluren.

Die Anmeldeunterlagen fordern Sie bitte an bei: Ostheim – Jugendbildungs- und Tagungsstätte, Parkstraße 14, 31812 Bad Pyrmont, Telefon (05281) 93610, Fax (05281) 936111, Internet: www.ostheim-pyrmont.de, E-Mail: info@ostheim-pyrmont.de

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 19

burg) – Bus- und Schiffsfahrt – statt. Es sind noch Plätze frei.

Siegburg – Mittwoch, 23. Juni, Sommerausflug der Gruppe zur „Dienststelle Marienthal“ (ehemaliger Regierungsbunker an der Ahr). Gäste sind herzlich willkommen. Nähere Informationen bei Wilhelm Kreuer, Telefon (02246) 5100.

Witten – Donnerstag, 24. Juni, 15.30 Uhr, Treffen der Gruppe zur Kaffeetafel, Thema: „Ostpreußische Speisen und Essgewohnheiten“.

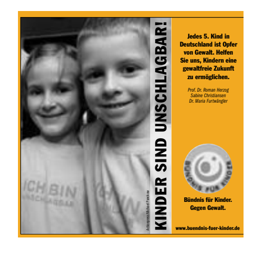


RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Mainz – Freitag, 11. Juni, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen im Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz. – Donnerstag, 17. Juni, 13 Uhr, Treffen der Gruppe am Bahnhofsplatz 2, Hauptbahnhof Mainz. Zugfahrt nach Darmstadt. Auf der Mathildenhöhe wird ein Spaziergang unternommen und anschließend eingekehrt. – Freitag, 18. Juni, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen im Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz.

Neustadt an der Weinstraße – Sonnabend, 19. Juni, Abfahrt vom Bahnhofsvorplatz, Neustadt, zum Jahresausflug der Gruppe nach Landau, dort Besuch des Zoos. Der Eintrittspreis beträgt 6 Euro. Im Anschluss ist ein gemütliches Beisammensein mit Mittagessen vorgesehen. Abfahrtstermin und Fahrpreis erfahren Sie mit Ihrer verbindlichen Anmeldung bis zum 12. Juni bei Manfred Schusziara, Telefon (06321) 13368.





SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Dresden – Mittwoch, 23. Juni, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zum Sommergrillen auf dem Hof der Begegnungsstätte, Borsbergstraße 3, 01309 Dresden. Gäste sind herzlich eingeladen.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Bruno Trimkowski, Hans-Löscher-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (0391) 7331129.

Aschersleben – Mittwoch, 16. Juni, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe im „Bestehornhaus“.

Gardelegen – Mittwoch, 16. Juni, 8.30 Uhr, Abfahrt nach Morsleben mit Vortrag und Allerrundfahrt.

Halle – Sonnabend, 12. Juni, 14 Uhr, Zusammenkunft der Gruppe in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Reilstraße 54, Halle.

Magdeburg – Freitag, 11. Juni, 16 Uhr, Singproben im TuS Neustadt. – Dienstag, 15. Juni, 15 Uhr, Bowling im Bowlingcenter, Lemsdorfer Weg.

Schönebeck – Mittwoch, 23. Juni, 14 Uhr, Treffen der Gruppe in der Begegnungsstätte „Haus Luise“. Auf dem Programm stehen Berichte über die Reise nach Masuren.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Bad Schwartau – Da im Juli keine Veranstaltungen stattfinden, konnte bei der letzten Zusammenkunft bereits die Herbstfahrt gebucht werden. Diesmal geht es nach Walsrode, in die Lüneburger Heide zum Heide-Back-Haus mit einem „Vollkornseminar“, Besichtigung der Backstube und Führung, danach eine Komödie im Back-Theater und ein musikalischer Abschluss mit Mitsingen und Schunkeln – natürlich alles einschließlich eines kräftigen Mittagessens und großen Kaffeetrinkens mit Heidcher Sahnetorte und Rahmbutterkuchen und eines Gastgeschenks. Abfahrt ZOB Bad Schwartau 9 Uhr, Preis alles inklusive 44 Euro. Gäste sind wie immer herzlich willkommen. Informationen bei Regina Gronau, Promenadenweg 26, 23611 Bad Schwartau, Telefon (0451) 26706.

Pinneberg – Donnerstag, 24. Juni, Tagesausflug der Gruppe. Nähere Informationen bei Frau Schmidt, Telefon 62667, oder Frau Kieselbach, Telefon 73473.

Alle – auf den Seiten »Glückwünsche und Heimatarbeit« – abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Von Freunden – für Freunde

Das Ostpreußische Sommerfest 2010 findet in Hohenstein statt

Die Landsmannschaft Ostpreußen lädt mit Unterstützung des Dachverbandes der Deutschen Gesellschaften im Ermland und Masuren zum diesjährigen Ostpreußischen Sommerfest ein. Die Veranstaltung findet statt am 26. Juni von 10 bis 17 Uhr im Hohensteiner Freilichtmuseum. Für Musik, Tanz und das leibliche Wohl – Leckeres aus der Gulaschkanone – ist gesorgt. Das Rahmenprogramm wird mitgestaltet vom Bautzener Jugendblasorchester, das zu Beginn auf den ökumenischen Feldgottesdienst mit Kaplan Schmeier einstimmen wird. Verschiedene Chöre und Tanzgruppen werden zu sehen und zu hören sein wie auch BernStein. Teilnehmen können alle Mitglieder der Deutschen Vereine und natürlich auch alle Interessierte.

Der Veranstaltungsort ist schon allein einen Besuch wert. Das Museumsdorf des ethnographischen Freilichtmuseums Skansen zeigt Gebäude aus dem Gebiet zwischen Weichsel und Memel. Dort hat der Besucher nicht nur die Möglichkeit, sich 56 Gebäude volkstümlicher Baukunst anzuschauen mitsamt der Innenausstattung, sondern auch durch Vorführungen ländliche Arbeitstechniken mitzuerleben. Bereits 1909 wurde das Museum in Königsberg gegründet und in den Jahren 1938 bis 1942 wurde es teilweise nach Hohenstein verlagert. Heute stehen von diesen Bauwerken noch zwölf im „Museum Budownictwa Ludowa Park Etnograficzny“ (ethnografisches Museumsdorf), w Olstynek ul. Sportowa 21, 11-015 Olsztynek (Hohenstein), es ist vom 15. April bis 31. Oktober geöffnet.

Auch in diesem Jahr hoffen die Veranstalter auf eine gute Beteiligung der polnischen Administration am Fest und zahlreiche Gäste; und freuen sich auf ein Kennenlernen und auch Wiedersehen. *EB*

Näheres bei der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Christiane Rinser, Telefon (040) 41400826, E-Mail: rinser@ostpreussen.de



Das Freilichtmuseum Hohenstein bildet den Rahmen für das Sommerfest der Landsmannschaft Ostpreußen. Bild: privat

---

dt. Schriftsteller (Bertolt) | spanisch: Fluss | Bühnenstück mit Begleitmusik | Würde, Ansehen | Staaten bildendes Insekt | Sinn, Absicht, Ziel | Eingang; Vorspeise (franz.) | Leiter einer Band (engl.) | Nährmutter | Roman von Émile Zola | dänische Stadt in Nordjütland | Spaß; Unfug | Schauspiel-, Ballettschüler | eine Zahl
großes Gefäß, Becken | Handpflege
amerikanischer Präsident (Herbert) | Ansprache, Vortrag | jemandem selbst gehörend | Körperglied | einschließlich | jeder ohne Ausnahme | prüfen, erproben
chem. Element, Seltenerdmetall | deutsches Mittelgebirge | Übereinstimmung, Eintracht
Begriff beim Pharaospiel | jedoch, hingegen | altes nordisches Blasinstrument | sich abfällig od. spöttisch äußern | Oper von Bellini | sizilianischer Vulkan | frühere niederländische Münze | Bericht, Dokumentation
Sultanat am Arabischen Meer | Herrenjacke mit Schößen | verschieden
Angehöriger eines Bantustammes | amerik. Raub-, Pardelkatze | Berührungslinie (Math.) | Furche, Kerbe | schlank und geschmeidig | Park in Wien
Haarbogen über dem Auge | veraltet: junges Pferd | Lotterieanteilschein | Unbeweglichkeit | militärischer Verband
Edelgas | Grund, Ursache | doppeltkohlensaures Natrium
Wohnungswechsel | silberweißes Metall | Weißfisch, Karpfenfisch | Gattin, Gemahlin
indianisches Stammeszeichen | Name schwedischer Könige | mittelasiat. Fürstentitel | Mönchsgewand
Wagenkolonne; Flüchtlingszug | Gestalt aus „1001 Nacht“ | Kzw. für Jugendliche(r)
Tochter des Tantalus | Schubfach | Unnachgiebigkeit
Prägewerkzeug | intuitiv erfassen | unterirdischer Weg | Universum | islam. Frauengemächer
orientalische Kopfbedeckung | keilförmige Kleiderfalte
Beweisstück; Quittung | Verwundung durch ein Tier | ständig, stets | hinterer Sitzraum im Pkw | wohl, allerdings | römische Göttin der Jagd
Verschleiß, Abnutzung | kleines Lasttier | Schreitvogel, Sichler | Richter in islamischen Ländern | Drama von Ibsen
mit der Hand ein Zeichen geben | Signalfarbe
bayrisches Gewässer | Abk. für unter Umständen | Zeichen für Megawatt | Stock; Hochsprunggerät | römischer Liebesgott
ein Nutztier | Kfz-Zeichen Rosenheim
Zusammenfassung | unberührter Baumbestand | Blattgemüse

PAZ10_23

So ist's richtig:

Diagonalrätsel: 1. Klerus, 2. Mittag, 3. Streik, 4. feucht, 5. Flachs, 6. Elegie – Kirche, Saeule

Kreiskette: 1. Kragen, 2. Kokain, 3. Kaliko, 4. Statik, 5. Taeter – Genialitaet

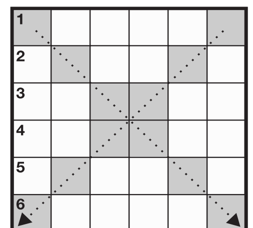
Sudoku:

5	6	3	4	7	8	1	2	9
9	4	1	3	6	2	5	8	7
8	7	2	9	1	5	4	3	6
6	8	5	7	2	4	3	9	1
2	3	4	5	9	1	6	7	8
7	1	9	8	3	6	2	5	4
3	9	6	2	4	7	8	1	5
4	5	7	1	8	3	9	6	2
1	2	8	6	5	9	7	4	3

Sudoku

			4		8			
	4		3		2		8	
8	7			1			3	6
6	8			2			9	1
7	1			3			5	4
3	9			4			1	5
	5		1		3		6	
			6		9			

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!



Diagonalrätsel

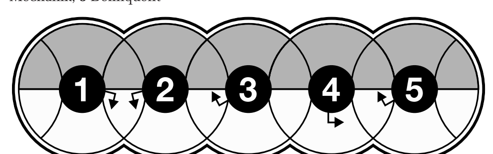
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen ein Bauwerk und eine Bauwerksstütze.

1 katholische Geistlichkeit
2 Tagesabschnitt
3 Arbeitsniederlegung
4 ein wenig nass
5 Leingewächs
6 Klagelied

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein anderes Wort für geistige Schöpferkraft.

1 Halsteil an der Kleidung, **2** Rauschgift, **3** Baumwollgewebe, **4** Gebiet der Mechanik, **5** Delinquent



Zeugen preußischen Landlebens

Neuer Glanz für die Schlösser Steinhöfel und Paretz – Lieblingsorte von Königin Luise und Friedrich Wilhelm III.

Gerade im 200. Todesjahr der beliebten Preußenkönigin Luise zieht es Besucher auf die Spuren der unvergessenen Monarchin. Zwei ländliche Schösser lassen ahnen, wie sie abseits des Protokolls lebte.

Wäre der Preußenkönigin ein längeres Leben beschieden gewesen, sie hätte Steinhöfel zusammen mit ihrem Gemahl König Friedrich Wilhelm III. sicher noch viele weitere Male besucht. Es war einer ihrer Lieblingsorte. Selbst auf dem Weg ins Exil machte das Paar hier Station. Zu jener Zeit gehörte der Adelssitz zwischen Fürstenwalde und Frankfurt an der Oder, im heutigen Landkreis Oder-Spree, der Familie von Massow.

Die von Massow waren nicht die ersten und auch nicht die letzten Besitzer von Steinhöfel. Die Vorgeschichte reicht weit zurück. Wahrscheinlich wurde das Dorf im 13. Jahrhundert gegründet, erstmals urkundlich erwähnt wurde es 1401. Seitdem befand sich Steinhöfel über 375 Jahre im Besitz der Familie von Wulffen, denen in der Nachbarschaft auch die Dörfer Alt Madlitz und Tempelberg gehörten. Bis ins 16. Jahrhundert hinein mussten sie sich das Lehnsgut jedoch noch mit den Familien von Hohenberg, von Beerfelde und von Behlendorf zu Jänickendorf teilen, da diese ebenfalls Anteile an Steinhöfel besaßen. Erst 1526 wurde Hans von Wulffen dessen alleiniger Besitzer.

> Schloss Steinhöfel wechselte häufig den Besitzer

Schon die von Wulffen betätigten sich als eifrige Bauherren in Steinhöfel. Um 1720/30 hatten sie nicht nur die Dorfkirche prachtvoll ausstatten, sondern auch ihr Wohnhaus in ein barockes Herrenhaus umbauen lassen. Maßnahmen, die sie in den Ruin trieben. Durch die vielfachen Erbteilungen und den damit verbundenen Hypothekenlasten war das Gut hoch verschuldet. Mit dem Verkauf des Nachbargutes Alt Madlitz an den Grafen von Finkkenstein konnte man sich 1751 zwar noch eine Galgenfrist verschaffen. Doch 1775 ging das Gut in Konkurs und wurde zwangsversteigert.

Staatsminister Joachim Christian von Blumenthal erwarb es im Namen seiner Frau Louise Wilhelmine, geborene von Polenz, für 65 000 Taler, um es 15 Jahre später für 98 000 Taler an seinen Schwiegersohn Valentin von Massow (1752–1817), seines Zeichens Major beim Eliteregiment Gens d'Armes, zu verkaufen. Die von Massow waren, wie die von Blumenthal, ein altes pommersches Adelsgeschlecht, von denen viele Familienmitglieder in den Diensten der brandenburgischen Kurfürsten und preußischen Könige standen.

Valentin von Massow machte zwar die übliche militärische Karriere, seine Neigung aber galt Kunst und Wissenschaften. Schon als Rittmeister hatte er in Steinhöfel den Grundstein zu einer Bibliothek gelegt, die nicht nur einen separaten Bau neben dem Wohnhaus bekam, sondern über seinen Tod hinaus zu einer hoch bedeutenden Sammlung anwuchs. Dieser Bau ist die einzige Gartenarchitektur, die sich aus der Zeit von 1790 bis 1796 erhalten hat. Jener Zeit, in der Valentin von Massow von David Gilly und seinem Sohn Friedrich das Herrenhaus, den Wirtschaftshof, den Park und den Dorfanger zu einer einheitlichen Anlage umgestalten ließ.

Der „Büchertempel“ mit seiner klassizistischen Säulenfassade ist schmucker Blickfang geblieben und dient jetzt als Standesamt. Das Schloss wurde 1998 von der durch die Deutsche Stiftung Denkmalschutz und die brandenburgische Landesregierung 1992 gegründete Brandenburgische Schlösser GmbH übernommen und umfangreich saniert. Seit 2002 ist es vermietet und wird als elegantes Vier-Sterne-Hotel mit Restaurant und Café geführt. Der 40 Hektar große Park, heute kommunal genutzt, gehört zu den frühen englischen Landschaftsgärten der Mark und ist einer ihrer herausragenden Vertreter. Historisch korrekt wieder hergerichtet, präsentiert er sich in voller Schönheit und vorbildlich gepflegt.

Aufgrund weiterer Um- und Ausbauten durch Valentin von Massows Nachfolger gehört Steinhöfel zu den romantischsten Adelsbauten im Lande. Denn mit zinnenbekrönten Ecktürmen, neobarockem Mittelrisaliten an der Hauptfassade und anderen Veränderungen hatten diese aus dem schlichten Herrenhaus ein repräsentatives Schloss gemacht. Trotz der damit verbundenen beachtlichen Kosten, gelang es den von Massows, ihre Herrschaft in Steinhöfel 140 Jahre lang zu sichern. Dann jedoch konnten auch sie den Besitz nicht mehr halten. Das Gut ging 1930 für 725000 Reichsmark an den Landwirt Rudolf Peine. Dessen Besitzer-Freuden waren nur kurz. 1945 wurde die Familie enteignet und vertrieben. Gut und Schloss Steinhöfel wurden Volkseigentum und dienten unter anderem als Wohnraum für Flüchtlinge, sowie als Kindergarten, Turnhalle und Dorfladen.



Idylle im Grünen: Königin Luise von Preußen liebte Schloss Steinhöfel, das heute als Hotel genutzt wird. Bild: Schnehagen

1794 hatten sich Friedrich Wilhelm und seine Frau Luise in Steinhöfel aufgehalten, als der Umbau des Herrenhauses gerade beendet war. Sie waren derart begeistert, dass sie den Architekten David Gilly verpflichteten, ihnen in Paretz, heute Ortsteil von Ketzin im Landkreis Havelland etwa 40 Kilometer westlich von der Stadtmitte Berlins, ein Landschloss im selben unprätentiösen Stil zu errichten.

Valentin von Massow war 1791 als Obrist Lieutenant aus dem Militärdienst ausgeschieden und seit 1793 Hofmarschall des Kronprinzen-, später des Königspaares. Zusätzlich Intendant der königlichen Gärten und Schlösser, übertrug man ihm die Verantwortung der Realisierung.

Seit 1658 war Paretz im Besitz der Familie von Blumenthal gewesen, von der Friedrich Wilhelm den Ort für 85 000 preußische Taler erwarb. Von 1797 bis 1804 machte Gilly ihn für das Königspaar zu einem stilvollen Refugium der Einfachheit, dem Zeitgenossen den Namen „Schloss Still-im-Land“ gaben.

Noch 200 Jahre später lässt sich in Paretz die authentische Atmosphäre eines solchen idealen Landsitzes um 1800 erleben. Wieder erleben. Denn Umbauten und Abrissmaßnahmen nach 1945 hatten von Gillys modellhafter Landbaukunst im Stil des frühen Berliner Klassizismus nicht mehr viel erkennen lassen. Nach der Wiedervereinigung erwarb das Land Brandenburg 1996/97 das Schloss und stellte die Mittel für den Rückbau zur Verfügung. Seit 2001 erscheint Paretz nun wieder in der ursprünglichen schlichten Schönheit, die in Steinhöfel durch die nachfolgenden Umbauten verloren gegangen ist.

> Die Papiertapeten konnten die Zeitläufte überdauern

Wie die Architektur war auch Paretz' Innenausstattung von den Idealen des Landlebens vor 200 Jahren geprägt. Die Zeitläufte überdauerten, mit wenigen weiteren Ausnahmen, nur die bemalten und bedruckten Papiertapeten. Nach aufwendiger Restaurierung schmücken sie heute wieder die Innenräume, die inzwischen auch wieder mit Möbeln aus der Zeit um 1800 versehen sind. Damit bewahrt Paretz als Museumsschloss in der Obhut der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten in Berlin-Brandenburg so originalgetreu wie möglich das Andenken an Luise und Friedrich Wilhelm III.

Helga Schnehagen

Geöffnet von Mai bis Oktober dienstags bis sonntags von 11 bis 18 Uhr, von November bis April am Wochenende und feiertags von 11 bis 17 Uhr.

Übernachten in der Straßenbahn

In Holland bietet das Tram-Hotel »gemütliche« Unterkünfte auf 21 mal zwei Metern

Vielen Menschen ist wohl schon mal das eine oder andere Auge in der Straßenbahn zugefallen – natürlich unbeabsichtigt. In Hoogwoud – das beschauliche Dorf liegt im Norden von Holland – ist das Schlafen in der Straßenbahn hingegen etwas Alltägliches und ausdrücklich erwünscht. Hier gibt es die Möglichkeit, in stillgelegten Straßenbahnwagons zu übernachten, mit allem Komfort, dafür haben Frank und Irma Appel gesorgt. In ihrem Garten stehen zwei Trams, die vor einigen Jahren in Deutschland und in Holland tatsächlich im Einsatz waren. Mit viel Aufwand und Liebe zum Detail sind die jeweils aus zwei Wagen bestehenden Trams in vier Apartments umgebaut worden und haben nun nahezu „alles an Bord“: Dusche und Toilette, voll ausgestattete Küche mit Kühlschrank und Ofen, Heizung, Klimaanlage, TV und Videorecorder. Die Wagen sind gut isoliert, die Fenster haben Doppelverglasung. Höhepunkt der Einrichtung ist ein großer Whirpool mit Hydromassage-Düsen. Vielfach sind Gegenstände recycelt worden: Ampeln dienen als Lampen, ein Autoreifen als Waschbecken, ein Beiboot als Bett; auch Container und Weinfässer haben Verwendung gefunden. Die Apartments folgen den drei Themenbereichen England, Frankreich und Italien – jedes mit jeweils landestypischem Frühstück. Die beiden letztgenannten Apartments, in denen übrigens auch Rauchen gestattet ist, bieten Platz für zwei Personen. Der andere Waggon ist für Familien mit bis zu vier Personen gedacht. Hier wurde die Trennwand zwischen den beiden Abteilen entfernt, so dass es Eltern möglich ist, die Kinder beim Schlafen oder Spielen im Auge zu behalten, während sie sich in ihrem eigenen Wagenbereich befinden.

> Viel Aufwand und Liebe zum Detail



Ungewöhnlich: Übernachten im ausgedienten Straßenbahnwagen Bild: Internet

Wer keine Lust hat, selbst zu kochen, kann sich in der Cafeteria verpflegen lassen. Auf der Sonnenterrasse, die sich zwischen den Straßenbahnwaggons befindet, darf gegrillt werden, und sollte das Wetter einmal schlecht sein oder lange Weile aufkommen, hält die hauseigene Videothek, die sich in einem Ufo befindet, etliche Filme bereit.

Natürlich ist das Ufo nicht echt, sondern aus einer Rettungskapsel, die sich neben weiteren Fahr- und Fluggeräten im Garten befindet, gebaut worden. Ebenso haben Frank und Irma die meisten anderen Objekte für bestimmte Zwekke umfunktioniert: ein einfacher Linienbus dient als Büro, ein „Londonbus“, also ein doppelstöckiger roter Linienbus, als Schlafzimmer, ein Schiff als Bad, ein Citroën HY als Küche und ein Lieferwagen als Frühstücksraum.

Wer einige Tage in Hoogwoud bei Frank und Irma Appel verbringt, wird von der Freundlichkeit der Beiden begeistert sein; wenn es ihr möglich ist, holt Irma die Gäste persönlich mit dem Auto am Bahnhof ab.

Corinna Weinert

Nähere Informationen bei Controversy Tram Inn, Koningsparade 36, NL 1718 MP Hoogwoud (NH), Telefon: +31 (0)226352693, E-Mail: Info@Controversy.Nl

Für Sie gelesen

Sonderbares von der Insel Föhr

Die großen Sommerferien werden viele Urlauber auch an die deutsche Nordseeküste führen. Neben Sylt und Amrum ist es die „grüne“ Insel Föhr, die vor allem Familien Erholung zu bieten hat. Wer allerdings nicht nur den Strand genießen, sondern auch einiges über die Insel und ihre Bewohner erfahren will, der kann das bei einem Besuch des Friesen-Museums in Wyk. Die Königsbergerin Juschi Seifried-Otte hat einen Blick hineingetan und Sonderbares sowie Bemerkenswertes zusammengetragen. Eine Fundgrube für Föhr-Liebhaber. *os*



Juschi Siefried-Otte: „Inselschätze“. Husum Verlag, 2010, 141 Seiten, farbige Abbildungen, gebunden, 19,95 Euro.



Deutsche als Rebellen?

Gründe für die gewagte These

„Die Deutschen sind ein rebellisches Volk, das hinsichtlich seiner Aufstandsgeschichte den Vergleich mit anderen Nationen nicht zu scheuen braucht“; diese überraschende These vertritt Alain Felkel in seinem Buch „Aufstand – Die Deutschen als rebellisches Volk“. Anhand von elf Beispielen aus 2000 Jahren deutscher Geschichte beschreibt der Autor Freiheitskämpfe, Volksaufstände und Revolutionen, die jeweils für die politische Entwicklung bedeutsam waren. In allen Fällen, so unterstreicht er, wurde der Aufruhr von „Rebellen in Geist und Tat“ initiiert, denen es bei ihrer Herausforderung der Obrigkeit um Freiheit und Gerechtigkeit ging. Dafür riskierten sie Leib und Leben, und der Autor macht daher auch keinen Hehl aus seiner Sympathie für die Sache der Revolutionäre, wobei er jedoch sachlich argumentiert.

Ihm liegt daran nachzuweisen, dass der sprichwörtliche „deutsche Michel“, ein etwas trotteliger und spießbürgerlicher Untertan, eben nicht der typische Deutsche war und ist. Mit seinem facettenreichen populärwissenschaftlichen Werk möchte er Interesse für das Handeln von „Recken wie Arminius und Widukind“ und all der anderen wecken, bis hin zum Jahr 1989. Es geht Felkel um nicht weniger als den Versuch, ein anderes, „ein freiheitliches Selbstverständnis im Umgang mit der eigenen Historie und der nationalen Identität herzustellen“. Das ist allerdings in Zeiten der medialen Überflutung denn doch ein zu hoch gestecktes Ziel, das, zumal mit einem einzigen gedruckten Werk, erst gar nicht angepeilt zu werden braucht.

Besonders interessant ist es zu lesen, wer sich in späterer Zeit der Protagonisten – ohne Rücksicht auf deren einstige Absichten und Ziele – bemächtigt hat beziehungsweise in welchem Licht die Nachwelt die Ereignisse sah. So wurde der Sachsenherzog Widukind von Hitlers Chef-Mythologen Alfred Rosenberg zum Blut-und-Boden-Rebellen geweiht. Zwei Jahre später – der „Führer“ wollte mittlerweile den „Ludergeruch des Aufruhrs“ loswerden – korrigierte der Propagandaminister Goebbels diese Sichtweise, indem er erklärte, die Maßstäbe des Nationalsozialismus seien nicht an die gesamte deutsche Geschichte anzulegen; Karl der Große sei schließlich der „Schöpfer der deutschen Reichsidee“. Der Autor selbst bezieht hier noch deutlicher als sonst Stellung, indem er Widukinds Aufstand gegen die Franken wegen deren Zwangschristianisierung der Sachsen mit dem Schwert als „Kampf der Kulturen“ bezeichnet. Für deren „Ringen um die eigene Identität“ mit der Waffe äußert er Verständnis. Ebenfalls wird betont, dass der große Aufstand der slawischen Liutizen zur Zeit der ottonischen Ostexpansion im Jahr 973 den Liutizenstaat (im heutigen Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg) immerhin noch 150 Jahre vor der auf „Unterdrückung und Ausbeutung basierenden Unrechtsgesellschaft“ bewahrt habe.

Autor verschweigt die Befreiungskriege

Im übrigen kann man Felkels Erklärung, warum das Kapitel „Im Zeichen der weißen Pferde“ in den thematischen Rahmen gehören soll, obwohl die Aufständischen in diesem Fall Slawen sind, nicht folgen. Hingegen fehlt ein Kapitel über die Befreiungskriege 1813/14. Vielleicht passte es nicht ins Konzept, weil deutsche Fürsten und Könige am Kampf gegen das napoleonische Frankreich beteiligt waren. Die Novemberrevolution von 1918, die in die Republik führte, sei heute vergessen, so der Autor. Es war teilweise eine sozialistische Revolution, und dies habe nicht in das Geschichtsbild gepasst, das im Nachkriegsdeutschland bewusst propagiert wurde: „Im Osten war das natürlich anders, da gab es eine andere Tradierung.“ Mit der friedlichen Revolution der DDR-Bürger endete in Deutschland die „Kette von Aufständen“, glaubt Felkel. *Dagmar Jestrzemski*

***Alain Felkel: „Aufstand – Die Deutschen als rebellisches Volk“**, Lübbe, Bergisch Gladbach 2009, gebunden, 608 Seiten, 22,99 Euro*

Griff nach der Phantom-Krone

Porträt Wilhelms von Habsburg, der König der Ukraine werden wollte

Ein dicker Fisch ist dem sowjetischen Geheimdienst am Morgen des 26. August 1947 ins Netz gegangen. Vor dem Wiener Südbahnhof zerren die Schergen Wilhelm von Habsburg-Lothringen in ein Auto und verfrachten ihn in ein Flugzeug nach Kiew. Dort verurteilt ihn der KGB zu 25 Jahren Haft. Die Liste der Vorwürfe ist lang: Thronanwärterschaft für einen ukrainischen Satellitenstaat, Heerführung der Freien Kosaken, Verbindungen mit Exil-Ukrainern, Spionage sowohl gegen Hitler als auch gegen Stalin. Nur ein Jahr später stirbt der 53-Jährige im Gefängnis an Entkräftung.

Was war das für ein Mann, der bereits nach dem Ersten Weltkrieg die Idee einer unabhängigen, westlichen Ukraine verfolgte? Dieser Frage geht der Amerikaner Timothy Snyder in seiner Biographie über Wilhelm von Habsburg nach. Der renommierte Historiker stöberte in den Archiven Moskaus, Kiews, Warschaus, Prags, Berlins und Wiens, um die Spur der bis dato unbekannten Randfigur aufzunehmen. Sicherlich ist Erzherzog Wilhelm nur ein kleiner Fisch im Meer der europäischen Geschichte der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Snyder versteht es jedoch, exemplarisch an seinem Leben die Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa aufzuzeigen.

Über den Kaiserspross, der drei Jahrzehnte für eine unabhängige Ukraine kämpfte

1895 geboren wuchs Wilhelm als jüngstes von sechs Kindern einer Adelsfamilie der Habsburg-Lothringer auf. Sein Vater Stefan, Ur-Ur-Enkel der Kaiserin Maria Theresia, träumte von einer österreichisch-ungarisch-polnischen Monarchie mit ihm selbst als König von Polen. Wilhelm erwärmte sich hingegen für die Ruthenen, die von polnischen Adligen und dem Klerus unterdrückte ukrainische Minderheit in Galizien. Heimlich verließ er als Jugendlicher das elterliche Schloss im heutet polnischen Saybusch (Zywiec) und reiste inkognito zweiter Klasse in die Karpaten. Hier lernte er die ukrainische Sprache und Kultur kennen.

Im Ersten Weltkrieg erhielt Wilhelm das Kommando über ein vorwiegend ukrainisches Regiment. Unter der Offiziersuniform trug er ein ukrainisches Hemd, welches ihm den Beinamen „Vasyl“ einbrachte. Polnische Verwalter tauften ihn den „roten Prinzen“, weil er sich für die Rechte der Landbevölkerung einsetzte und seine Bauernsoldaten mit Respekt behandelte. Die 1918 ausgerufene Ukrainische Volksrepublik und die Hoffnung Wilhelms, neues Staatsoberhaupt zu werden, waren nur von kurzer Dauer. Der Sieg der Roten Armee durchkreuzte die Pläne.

Die Exiljahre nach dem Untergang Habsburgs gleichen einem Abenteuerfilm, in dem Wilhelm als Casanova und James Bond Europa durchquert. In München warb er für eine ukrainische Befreiungsarmee, die wegen seiner unzuverlässigen Partner aus dem Umfeld der deutschen Freikorps scheiterte. In Madrid geriet er als Immobilienmakler an dubiose Geschäftsleute. In Paris füllten seine Affären mit Tänzerinnen und Strichjungen die Boulevardpresse. Aufgrund eines Betrugsskandals floh Wilhelm schließlich nach Wien. Als er 1941 erkannte, dass eine unabhängige Ukraine unter deutscher Herrschaft unmöglich war, spionierte er für die Briten und Franzosen gegen NS-Deutschland, nach Kriegsende auch gegen die Sowjetunion.

Mit viel Liebe zum Detail und in spannender Erzählmanier zeichnet Snyder das Lebensbild des schillernden Herzogs nach, der als schwarzes Schaf der Habsburger jahrelang in den Archiven verschwunden war. *Sophia E. Gerber*

***Timothy Snyder: „Der König der Ukraine – Die geheimen Leben des Wilhelm von Habsburg“**, Zsolnay Verlag, Wien 2009, gebunden, 414 Seiten, 24,90 Euro*



Ein Mord zur Hochzeit Luises

Tom Wolf legt einen neuen Preußenkrimi vor, aber mit neuer Ermittlerin

Vor einiger Zeit wies die *PAZ* auf „Kristallklar Mord à la carte“ aus der Reihe der Preußenkrimis von Tom Wolf hin. Wem dieser gefallen hat, darf sich nun auf einen neuen spannenden Band dieser Serie freuen. In Tom Wolfs neuestem historischen Krimi „Der rote Salon“ ermittelt jedoch nicht wie gewohnt der pensionierte erste Hofküchenmeister des Preußenkönigs Honoré Langustier, sondern dessen clevere Urenkelin Gerardine.

Diese ist mittlerweile mit Jérome de Lalande, dem charmanten Ballonfahrer aus dem letzten Band, verheiratet. Ihrer Vorliebe für eigenwillige Kleidung und Kriminalfälle hat dieser Ehe jedoch keinen Abbruch getan. Und so geht sie gleich frisch ans Werk, als eine gute Bekannte von ihr, Anne de Pouquet, stranguliert im Berliner Palais Vernezobre aufgefunden wird. Eine mysteriöse Harfen-Tätowierung ziert die Schulter der Toten.

Der Berliner Polizeichef Distel verdächtigt Gerardine mit dem Mord zu tun zu haben, da sie bis kurz vor dem Mord regen Briefverkehr mit der Erdrosselten pflegte. Doch Gerardine wäre nicht Gerardine, wenn sie sich diese Vorwürfe einfach so gefallen lassen würde. Was könnte Anne de Pouquet nur verbrochen oder gewusst haben, dass man sie dafür aus dem Weg schaffen musste? Nur gut, dass die Bewohner der Stadt wegen der bevorstehenden Hochzeit des Thronfolgers mit der jungen Prinzessin Luise zu abgelenkt sind, um sich weiter für diesen Mordfall zu interessieren, so kann Gerardine in Ruhe ermitteln.

„Links tauchte endlich der Garten des Palais Vernezobre auf. Noch im ruinösen Zustand, mit den verwilderten Hecken, gab er ein herrschaftliches Bild ab, natürliches Spiegelbild einer überkommenen alten Ordnung. Hineinzugelangen war nicht schwer: Eine große Lücke klaffte in der ohnehin niedrigen Einfriedungsmauer ... Im Schutz eines dicken Ulmenstammes beäugte ich das große alte Haus, das jetzt nur noch einen Steinwurf entfernt lag. Alles schien ruhig und unbelebt. ... Ich hüpfte über das Schneefeld des einstigen Zierrasens, der jetzt eher einer holprigen verschneiten Kuhweide glich, zur rückwärtigen Tür. Es gab zwei davon, doch die linke war vernagelt, wie ich im Laufen sah. Mein Herzschlag glich einem Trommelwirbel, als ich die Klinke drückte. Die Kirchenglocken läuteten. Punkt zehn. Hatte de Paul Wort gehalten?“

Tom Wolfs detaillierte Beschreibungen des Umfeldes und der Erlebnisse entführen den Leser auf eine Zeitreise ins 18. Jahrhundert. So auch die Beschreibung der Hochzeit des preußischen Thronfolgers mit Prinzessin Luise. „Sie schritten durch die Tür links vom riesigen offenen Kamin herein, in dem ein Höllenfeuer unterhalten wurde, das die Temperatur im Raum dennoch kaum mehr als ein Grad Reaumur über der des Schlosshofes zu halten vermochte. Braut und Bräutigam machten die Honneurs und kamen auch bei uns vorbei. Mir verschlug es den Atem, als sie sich näherten. Die künftige Kronprinzessin überstrahlte alle! Ihr Ausschnitt war mit Diamantrosetten gesäumt! ... Mir wurde ganz blümerant, als ich diesen kleinen Läufer aus Brillanten unmittelbar vor mir strahlen sah.“

Mit „Der rote Salon“ ist dem Autor Tom Wolf mal wieder ein lokker-leichter, mehr auf Unterhaltung als auf historische Genauigkeiten Wert legender Preußenkrimi gelungen. Stück für Stück kommt der Leser an der Seite der eigensinnigen und klugen Gerardine dem Mörder auf die Schliche. Aber handelt es sich bei dem Mörder wirklich um eine einzelne Person oder steckt vielleicht ein ganzer Geheimbund hinter der fürchterlichen Tat? *Vanessa Ney*

***Tom Wolf: „Der rote Salon – Gerardine de Lalande ermittelt“**, be.bra, Berlin-Brandenburg 2010, geb., 268 Seiten, 16,95 Euro*



»Mit Religion hat das alles nichts zu tun«

Publizist André Lichtschlag hält den Islam für unschuldig an der mangelnden Integrationsbereitschaft von Moslems

André F. Lichtschlag ist einer der interessantesten Publizisten in Deutschland. Mit seinem libertären Monatsmagazin „eigentümlich frei“ (www.ef-magazin.de) mischt er die deutsche Medienszene auf. Für „eigentümlich frei“ schreiben Libertäre, Ordoliberale und Konservative mit nationalem oder christlichem Einschlag und sicher noch viele andere Vertreter bestimmter Denkrichtungen. Lichtschlag selbst plädiert im Zweifel immer für die Freiheit.

Anders als viele religions- und kirchenfeindliche Journalisten hält er nichts davon, Religionen zu neuen Feindbildern zu machen. Zurzeit ist ja beispielsweise eine ungeheure Hetzkampagne gegen die katholische Kirche im Gange. Es mag manche überraschen, doch Lichtschlag hält überhaupt nichts davon, den Islam zu einem neuen Feindbild zu machen.

In seinem knapp über 60-seitigen Essay „Feindbild Muslim“ beleuchtet er die „Schauplätze verfehlter Einwanderungs- und Sozialpolitik“. Nach Ansicht des Autors leben wir in einer neo-sozialistischen Gesellschaft, die ähnlich der realsozialistischen vor 20 Jahren vor dem Offenbarungseid steht. Sozialistische Menschenversuche bestehen in der Regel aus vier Komponenten: Eigentumszerstörung, Religionszerstörung, Familienzerstörung, gekoppelt an die Utopie der sozialen Gleichheit.

Anteil des Prekariats bei Türken größer

Nicht der Islam sei das Problem, unter welchem Deutschland wie auch andere Länder des Westens leiden. „Sarrazin hat trotzdem recht“, schreibt Lichtschlag. „Viele real existierende Einwanderer in Deutschland wie in der Schweiz – und mehr noch in Frankreich oder Belgien – sind ein großes Problem. Der Anteil des ‚Prekariats‘ unter den Türken und vor allem Arabern ist insbesondere in Berlin augenfällig höher als unter den ‚Einheimischen‘. Doch das ist ein durch Einwanderungspolitik und Sozialstaatlichkeit hervorgerufenes Übel, ... weniger eines der Religion.“

Viele Menschen in Deutschland empfänden so, doch ihre Meinung werde von den etablierten Medien und den Politikern nicht artikuliert. Sie sind die sprichwörtliche schweigende Mehrheit.

„Klein-Kairo“ oder „Neu-Ankara“, so führt Lichtschlag aus, in Teilen Berlins wurden erst zum Objekt der Wut, weil sich die Bewohner dieser Stadtviertel von der deutschen Mehrheitsgesellschaft über den Sozial- und Umverteilungsstaat millionenfach aushalten ließen. Zahlreiche Deutsche hätten es schlicht satt, dass sie zu Fremden im eigenen Land geworden seien und von der vermeintlichen „Elite“ dieses Landes gegenüber „Migranten“ systematisch benachteiligt würden, obwohl dies im deutschen Staatsfernsehen oder den staatstragenden und politisch korrekten Medien regelmäßig anders dargestellt wird. Wenn in Berlin 70 bis 80 Prozent der arabischen Großfamilien von Hartz IV leben, dann wundert es einen schon, dass es nicht schon längst „geknallt“ hat.

Aber ist nicht vielleicht doch die Religion – in diesem Fall der Islam – das Problem, denn nur Gutgläubige leugnen, dass wir in Deutschland vorwiegend ein Problem mit Türken haben, während die Franzosen mit den Arabern und die Engländer mit den Paki-

Auch USA haben Zuwandererprobleme

stanis ihre liebe Not haben? Mit Religion hat dies alles nicht viel zu tun, macht Lichtschlag mit einem Blick auf die US-Verhältnisse deutlich: „Fragen wir einen weißen, durchschnittlichen US-Amerikaner, stoßen wir auf einen irritierenden Hinweis. Auch in den USA nämlich ist diesseits politisch korrekten Flüstertons eine Bevölkerungsgruppe ähnlich unbeliebt, weil sie weit mehr als andere bezuschusst und systematisch bereits in der Schule sowie zunehmend auch durch Sondergesetze am Arbeitsplatz bevorzugt wird und gleichzeitig weit überdurchschnittlich die dort etwas kleinere soziale Hängematte in Beschlag hält ... Allerdings sind die Türken Amerikas nicht nur schwarzhaarig, sondern auch in kräftigeren Tönen dunkelhäutig. Und sie sind meist Christen, keine Moslems.“

Lichtschlags knackig formulierter Essay hat es verdient, dass man über seine Thesen diskutiert. Es ist nämlich höchste Zeit für Klarheit und Wahrheit in der Debatte über unsere verlogene und verantwortungslose Sozial- und Einwanderungspolitik. *Ansgar Lange*

***André F. Lichtschlag: „Feindbild Muslim – Schauplätze verfehlter Einwanderungs- und Sozialpolitik“**, Manuscriptum, Waltrop 2010, geb., 63 Seiten, 7,80 Euro*

Königin-Luise-Schlüsselanhänger



Best.-Nr.: 6957, € 5,95

Elchschaufel-Schlüsselanhänger



Best.-Nr.: 6638, € 4,95

Schlesien-Schlüsselanhänger

Best.-Nr.: 6779, € 5,95

Sudetenland-Schlüsselanhänger

Best.-Nr.: 6879, € 5,95



Dieckert / Großmann
Der Kampf um Ostpreußen
Geb., 264 Seiten (mit 14 militärischen Lage-skizzen) und 24 Bildseiten
Best.-Nr.: 1472, € 19,80

Arno Surminski – Ausverkauf: Angebot nur gültig, so lange der Vorrat reicht!



Der Winter der Tiere Erzählungen
Geb., 222 Seiten, Best.-Nr.: 1657
statt € 18,00 nur € 12,95

Gruschelke und Engelmannke
Geb., 244 Seiten
Best.-Nr.: 5990
statt € 16,95 nur € 12,95

Vaterland ohne Väter
Geb., 455 Seiten
Best.-Nr.: 3926
statt € 22,00 nur € 16,95



Antony Beevor
D-DAY – Die Schlacht um die Normandie
Geb., mit Schutzumschlag, 640 Seiten
Best.-Nr.: 6961, € 28,00





Michael Grandt
Der Staatsbankrott kommt!
Gebunden, 384 Seiten
Best.-Nr.: 6940, € 19,95



Jürgen Roth
Gangsterwirtschaft
Wie uns die Organisierte Kriminalität aufkauft
Geb., 302 Seiten
Best.-Nr.: 6955, € 19,95

Hubertus Knabe
Die Täter sind unter uns
Über das Schönreden der SED- Diktatur
Im Unterschied zur schonungslosen Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur wird das Unrechtsregime der SED in Ostdeutschland vielfach verharmlost und schöngeredet. In weiten Teilen der Bevölkerung herrscht eine erschreckende Unkenntnis über das Ausmaß politischer Verfolgung in der DDR. Der Autor zeigt, wie die Täter davongekommen sind und die Opfer vergessen wurden.

Geb., 383 Seiten, Best.-Nr.: 6876

Mängelexemplar statt € 22,00 nur noch € 12,95



Erhardt Bödecker
Preußen - eine humane Bilanz
Geb., 144 Seiten
Best.-Nr.: 6956, € 16,90



Sonderpreis statt € 6,40 nur € 2,95

Waltraut Schülke
Geliebtes Ostpreußen
Erinnerungen an Kindheit und Jugend
Kart., 48 Seiten
Best.-Nr.: 5209



Helmut Schnatz
Der Luftangriff auf Swinemünde
Dokumentation einer Tragödie
Geb., 192 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 6924, statt € 24,90 nur noch € 14,95

lesensWERT! Die Buchempfehlung des Preußischen Mediendienstes!

Oliver Rieckmann empfiehlt...

sie frei und versuchten dann im Geburtsdorf der Mutter im Haus der geflüchteten Verwandten zu überleben. Die Not war groß. 1947 dann, total entkräftet und dem Tode näher als dem Leben, Verhaftung der Autorin und ihrer Mutter. Verurteilung und Transport in sowjetische Arbeitslager.Erst 1955 kam endlich die Stunde der Heimkehr — lange herbeigesehnt. Doch die ostpreußische Heimat war verloren. Von allen Nöten, Gefahren, Strapazen und Demütigungen berichtet dieses Buch, aber auch von gegenseitiger Hilfe und von einem kleinen Glück in allem Unglück.Ruth Buntkirchens Erinnerungen sind ein wertvolles, informatives und zugleich erschütterndes Zeugnis jener jetzt so fernen Zeit.

Geb., 289 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 6962



Ruth Buntkirchen
Das gestohlene Jahrzehnt
Erinnerungen 1945- 1955
Zwischen Königsberg und Arch-angelsk- Schicksal Ostpreußen
»Genießt den Krieg! Der Frieden wird fürchterlich!« So hörten sie es oft, die Königsberger, in den letzten Wochen des Krieges von den deutschen Soldaten in der vom Feind eingeschlossenen Stadt.Ruth Buntkirchen und ihrer Familie gelang die Flucht vor der heranrückenden Front nicht mehr. Die Autorin wurde mit Schwester und Mutter zusammen interniert. Vom Vater, einem erfahrenen Lokführer, fehlte nach einer Zufallsbegegnung im Gefängnis Tapiau jede Spur. Nach Monaten in verschiedenen Lagern kamen

€ 20,00



Heinz Buchholz
Iwan, das Panjepferd
Eine Kindheit zwischen Krieg und Frieden
Kart., 256 Seiten
Best.-Nr.: 4795, € 8,95



F. Kugler/ B. Schrader
Friedrich der Große und seine Zeit in Bild und Wort
Gebunden, 192 Seiten, Reprint der Ausgabe von 1900
Best.-Nr.: 5865, € 16,95

Zogen einst fünf wilde Schwäne – Endlich wieder lieferbar!



24 Lieder aus Ostpreußen
Die vorliegende CD mit einer Auswahl der schönsten ostpreußischen Lieder schließt eine schon lange vorhandene Lücke. Kunstlied- bzw. sinfoniegewohnte Berufsmusiker, stellten ihre künstlerische Konzerterfahrung in den anspruchsvollen Dienst der Darstellung des vorliegenden Liedgutes, und zwar mit einer Hingabe, die in diesem Ausmaß überraschend und für den Wert der Musik wohl bezeichnend war.
Lieder: 1. Ännchen von Tharau, 2. Die Erde braucht Regen, 3. Sag, wohin fährst du, 4. Hab' ein Gärtlein, 5. Reiter, schmuck und fein, 6. Das Feld ist weiß, 7. Wir kommen herein, 8. Leute, steht auf, 9. Ach, Voader, leewste Voader, 10. Ging ein Weiblein Nüsse schütteln, 11. Es dunkelt schon in der Heide, 12. Abends treten Elche aus den Dünen, 13. Laßt uns all nach Hause gehen, 14. Zeit zu gehen ist's, 15. Zogen einst fünf wilde Schwäne, 16. An des Haffes anderem Strand, 17. O käm das Morgenrot herauf, 18. Et wär emoal twee Schwestre jung, 19. Es stand am Ran ein Hirtenkind, 20. Gehn will ich, 21. Land der dunklen Wälder, 22. Freiheit, die ich meine, 23. Der Vogel singt, 24. Eine Birke seh ich stehen



Best.-Nr.: 6934
Hörproben finden Sie auch meiner Internetseite
€ 12,95



General Otto Lasch
So fiel Königsberg
Geb.,160 Seiten (mit 8 militärischen Lageskizzen) + 16 Bilderseiten
Best.-Nr.: 1318, € 19,80



Zuckerlöffel Ostpreußen-Elchschaufel
Vergoldeter Sammellöffel mit der Elchschaufel. Die Lieferung erfolgt in einem Kunststoff- Etui
Best.-Nr.: 6926
Best.-Nr.: 6926 nur € 12,95



Ingeborg Jacobs
Freiwild/Das Schicksal deutscher Frauen 1945
Mängelexemplare
Geb., 230 Seiten
Best.-Nr.: 6701
statt € 19,90 nur € 9,95



Ingo von Münch
Die Massenvergewaltigungen deutscher Frauen und Mädchen 1944/45
Geb., 208 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 6847, € 19,90

Königin- Luise- Brosche – NEU

Das gekrönte „L“ von Eichenlaub eingefaßt.
Der Hintergrund ist emailliert.
Best.-Nr.: 6960





€ 8,95

Heimatklänge aus Ostpreußen – CD
Lieder, Gedichte und Schmunzelgeschichten mit Agnes Miegel, Marion Lindt, Ruth Geede und Dr. Alfred Lau
Die schönsten Lieder und Tänze aus der alten deutschen Provinz Ostpreußen verbinden sich auf diesem Tonträger mit wunderbaren Schmunzelgeschichten in ostpreußischem Dialekt, mit humorvollen Vertellkes und nostalgisch-wehmütigen Gedichten zu einem unvergeßlichen Reigen aus ostpreußischen Heimatklängen.Für viele Ostpreußen ist dieses Hörerlebnis eine akustische Wiederbegegnung mit unvergessenen Interpreten wie Marion Lindt, Ruth Geede und dem gebürtigen Insterburger Dr. Alfred Lau. Und auch die Stimme Agnes Miegels, der Königsberger Dichterin, die von ihren Landsleuten den Ehrentitel „Mutter Ostpreußen“ erhielt, ist zu hören. Mit ihrem Gedicht „Es war ein Land“ gab sie dem Zauber der Erinnerung an das „Land der dunklen Wälder und kristallnen Seen“ den wohl schönsten lyrischen Ton.
So findet auf dieser CD Musik und Wort zu einer klanglichen Einheit, die heimatliches Erinnern und Bewahren verbinden und auch den Nachgeborenen Freude am Neuentdecken der ostpreußischen Kultur geben möchte.
Aus dem Inhalt: Land der dunklen Wälder – Ostpreußenlied (Brust/Hannighofer), Bergedorfer Kammerchor, 1:50, Brief an den treulosen Heinrich / Sprecherin. Marion Lindt, 2:45, Goldaper Kirmestanz (Volksweise), 0:48, De Brautschau / Sprecher: Dr. Alfred Lau, 3:07, Anke von Tharau (Silcher / Dach), Karl-Horst Schröder, Bariton, 2:11, u.v.m
Gesamtlaufzeit: 1:17:25
Best.-Nr.: 6770, € 12,95

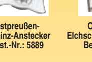


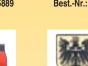
Die schönsten Volkslieder
Gesungen von Peter Schreier, Tenor und Theo Adam, Bariton mit dem Rundfunk- und Thomanerchor und dem Gewandhausorchester Leipzig unter der Leitung von Horst Neumann und der Dresdner Philharmonie unter der Leitung von Johannes Winkler
1 Wenn alle Brünnlein fließen; 2 Im Krug zum grünen Kranze; 3 Das Wandern ist des Müllers Lust; 4 Im Wald und auf der Heide; 5 Ein Jäger längs dem Weiher ging; 6 Mit dem Pfeil, dem Bogen; 7 Ein Jäger aus Kurpfalz; 8 Bald gras ich am Neckar; 9 Im schönsten Wiesengrunde; 10 Sah ein Knab' ein Röslein steh'n; 11 An der Saale hellem Strande; 12 Kein Feuer, keine Kohle; 13 Ach, wie ist's möglich dann; 14 Mein Mädel hat einen Rosenmund; 15 In einem kühlen Grunde; 16 Ännchen von Tharau; 17 Ade zur guten Nacht; 18 Kein schöner Land in dieser Zeit; 19 Weißt du wieviel Sternlein stehen; 20 Guten Abend, gute Nacht; 21 Der Mond ist aufgegangen

Gesamtspielzeit: 50:16 Min
Mit allen Liedertexten im Beiheft
Best.-Nr.: 6893
€ 13,90

Heimat-Anstecker

















Ostpreußen-Provinz-Anstecker Best.-Nr.: 5889	Ostpreußen-Elchschaufel-Anstecker Best.-Nr.: 6055	Königsberg-Anstecker Best.-Nr.: 6056	Westpreußen-Anstecker Best.-Nr.: 6504
Sudetenland-Anstecker Best.-Nr.: 6880	Schlesien - Anstecker Best.-Nr.: 6778	Elchschaufel-Wappen- Anstecker Best.-Nr.: 6830	Elchschaufel-Anstecker Best.-Nr.: 6642
Preußenadler-Flaggen-Anstecker Best.-Nr.: 6722	Preußen-Anstecker Best.-Nr.: 6057	Pommern - Anstecker Best.-Nr.: 6928	Je Anstecker nur € 2,95



George Turner,
Die Heimat nehmen wir mit
Ein Beitrag zur Auswanderung Salzburger Protestanten im Jahr 1732, ihrer Ansiedlung in Ostpreußen und der Vertreibung 1944/45
2. Auflage, Kartoniert, 285 S.; m. SW- u. farb. Abb
Best.-Nr.: 6754, 19,80

Abzeichen Volksabstimmung Ostpreußen



Replik eines Originalabzeichens
Inschrift: Abstimmung: Ost- und Westpreußen 11.7. 1920
Durchmesser: 25 mm an Nadel mit Sicherungshülse
Best.-Nr.: 6925, € 6,95

Manschettenknöpfe-Preußenadler





Der Preußenadler auf weißem Hintergrund, silbern umrandet, Oberfläche emailliert, Durchmesser= 20mm.
Die Lieferung erfolgt in einem hochwertigen Geschenkkarton
Best.-Nr.: 6782, € 24,95

PMD Preußischer Mediendienst
Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst
Mendelssohnstraße 12 · 04109 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12 23/10
Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 2.50*, ab einem Bestellwert von € 70.00 ist die Lieferung versandkostenfrei *nur gültig bei Versand innerhalb Deutschland ohne Inseln. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und MCs sind vom Umtausch ausgeschlossen

Bestellcoupon

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

Über 1500 weitere Artikel finden Sie auch in unserem Internetshop www.preussischer-mediendienst.de

MELDUNGEN

Berlin kein Billigziel mehr

Berlin – Die Tage von Berlin als günstigem Reiseziel sind vorerst zuende: Diesen Juni liegt der Mittelpreis für eine Übernachtung im Standarddoppelzimmer in der Hauptstadt mit 119 Euro über dem Durchschnitt der 50 meistbesuchten europäischen Städte. Dieser liegt bei 116 Euro. Gegenüber Mai sind die Preise in Berlin um stolze 16 Prozent gestiegen, was Hoteliers mit dem erwarteten Zustrom zur „WM-Fanmeile“ erklären. *H.H.*

Fördert Islam Gewaltneigung?

Berlin – Während junge Christen bei zunehmender Religiosität weniger gewalttätig werden, nimmt die Gewaltneigung bei jungen Moslems mit wachsender Bindung an den Islam zu. Dies ergab eine umfangreiche Studie des Bundesinnenministeriums und eines Kriminologischen Forschungsinstituts, aus dem die „Welt am Sonntag“ zitiert. Die Forscher Befragten 45000 Schüler in den Jahren 2007 und 2008. *H.H.*
(Kommentar Seite 8)

ZUR PERSON

»Terrier« wird Landesvater

Als er 2008 mit fast 100 Prozent der Delegiertenstimmen zum Vorsitzenden der niedersächsischen CDU gewählt wurde, jubelten schottische Zeitungen, bald könne gar ein „Schotte“ deutscher Kanzler werden. **David James McAllister** roch die Gefahr und beeilte sich, öffentlich klarzustellen, dass er „zu 99 Prozent Deutscher“ sei.

Das übrige eine Prozent stammt vom Vater, einem schottischen Soldaten, der eine Deutsche geheiratet und 1971 in Berlin seinen Sohn David bekommen hat. 1982 zog die Familie ins niedersächsische Bad Bederkesa. Seitdem verbrachte der 39-Jährige sein Leben im Land zwischen Emden und Eichsfeld: Abitur in Bad Bederkesa, Zeitsoldat in Cuxhaven, Studium in Hannover.

Politisch wurde er früh aktiv, stieg schnell auf: 1996 im Cuxhavener Kreistag, 1998 im Landtag, seit 2008 Vorsitzender des CDU-Landesverbandes und der Landtagsfraktion. Nun hat sich die Fraktion einmütig dafür ausgesprochen, McAllister als Nachfolger von Christian Wulff, der Bundespräsident werden will, zum neuen Ministerpräsidenten vorzuschlagen. In Niedersachsen regieren CDU und FDP.



Nach seiner Wahl zum CDU-Landeschef forderte McAllister, der selbst neben der deutschen auch die britische Staatsbürgerschaft besitzt, die CDU solle Einwanderer mit deutschem Pass mehr einbinden. Vor kurzem wurde die Deutschtürkin Aygül Özkan neue niedersächsische Sozialministerin und löste sofort einen Streit um Kreuze in Schulen aus.

Augenfällig ist die einvernehmliche Art, in der Christian Wulff seinen Nachfolger, den Gegner auch seinen „Terrier“ nannten, aufgebaut hat. Andere lassen ihre „Kronprinzen“ bis in deren hohes Alter unbelohnt versauern. *H.H.*



Zeichnung: Mohr

Leises Schluchzen

Wie es Frau von der Leyen wohl geht, wie sich die Linken enttarnt haben, und was Andrea Nahles an Gabelstaplerfahrern hat / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Die haben uns alle umgerannt mit ihrer flinken Kandidatenkür fürs Amt des Staatsoberhaupts. Ganz unten aus dem Haufen der Überrannten schluchzt eine leise Frauenstimme: Ursula von der Leyen sollte sich nicht scheuen, einen Spezialisten aufzusuchen, damit kein Trauma bleibt von dem, was die arme Frau durchgemacht hat. Innerlich war sie fast schon Bundespräsidentin. Sie wiegte sich in einer Sicherheit, als wäre der entscheidende Anruf nur noch Formsache.

Hinter den Kulissen lief derweil ein ganz anderer Film, in dem die wackere Ministerin gar keine Rolle spielte. Hätte Angela Merkel nicht schon am Dienstagabend zum Hörer greifen und von der Leyen aufklären können? „Uschi, ich war eben mit dem Wulff essen und hab den gefragt. Also: Dett wird wohl nischt mit dir und Bundespräsident, nix für ungut. Wir bleiben doch trotzdem Freundinnen, oder?“

Aber nein: Völlig ungerührt ließ die Kanzlerin die Ministerin ihre prä-präsidialen Pirouetten drehen, bis sie Donnerstagabend um sechs bei von der Leyen und bei Schäuble anrief, um beiden abzusagen. Schäuble schert sowas nicht mehr, der kennt das schon. Doch das Gesicht der Arbeitsministerin hätten in dem Moment nur solche Menschen sehen mögen, die eine wirklich hässliche Ecke in ihrer Seele beherbergen.

Lassen wir sie in Ruhe zu sich kommen und wenden uns dem Fortgang der Dinge zu. Ein Stück bestes Berliner Polit-Theater wird geboten: Nein, natürlich spielen Parteitaktik und persönliches Machtkalkül nicht die geringste Rolle. Darauf reiten besonders eifrig SPD und Grüne herum, denen ja wirklich was Tolles gelungen ist mit Joachim Gauck.

Gauck spielt mit der ihm eigenen väterlichen Süffisanz mit. Natürlich weiß er, dass Gabriel und Trittin (der hatte die Idee) ihn nie und nimmer nominiert hätten, wenn Rot-Grün über die Mehrheit in der Bundesversammlung verfügte. Das stört ihn jedoch nicht, da steht er drüber.

Das Fell selber über die Ohren gezogen haben sich die Linken. Die Glocke läutete und der Pawlowsche Hund sprang wie auf Kommando: „Den wählen wir nie!“, zischte Linkspartei-Chefin Gesine Lötzsch in die Kamera, als sie von bösartigen Journalisten nach Gauck gefragt wurde. Chef-Stratege Gysi muss vor Wut die Kaffeetasse in den Fernseher geschleudert haben: Warum sagst du nicht gleich, die SED wählt doch keinen, dessen Behörde Tausende ihrer Verbrechen aufgeklärt hat, du blöde Nuss! Wenn man nicht alles selber macht ....

Mit einem Satz hatte Genossin Lötzsch zwei Jahrzehnte Tarnarbeit in den Müllschlucker befördert. Ihr geschockter Co-Vorsitzender Klaus Ernst sprang sofort hinterher, um noch etwas zu retten. Im zweiten Wahlgang könne man vielleicht doch für Joachim Gauck stimmen. Der habe ja „große Verdienste um die Aufarbeitung der DDR-Geschichte“, schnulzte der Bayer zum Zwecke der Schadensbegrenzung.

> Auch der Verfassungsschutz muss sparen: NPD und DVU werden zusammengelegt

Union und FDP würden gern Honig saugen aus dem dunkelroten Geeiere, zumal Hannelore Kraft soeben ihre Fühler zum linken Rand ausgefahren hat und sich von den roten Ultras wählen lassen möchte. Doch Schwarz-Gelb will einfach nichts mehr richtig gelingen. Christian Wulff war ja zunächst gar keine schlechte Idee. Der ist von allen politischen Wassern rundgeschliffen und sagt nichts, was nicht absolut ungefährlich ist. Von ihm bekämen die Deutschen nur bekömmlichen Vokabelsalat mit fader Floskelsoße. Spannend geht zwar anders, aber so passiert wenigstens nichts.

Doch wer Wulff neben Gauck stellt, der hat den Kontrast zwischen Klassizismus und Raufasertapete vor Augen. Indes kann die FDP dieser Gegenüberstellung auch etwas Gutes abgewinnen: Nachdem ihr netter Herr Rösler von bayerischen Fallenstellern in den Hinterhalt gelockt und niedergestreckt wurde, werfen die Liberalen Wulffs Gegenkandidaten demonstrativ Rosen vor die Füße – um danach sofort wieder auf ihre Loyalität für Merkels Mann zu schwören. Die Botschaft an die Union: Wir haben diese Gemeinheiten von euch satt und können auch anders. Also seid fortan lieb zu uns, sonst ...

Aber was hilft's? Selbst das mit gewaltiger Ouvertüre angekündigte „Sparpaket“ findet bei den Kommentatoren ziemlich säuerliche Aufnahme. Die Regierung rede hauptsächlich übers Sparen, getan werde zu wenig.

Eines ist klar: Irgendwann wird er uns alle treffen, der Sparzwang. Selbst der Verfassungsschutz muss seine Aufwendungen kürzen, weshalb DVU und NPD zusammengelegt werden. Das spart Spitzel und staatlich bestallte Berufsextremisten, sogenannte V-Leute. Zwei nationalsozialistische Parteien sind für ein Land in derart desolater Haushaltslage purer Luxus, auf den wir künftig verzichten müssen.

Inwieweit bereits Proteste von Betroffenen aus der V-Männer-Szene gegen den „Kahlschlag“ geplant sind, ist nicht bekannt. An etlichen anderen Ecken jedoch formiert sich bereits der Argwohn. Margot Käßmann, die ja leider doch nicht Bundespräsidentin wird, hat öffentlich zum „Widerstand“ gegen das Sparpaket aufgerufen. Sie hat tatsächlich „Widerstand“ gesagt und nicht etwa nur Protest. Warum? „Widerstand“ hat nach zwei Diktaturen in Deutschland einen so wunderbar heroischen Klang. Widerstand, das ist Weiße Rose, Kreisauer Kreis oder junge Leute, die sich mutig gegen sowjetische Panzer auf der „Stalin-Allee“ stellen.

So stellen wir uns also vor, wie die Helden der „Käßmann-Gruppe“ nachts durchs Quartier schleichen und heimlich handkopierte Zettel in die Briefkästen stopfen – immer auf der Hut vor den Schergen des verbrecherischen Merkel-Regimes. Und wie sie sich im Schutze von Kirchenräumen von den Übergriffen der Staatsmacht auf ihren „Widerstandskreis“ berichten. Ach, na ja, man sollte die Worte vielleicht nicht so wörtlich nehmen. Peinlich wird es, wenn man seine Worte schon seit Wochen in der Schublade hat für eine bestimmte Situation, die dann ganz anders kommt. Wer da nicht schnell neue Worte findet, der steht ziemlich doof da, konkret: wie Andrea Nahles.

Die SPD-Generalsekretärin wirft sich in die Schlacht gegen „massive Einschnitte in der aktiven Arbeitsmarktpolitik“, die (offenbar entgegen ihrer Erwartung) gar nicht beschlossen wurden. Lediglich der „Ermessensspielraum“ der Arbeitsagenturen soll erweitert werden, damit nicht mehr so viel Unsinn bei der Weiterbildung passiert: So sind Gabelstaplerfahrer tatsächlich zu Gabelstaplerfahrern „weitergebildet“ worden. Kämpft Frau Nahles dafür, dass diesen Leuten weiterhin die bisherigen Maßnahmen geboten werden, also etwa eine weitere Weiterqualifizierung zum Gabelstaplerfahrer?

Den Gegnern solcher „Einschnitte“ geht es allein um die menschliche Würde der Betroffenen, das betonen sie immer wieder. Ja, wie hoch respektiert wird sich der arbeitslose Realschulabsolvent gefühlt haben, als man ihn zur Fortbildung in einen Alphabetisierungskurs gesteckt hat? Wie stolz blickt eine Friseurin auf ihr Erwerbsleben zurück, nachdem die Agentur ihr einen Weiterbildungskurs zur Maurerin aufbrummte?

Was der Quatsch soll, erschließt sich erst auf den zweiten Blick: In der Qualifizierungsindustrie für Arbeitslose werden Milliarden verdient, die zu einem nicht geringen Teil in die Taschen gewerkschaftsnaher Institute fließen. Zigtausende verdienen im Gewerbe der Gabelstaplerfahrer-Qualifizierer ihr Geld. Jeder Qualifizierungsfall, der ihnen in den „ersten Arbeitsmarkt“ entwischt, untergräbt die wirtschaftliche Zukunft der „Qualifizierer“. Kein Wunder also, dass Gewerkschaftsbosse unablässig darauf dringen, dass „noch viel mehr getan werden muss für die Weiterbildung von Langzeitarbeitslosen“. Wer die Finesse hinter diesem eindrucksvollen Sozialgedröhn durchschaut hat, der hört hier nur noch „Gabelstapler“.

ZITATE

*Erste **führende FDP-Politiker** beginnen, über einen möglichen **Ausstieg** aus der schwarz-gelben **Koalition** im Bund nachzudenken, so der hessische Justizminister **Jörg-Uwe Hahn**:*

„Wir müssen uns bald entscheiden, was uns wichtiger ist: die Regierungsbeteiligung oder die Identität der Partei.“

*Der Präsident der **Stiftung Preußischer Kulturbesitz, Hermann Parzinger**, kritisiert im „Tagesspiegel“ (7. Juni) den Beschluss der Bundesregierung, den Wiederaufbau des **Berliner Schlosses** auf 2014 zu **verschieben**:*

„Die bisherigen Vorarbeiten zum Humboldt-Forum kosteten bereits nicht unerhebliche Summen, die Verschiebung verschlingt nun weitere Mittel, denn in Dahlem (dem derzeitigen Sitz der Außereuropäischen Sammlungen, d. Red.) müssen jetzt die wichtigsten Sanierungsmaßnahmen eingeleitet werden. Ob man bei alldem von Sparen sprechen kann, weiß ich nicht.“

*„Focus“-Chefredakteur **Helmut Markwort** hat Mitleid mit dem Interims-Bundespräsidenten **Jens Böhrnsen** (SPD). Der hatte gebeten, man möge mit dem Geschacher um die **Köhler-Nachfolge** „wenigstens bis Mittwoch“ warten:*

„Genauso folgenlos kann man seinem Hund befehlen, die hingelegte zweite Wurst für den nächsten Tag aufzuheben. Politiker kennen keine Pausen.“

*Der Kandidat von Rot-Grün für das Amt des Bundespräsidenten, **Joachim Gauck**, warnte in der „Welt am Sonntag“ (6. Juni) vor der **Versuchung der Diktatur**:*

„Das ist das Gefährliche an Diktaturen, man kann sich in ihnen einrichten. Freiheit ist anstrengend und schwierig, denn man muss sich entscheiden, muss wählen. Das fällt nicht allen leicht, manchen erscheint es unmöglich. Man kann gewinnen, man kann aber auch scheitern. Auch deshalb gibt es manche, die der DDR nachtrauern.“

Preisfragen

Viele Rätsel gibt's zu lösen,
etwa wer ist ein Pirat –
jeweils nur die Ultra-Bösen
oder manchmal gar ein Staat?

Ähnlich wär' zu diskutieren,
wer ist heut' ein Terrorist –
sind's auch welche, die regieren,
oder bloß, wer machtlos ist?

Und wie muss man Landraub treiben,
dass man Eigner wird legal,
während Opfer rechtlos bleiben,
immerwährend und global?

Ja, wie wird in solcher Lage
Kriegsverbrechen definiert –
ist Prämisse heutzutage,
dass man einen Krieg verliert?

Wie macht Wahres man zu Lügen,
wann wird Lüge Wahrheit pur,
wen darf ungestraft man rügen,
wer kriegt Lob für Unkultur?

Ist in Zeiten so wie diesen
wirklich alles relativ? –
Nun, für andre ist's erwiesen,
einzig wir sind zu naiv ...

Pannonicus